Vom 6. Oktober 1802 bis zum 15. November 1810, und von Nr. 1 bis Nr. 400

1. Darmstadt den 6. October 1802.

Wir Ludewig X. von Gottes Gnaden Landgraf zu Hessen, Fürst zu Hersfeld, Graf zu Catzenelnbogen, Diez, Ziegenhain, Nidda, Hanau, Schaumburg, Ysenburg und Büdingen ꝛc. ꝛc.

Entbieten dem Dhom-Capitel, den geistlichen Stiftern, wie auch der übrigen Geistlichkeit, der Ritterschaft, den Lehns-Leuten und sämmtlichen Einwohnern und Unterthanen des Herzogthums Westphalen Unsre Gnade und alles Gute.

Demnach Uns und Unsern Erben für Unsre abgetretene Lande und Besitzungen unter andern auch das Herzogthum Westphalen im Säcularisations-Zustande und als eine erbliche Besitzung dergestalt zugetheilt worden, daß solches auf ewige Zeiten Unserm fürstlichen Hause angehören soll; So haben Wir für zuträglich erachtet und beschlossen, nunmehr von besagtem Herzogthum und allen seinen Orten und Zubehörungen provisorischen Civil-Besitz nehmen zu lassen, und die Regierung darinnen anzuordnen.

Wir thun solches demnach hiermit und in Kraft dieses Patents, verlangen von allen und jeden Eingesessenen des Herzogthums Westphalen, weß Standes und Würden sie auch seyn mögen, so gnädig als ernstlich, daß sie sich Unserer Regierung unterwerfen, vollkommenen Gehorsam in aller Unterthänigkeit und Treue leisten und sich dieser Besitznehmung und den Verfügungen der zu dem Ende von Uns abgesandten Commissarien und Truppen auf keine Weise widersetzen, auch sich alles und jeden Recurses an auswärtige Behörden bei Vermeidung

ernstlicher Ahndung enthalten und sobald Wir es erfordern werden, die gewöhnliche Erbhuldigung leisten.

Dagegen ertheilen Wir Ihnen die Versicherung, daß Wir Ihnen mit Huld und Gnade jederzeit zugethan verbleiben, Ihnen Gerechtigkeit und Schutz angedeihen lassen, und Ihrem Wohl Unsere Landesväterliche Fürsorge unermüdet widmen werden.

Urkundlich Unsrer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Insiegels.

Bemerk. Zufolge einer im Arnsberger Intelligenzblatt (Stück Nr. 65. Jahrg. 1803) aufgenommenen Bekanntmachung hat am 16. Aug. 1803 zu Arnsberg die feierliche Huldigungsleistung der provisorischen Regierung und der Stände aus Ritterschaft und Städten des Herzogth. Westphalen stattgefunden.

---

2. Arnsberg den 12. October 1802.

Fürstl. Hessen-Darmstädtische für das Herzogthum Westphalen angeordnete Regierung.

Von der Fürstlich Hessen-Darmstädtischen fürs Herzogthum Westphalen gnädigst bestellten Organisations-Kommission ist Kraft höchsten Auftrags folgendes verordnet:

1. Die für das Herzogthum Westphalen bisher ausschließlich angeordnet gewesenen und auf ihren vorhin geleisteten Amts Eid in Fürstlich Hessen-Darmstädtische Pflichten genommenen öffentlichen Staatsbeamten bleiben unter den nachstehend bemerkten Bestimmungen, provisorisch und bis auf weitere höchste Verordnung, in der Verwaltung ihrer Aemter, haben solche gewissenhaft zu verwalten, und ist denselben der gebührende Gehorsam zu leisten.

2. Die Gerichtsbarkeit, welche das für Westphalen angeordnete Officialat zu Werll in bürgerlichen Sachen bisher ausgeübt hat, wird hiemit gänzlich aufgehoben, und hat dieses Officialat, von nun an in keinen andern Sachen, als solchen, die Causae mere ecclesiasticae sind, bis auf weitere Verordnung zu erkennen, sich aber in allen andern Sachen alles Erkenntnisses und aller Einmischung zu enthalten.

3. In Ansehung der Gerichtsbarkeit in erster Instanz bleibt es übrigens, bis auf weitere Verordnung

bei der bisherigen Verfassung. Die Sachen, welche beim Officialate in Werll, oder wohl gar bei dem ehemaligen Kölnischen Officialate, das sich in Arnsberg seit einiger Zeit aufgehalten, in erster Instanz anhängig sind, werden an das einschlagende ordentliche Gericht des Wohnorts, der gelegenen Sachen und dergleichen abgegeben.

4. In Ansehung der Gerichtsbarkeit in zweiter Instanz wird aber verordnet, daß solche ausschließlich bei der Regierung zu Arnsberg in allen bürgerlichen Sachen seyn soll. Alle dergleichen Sachen, welche beim Officialate zu Werll, oder beim ehemaligen Kölnischen Officialate in zweiter Instanz anhängig sind, müssen an die Regierung zu Arnsberg abgegeben werden.

5. Bei schriftsäßigen Sachen und Personen ist die Regierung zu Arnsberg das Forum erster Instanz, und wird wegen der zweiten Instanz in diesen Sachen, so wie

6. Wegen der dritten Instanz beim Oberappellationsgerichte, demnächst weitere Verfügung geschehen.

7. In Regierungssachen, so wie in allen übrigen Landesangelegenheiten, die Militaria ausgenommen, als in welchen sich an den Kommandanten en Chef der Fürstlich Hessen-Darmstädtischen Truppen im Herzogthum Westphalen Herrn Obersten von Schaeffer zu Arnsberg zu wenden, ist die von Serenissimo provisorisch angeordnete Organisations-Kommission in Arnsberg vor der Hand die eigentliche Behörde und oberste Landesstelle, und ist in vorkommenden Fällen sich an dieselbe zu wenden, auch sind die erforderlichen Berichte an dieselbe zu erstatten.

Wenn dieselbe indessen für nöthig findet, in dergleichen Sachen der Regierung in Arnsberg Aufträge zu ertheilen; so ist dieser gebührende Folge zu leisten.

8. In allen Causis mere ecclesiasticis ist, bis auf weitere Verordnung, das Officialat zu Werll die zuständige Behörde, und behalten dergleichen Sachen ihren bisherigen Gang.

9. In Fällen, wo es streitig wäre, ob eine Sache eine Causa mere ecclesiastica sey, ist an die Organisations-Kommission in Arnsberg Bericht zu erstatten, und die Entscheidung abzuwarten.

10. Eine Berufung oder anderer Rekurs an eine auswärtige Behörde hat vorläufig nicht Statt, sondern es ist in vorkommenden Fällen sich desfalls bei der Or-

ganisations-Kommission zu melden, und weitere Verordnung zu erwarten.

Die Regierung zu Arnsberg hat, wenn dieser vorläufigen Anordnung zuwider gehandelt würde, sogleich der Organisations-Kommission Anzeige zu machen.

11. Die Geistlichkeit bleibt, bis auf weitere Verordnung, im Besitz ihrer Aemter und der Gerichtsbarkeit in blos geistlichen Sachen, in so ferne solche nicht gegen die Souverainitäts-Rechte des Landesherrn streitet.

Aus diesem Grunde kann

a. Keine päbstliche Bulle und keine Verordnung geistlicher Oberen ohne Vorwissen der Organisations-Kommission und Erlaubniß des Landesherrn bekannt gemacht werden.

b. Darf in Zukunft Niemand ein geistliches Amt oder Beneficium ohne Vorwissen der Organisations-Kommission und Genehmigung des Landesherrn ertheilt werden. Zu dem Ende hat das Officialat zu Werll, sobald sich eine geistliche Vakanz ereignet, der Organisations-Kommission ohnverzüglich durch Bericht Nachricht zu geben.

c. Den Dispensationen, welche in gradibus prohibitis und andern ähnlichen Fällen von geistlichen Vorgesetzten ertheilt werden, können keine Effectus civiles beigelegt werden, bevor sie nicht der Kommission angezeigt sind, und vom Landesherrn Bestätigung eingeholt ist.

12. In Ansehung der Schulanstalten bleibt es vorläufig bei der bisherigen Verfassung, und hat die Schulkommission die an obere Behörden zu erstattenden Berichte an die Organisations-Kommission abzustatten, ohne deren Vorwissen und Genehmigung auch keine Veränderungen vorzunehmen sind.

13. Die für das Herzogthum Westphalen nicht ausschließlich, sondern für die gesammten Kurkölnischen Lande angeordnet gewesenen Dicasteria und öffentlichen Beamten, nämlich

a. Das Revisionsgericht;

b. Die ehemalige Kölnische Regierung zu Recklinghausen;

c. Das ehemalige Kölnische Officialat zu Arnsberg;

d. Die ehemalige Kölnische Hofkammer zu Brilon

hören auf, und wird aller Rekurs an dieselben hiemit untersagt.

Diese vorläufige Verordnung wird hiedurch sämmtlichen betreffenden Behörden, Beamten und Magistraten, Advocaten und Prokuratoren, auch übrigen Landes-Einsaßen zu dem Ende bekannt gemacht, damit besonders wegen zu beobachtenden Instanzen sich Niemand durch Unwissenheit entschuldigen könne, wobei den Beamten und Magistraten noch überdies befohlen wird, nach eröffneter Urtel in Hinsicht der Fatalien jedesmal den Parteien das Einschlagende dieses vorläufigen Reglements ausdrücklich bekannt zu machen, und wie es geschehen, am Ende des Protokolls zu bemerken; mit der ferneren Weisung, gegenwärtige Verordnung zu Jedermanns Nachachtung von den Kanzeln publiziren, und gehörigen Orts affigiren zu lassen.

3. Arnsberg den 15. October 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Den sämmtlichen mit der Criminal-Gerichtsbarkeit versehenen Gerichten wird die landesherrliche Bestimmung: „daß bei Criminal-Untersuchungen im Herzogth. Westphalen die Tortur, als ein unzuverlässiges und grausames Zwangsmittel, den Angeschuldigten zum Geständniß zu bringen, durchaus abgeschafft sein soll", zur schuldigen Nachachtung bekannt gemacht.

4. Arnsberg den 25. October 1802.

Fürstl. Hessen-Darmstädtische für's Herzogth. Westphalen bestellte Organisations-Kommission.

Behufs nöthiger Verbesserungen im Vormundschaftswesen wird die fürstl. Regierung angewiesen über alle, von ihr selbst und von den ihr untergebenen Gerichtsstellen respicirt werdende, Vormundschaftssachen ausführliche Auskunft zu ertheilen. Die zur desfallsigen Aufstellung beigefügte Vormundschafts-Tabelle hat den Pflegling und seine Bevormundung, so wie die Inventarisation, die Verwaltung, den Bestand und die Veränderungen seines Vermögens und endlich mehrere über das Vermögen und die Person des Minderjährigen vom Gerichte zu machende Bemerkungen und Vorschläge zum Gegenstand.

Bemerk. Die fürstl. Regierung zu Arnsberg hat unter demselbigen Tage von den Lokalgerichten gleichmäßige Auskunft erfordert.

---

5. Arnsberg den 1. November 1802.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Nebst der Bekanntmachung, daß alle Wochentage Morgens von 10 bis 12 Uhr die Sitzung der vorbezeichneten Kommission stattfinden werde, und daß während Letzterer alle Advokaten, Prokuratoren und Unterthanen, mittelst schriftlicher Eingaben oder durch Begehrung eines mündlichen Protokollar-Verhöres, ihre etwaigen Anzeigen und Gesuche ohne Ausnahme, verwirklichen können, worauf das Nöthige an die Landes-Behörden unverzüglich erlassen werden wird; werden die in diesem Falle sich Befindenden ernstlich ermahnt, keine Unwahrheiten vorzubringen, „denn Verläumdungen werden verachtet, Lügen „aber öffentlich bestraft werden."

---

6. Arnsberg den 6. November 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Um einen gleichförmigen und zweckmäßigen Gang der öffentlichen Geschäfte herbeizuführen werden Formularien zur Einrichtung der amtlichen Berichts-Erstattungen sowohl, als der von Privaten an die Behörden zu richtenden Eingaben, Gesuchen und Schriftsätzen vorgeschrieben.

Bemerk. Unterm 24. Dez. ej. a. und 21. Januar 1803 sodann am 14. und 31. Januar 1804 ist verordnet worden, daß jeder amtliche Bericht in der dazu festgesetzten Frist, ohne Cumulation mehrerer Objekte, erstattet, daß jede Supplick u. a. dgl. Eingabe an die Dikasterien, in duplo eingereicht werden, und daß bei nicht ausgedrückten Fristbestimmungen jeder erforderte Bericht binnen 4 Wochen erfolgen müsse. Durch eine Ministerial-Verordnung vom 8. Februar 1811 ist diese letzte Fristbestimmung auf 14 Tage beschränkt, und auf Unterlassung der

Berichtserstattung, resp. der Anzeige der Verzögerungs-Ursachen derselben, eine Strafe von 5 Thlr. gesetzt worden.

7. Arnsberg den 13. November 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Das im Herzogth. Westphalen bestehende Verbot des Sammlens und des Verkaufs der Lumpen durch und resp. an Ausländer, so wie jenes der Ausfuhr der Lumpen, soll von den sämmtlichen Beamten, Unterherrlichkeits-Richtern und Magistraten streng gehandhabt werden.

8. Arnsberg den 20. November 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Mit Bezugnahme auf die von der frühern Landesregierung am 20. Juli d. J. erlassene, und noch wenig befolgte Verordnung (Nr. 1051 d. I. Abth. d. S.), werden die Besitzer und Schuldner von Gütern, Kapitalien, Renten und Gefällen jeder Art, deren Eigenthum den westrheinischen geistlichen Korporationen zustehet, wiederholt aufgefordert, bei Strafe des dreifachen Ersatzes des Verschwiegenen, dergleichen Besitzstand und Schuld sofort dem einschlägigen Richter oder der fürstl H. D. Organisations-Kommission, gewissenhaft anzuzeigen, sodann auch, bei Strafe des doppelten Ersatzes, alle fernere Kapital-Ablagen oder Zinsen- und Pacht-Zahlungen an die geistlichen Stiftungen des linken Rhein-Ufers zu unterlassen. Zugleich werden auch Cessionen und Einhandlungen dergleichen Kapitalien und Gefälle für nichtig erklärt.

9. Arnsberg den 22. November 1802.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Alle Besitzer von Gelder oder Effekten, so wie von öffentlichen Akten und Urkunden, welche dem Staate zuständig sind, oder wovon doch wenigstens der Obrigkeit die gehörige Anzeige gemacht werden muß, werden aufgefordert, Letztere binnen 8 Tagen an die vorbezeichnete

Kommission um so gewisser zu richten, als sie bei einer ferneren Unterlassung dieser Angabe für treulose Staatsdiener und gewissenlose Rückhalter angesehen und als solche bestraft werden sollen.

10. Arnsberg den 24. November 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Gleichmäßig wie es jedem in den alten hessendarmstädtischen Landen wohnenden katholischen Unterthan erlaubt ist, in Nothfällen einen katholischen und zumal westphälischen Geistlichen an seinen Wohnort und in seine Wohnung für sich kommen zu lassen, und jeder katholische Seelsorger gehalten ist, solch ein Verlangen zu erfüllen —, so soll es auch jedem westphälischen Einwohner protestantischer Religion gestattet werden, sich im Nothfalle eines protestantischen Geistlichen, aus den an das Herzogth. Westphalen zunächst angrenzenden hessendarmstädtischen oder andern protestantischen Landen, an seinem Wohnorte zu bedienen und soll der protestantische Geistliche, wenn er hessendarmstädtischer Unterthan ist, verpflichtet sein, dergleichen Aufforderungen zu gnügen.

Die sämmtlichen Behörden werden angewiesen die Kanzelverkündigung der gegenwärtigen Verordnung gehörig bewirken zu lassen und ins Besondre selbst dafür bestens zu sorgen, daß, beim Eintritt des zuletzt bezeichneten Falles, weder dem westphälischen protestantischen Unterthan, noch dem auswärtigen protestantischen Geistlichen einiges Hinderniß in den Weg gelegt werde.

11. Arnsberg den 27. November 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zu dem bevorstehend von dem Provinzial-Hebammen-Lehrer zu Meschede eröffnet werdenden zweiten Lehr-Kursus über die Geburtshülf-Kunde sollen die im Quartal Brilon wohnenden unapprobirten Hebammen von den Beamten zum Unterricht abgefertigt werden; Letztere werden zugleich angewiesen dafür zu sorgen, daß den Hebammen mit mehr Achtung wie bisher begegnet, und daß ihnen für ihre wichtigen Verrichtungen angemessene Vergütungen geleistet werden.

Bemerk. Am 20. Juli 1803 ist rücksichtlich des Unterrichts der Hebammen in den Quartalen Rüthen und Bilstein gleichmäßig verordnet worden.

---

12. Arnsberg den 2. Dezember 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zur Verhütung eines künftigen Brodmangels wird die Ausfuhr aller Getraide-Arten, so wie des Mehles, des Brodes und der Kartoffel ins Herzogthum Berg und in die benachbarten königl. preußischen Lande, bei Strafe der Konfiskation und der Erlegung des doppelten Werthes der verbotenen Ladung, resp. bei Gefängnißstrafe, verboten; dieselbe Maßregel soll auch gegen die übrigen Nachbarlande eintreten sobald diese die Getreide-Sperre gegen das Herzogthum Westphalen verfügen werden. Das Brantweinbrennen aus Roggen wird ebenfalls, und zwar bei 10 Thlr. Strafe untersagt, jedoch zur Abstochung des bereits eingemaischten Schrotes eine Frist von 10 Tagen, so wie das Brantweinbrennen aus Weitzen und Malz überhaupt gestattet.

Bemerk. Am 6. ej. m. ist die vorbemerkte Fruchtsperre auch gegen das Paderborn'sche, Waldeck'sche und Limburger Land ausgedehnt, zugleich aber verordnet worden, daß gegen diejenigen Auslande das Reciprocum beobachtet werden soll, welche die Ausfuhr der ins Herzogth. Westphalen gehörigen Natural-Pachtgefälle erlauben. — Unterm 16. Dezemb. ej. a. sind die Förmlichkeiten beim Transit der ausländischen, und bei der innern Cirkulation und Ausfuhr der im Lande gewachsenen Früchte ꝛc. nachträglich bestimmt; sodann ist am 20. Mai 1803 die Getreidesperre wieder aufgehoben worden.

---

13. Arnsberg den 9. Dezember 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die früher von Landdrost und Räthen zu Arnsberg, so wie vom Offizialat zu Werl ausgeübte landesherrliche konkurrente Jurisdiktion in den im Herzogth. Westphalen befindlichen Patrimonial-Gerichten: Oberkirchen, Berg-

straß, Bohwinkel, Oedingen, Scharfenberg, Almen, Girshagen, Padberg, Hofstadt und Friedharzkirchen, wird den einschlägigen und bezeichneten landesherrlichen Lokal-Justiz-Beamten provisorisch übertragen.

Bemerk. Unterm 2. Juni 1803 hat die Regierung nachträglich deklarirt, daß die früher herkömmliche privative Jurisdiktion von Landdrost und Räthen und vom Offizialat zu Werl, von den landesherrlichen Untergerichten in allen nicht schriftsäßigen Sachen, ferner mit gänzlichem Ausschluß der adlichen und magistratlichen Gerichte ausgeübt werden müsse, und daß diesen beiden Gerichtstellen nur da, wo ihnen eine konkurrente Jurisdiktion vormals zustand, diese auch fernerhin gestattet werden dürfe.

---

14. Arnsberg den 20. Dezember 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die bei der Regierung in erster Instanz beurtheilten Rechtssachen sollen, im Falle eintretender Berufung einstweilen in zweiter Instanz vor einem bezeichneten zu Arnsberg residirenden Regierungsrath eingeführt, von demselben bis zum Schlusse instruirt und alsdann ad Extraneos zum Spruche transmittirt werden.

---

15. Arnsberg den 26. Dezember 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Den Advokaten und Prokuratoren wird die Einrichtungsart ihrer Schriftsätze, sodann auch die in Gemeinheits-Sachen ihnen obliegende Legitimation als Sachwalter vorgeschrieben.

---

16. Arnsberg den 26. Dezember 1802.

Fürstl. H. D. Regierung.

Da zufolg höherer Bestimmung kein Rath bei der fürstl. Regierung zugleich Richter, Beamter oder Advokat, und kein landesherrlicher Richter zugleich auch adlicher

Gerichtshalter sein darf, so werden die, mehrere Stellen cumulirenden Beamten angewiesen, binnen 14 Tagen der fürstl. Organisations-Kommission anzuzeigen, welche ihrer Stellen sie vorzugsweise zu behalten wünschen; die dieses Unterlassenden unterwerfen sich dadurch der Bestimmung der gedachten Behörde. Diejenigen landesherrlichen Räthe, Richter oder Beamten, welche advociren, oder in solchen Geschäften, die mit ihren Amtsverrichtungen in Verbindung stehen oder künftig kommen können, irgend jemanden consulendo bedienen, oder für einen Richter Entscheidungen übernehmen, sollen im Ueberweisungsfall kassirt werden.

---

17. Arnsberg den 21. Januar 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die als französische Staatsbürger sich legitimirenden fremden Juden sollen von der Erlegung des Leibzolls in den fürstlichen Landen befreit bleiben, jedoch soll denselben keine weitere Handels-Freiheit gestattet werden.

---

18. Arnsberg den 28. Januar 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die von den Sachwaltern der Gemeinden zu producirenden Vollmachten bedürfen keiner notariellen Beglaubigung sondern sind von dem betreffenden Richter zu legalisiren und zu confirmiren; in dem Fall daß die Gemeinde gegen Letztern Klage führet, kann die Beglaubigung der Vollmacht durch den Gerichtschreiber, und nur dann, wenn auch gegen diesen Beschwerde geführt wird, kann sie von einem Notar geschehen. In jeder Gemeinde-Vollmacht ist am Schlusse derselben zu bemerken: daß die sämmtlichen Gemeinheitsglieder convocirt worden sind und aus wie vielen Gliedern die Gemeinheit bestehet, um die Rechtsverbindlichkeit der Vollmacht für die Gemeinheit beurtheilen zu können.

Bemerk. Die großherzoglich hessische Regierung zu Arnsberg hat unterm 30. Mai 1807 bestimmt, daß durch die obige Verordnung, jene vom 28. Mai 1794

(Nr. 990 der I. Abth. d. S.) — wonach $\frac{2}{3}$ der Gemeinheitsglieder jede Gemeinde-Vollmacht ausstellen müssen —, nicht aufgehoben sey.

---

19. Arnsberg den 1. Februar 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Die landesherrlich geschehene Anordnung des Ober-Appellations-Gerichtes zu Darmstadt als oberste und höchste Gerichtsstelle für das Herzogthum Westphalen wird zur öffentlichen Kunde gebracht.

Bemerk. Die Fürstl. H. D. Regierung zu Arnsberg hat am 22. April ej. a. bekannt gemacht, daß bei dem Ober-Appellations-Gericht zu Darmstadt in den dahin gelangenden westphälischen Prozessen, die Vorschriften der churkölnischen Revisions-Ordnung (conf. Nr. 834 d. I. Abth. d. S.) mit Ausnahme derjenigen Bestimmungen, welche die, nunmehr erloschene Wirksamkeit der Reichsgerichte betreffen —, einstweilen zur Anwendung kommen sollen ꝛc.

---

20. Arnsberg den 7. Februar 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die landesherrlich geschehene Aufhebung der im Herzogthum Westphalen bisher bestandenen Verordnung, wonach alle Verbrecher, welche mit Auspeitschung, Brandmarkung, ewiger Landesverweisung, Zuchthaus ꝛc. bestraft werden, von der Erstattung der Untersuchungskosten befreiet sind, wird zur allgemeinen Kunde und zur Nachachtung der Behörden publizirt.

---

21. Arnsberg den 8. Februar 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die früherhin von dem zeitlichen Brüchtenmeister angesetzten Brüchten oder Strafen, müssen künftig vom Richteramte selbst bestimmt werden und sollen die sämmt-

lichen Richter, Amtsverwalter und Magiſtrate allmonatlich ein von ihnen und dem Gerichtſchreiber gemeinſchaftlich unterzeichnetes Verzeichniß der angeſetzten Geldſtrafen, Behufs ihrer Erhebung, an den einſchlägigen Renteibeamten einſenden.

---

22. Arnsberg den 11. Februar 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

In ſämmtlichen Apotheken des Herzogthums Weſtphalen ſoll, anſtatt eines eigenen Dispensatorii, die Pharmacopea borussica — wegen ihrer Vollſtändigkeit, großen Vollkommenheit und anerkannten Vorzüge —, 14 Tage nach Publikation der gegenwärtigen Verordnung eingeführt und beachtet werden.

---

23. Arnsberg den 17. Februar 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Die ſämmtlichen Beamten und Magiſtrate müſſen den Ober- und Unter-Kollektoren der weſtphäliſchen Judenſchaft, auf ihr Anrufen, gegen moroſe Schuldner prompte und wirkſame Exekutionsmittel gewähren, jedoch zur Requirirung militairiſcher Hülfe, nur in dem Falle der Fruchtloſigkeit der gewöhnlichen Zwangsmittel übergehen.

---

24. Arnsberg den 24. Februar 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Nur in denjenigen Fällen ſollen künftig die Richter eine Vergütung der Unterſuchungskoſten, nach Maßgabe der desfalls beſtehenden Taxe, zu fordern befugt ſein, wenn dieſe Koſten aus dem Vermögen des Verbrechers gezahlt werden können, im entgegengeſetzten Fall müſſen aber die Unterſuchungen ex officio und unentgeldlich von den Richtern geführt werden.

---

25. Arnsberg den 26. Februar 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zufolge landesherrlicher Bestimmung soll zwischen den altfürstlich hessischen und den neu erworbenen Landes-Theilen eine völlige Freizügigkeit und Befreiung von der Nachsteuer- und Abzugsgeld-Erhebung stattfinden.

---

26. Arnsberg den 2. März 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zur Unterdrückung des im Herzogthum Westphalen herrschenden, durch Aberglauben erzeugten Vorurtheiles: daß künftige Begebenheiten durch sogenannte Vorgeschichten vorausgesehen werden können, werden

1. die Pfarrer und Seelsorger ernstlich ermahnt, ihr Amt der Volksbelehrung in solch besonderer Beziehung wirksam zu machen, sodann wird

2. „Allen und jeden Unterthanen, wes Standes sie „auch sind, untersagt; Vorgeschichten, sie mögen solche „selbst erträumt, erdichtet, gesehen oder von andern ge„hört haben wollen, Jemanden zu erzählen.

3. „Soll derjenige, welcher eine Vorgeschichte in „dem Publikum auszustreuen sich beigehen läßt, und nicht „sogleich auf der Stelle die Person bestimmt angeben „wird, von der er solche erzählen gehört oder erfahren „hat, so angesehen und bestraft werden, als wenn er „selbst der Erfinder dieser abergläubischen Träumerei „wäre.

4. „Soll jeder Unterthan ohne Ausnahme einen sol„chen Menschen, der Vorgeschichten erzählt hat, wenn er „ihm bekannt ist, und selben der Erzählung überführen „kann, auf der Stelle der Ortsobrigkeit um so gewisser „anzeigen, als er widrigenfalls selbst als ein Vorhersehen „angesehen, und nach Befinden bestraft werden soll.

5. „Werden alle Ortsobrigkeiten, bei Strafe schär„feren Einsehens, darüber zu wachen angewiesen, daß „solche schwärmerische oder böse Leute, die sich mit Vor„geschichts-Erzählungen beschäftigen, entdeckt und zur „verdienten Strafe gezogen werden können.

6. „Soll Jeder, der, sei es aus Schwärmerei oder „Bosheit, eine Vorgeschichte erzählt, er mag davon der

„Urheber ſein oder ſolche von Andern erfahren haben,
„nach Beſchaffenheit der Umſtände und nach Maaßgab
„des geringern oder gröbern Verbrechens mit Geld, oder
„einer angemeſſenen Zuchthausſtrafe beſtraft werden.“

---

27. Arnsberg den 7. März 1803.

Fürſtl. H. D. Organiſations-Kommiſſion.

Unter Abſchaffung des bisher üblich geweſenen, dem Credit nachtheiligen pignoris praetorii wird feſtgeſetzt, daß:

„a) ſobald ein Gläubiger ſeine Forderung rechtskräf-
„tiger Weiſe ausgeklagt hat, und die erforderlichen Mit-
„tel, um ihm zu deren baaren Zahlung zu verhelfen, ver-
„geblich adhibirt worden ſind, der Schuldner auch dem-
„ſelben eine gerichtliche Hypothek nicht conſtituiren will,
„der Richter, welcher über die Richtigkeit einer ſolchen
„Forderung erkannt hat, auf Anrufen des Gläubigers,
„demſelben eine Hypothek zuzuerkennen befugt und ſchul-
„dig ſeyn — ſodann

„b) eine ſolche Hypothek einer andern, vom Schuld-
„ner ſelbſt ausgeſtellten, gerichtlichen Hypothek, derge-
„ſtalten, daß nur die Zeit den Vorzug beſtimme, völlig
„gleich geachtet werden ſolle; inſofern nur

„c) die desfalſig richterliche Entſcheidung dem Schuld-
„ner legali modo publicirt, und die ſolchergeſtalten zuer-
„kannte Hypothek in das Hypotheken-Protokoll in foro
„rei sitae eingetragen worden iſt.“

Die desfallſigen Gerichtsgebühren dürfen den für die Confirmation gewöhnlicher Schuldverſchreibungen beſtimmten Satz nicht überſteigen.

---

28. Arnsberg den 9. März 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Die pflichtwidrigen Ausſtellungen unrichtiger Atteſtate, — wodurch nicht nur das Publikum, ſondern auch die Obrigkeit an welche ſie gelangen gefährdet und hintergangen werden —, ſollen, wenn ſie durch Perſonen geſchehen die in Aemtern oder öffentlichen Pflichten ſte-

hen, nicht nur durch sofortige rücksichtslose Kassirung und durch Unfähigkeits-Erklärung derselben zur Bekleidung aller ferneren Ehren-Aemter bestraft, sondern auch als Meineid, nach Befinden, mit Leibes- oder anderer sachgemäßer Strafe belegt werden; dagegen soll aber dasselbige, durch Personen ohne obliegende Dienstpflicht verübte Vergehen, als ein Falsum nach der Strenge der Gesetze bestraft werden.

---

29. Arnsberg den 9. März 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zur Verhütung der möglichen Bedeckung eines verübten Kindermordes wird bestimmt, daß das in einigen Pfarreien geschehende heimliche Begraben todtgeborner Kinder ohne vorherige Anzeige bei dem betreffenden Pfarrer, bei Vermeidung gemessener schwerer Strafe nicht mehr stattfinden darf.

---

30. Arnsberg den 16. März 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Gleich nach einem sich ereignet habenden Brande muß jedesmal über dessen Entstehungsursache von der einschlägigen Lokal-Behörde eine genaue Untersuchung angestellt und das desfallsige Protokoll der fürstlichen Regierung mittelst Bericht unverzüglich eingereicht werden.

Bemerk. Unterm 28. März ej. a. hat die obige Behörde, die in der Feuer-Ordnung vom 7. August 1784 Abth. I. H. 5. (Nr. 787 der I. Abth. d. S.) enthaltenen Bestimmungen, wegen vorsichtiger Aufbewahrung und Versorgung der Asche, der Kohlen und der Feuerheerde, wiederholt publizirt.

---

31. Arnsberg den 4. April 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

In Betracht, daß im Herzogthum Westphalen bey der Vieh-Huthe bisher in den Herrschaftlichen Marken

und solchen privativ- und Kloster-Waldungen ungemein häufige Waid-Frevel begangen, und die über diesen Gegenstand vorhandenen wenigen älteren Verordnungen theils nicht durchgängig befolgt worden, theils manchen Unterthanen ganz fremd sind, durch solche Frevel aber den Waldungen, und insbesondere den jungen Heegen ein sehr großer Schaden zugefügt wird, haben S. Durchl. Folgendes zu verordnen gnädigst geruhet:

1. Alles Hüthen mit Bock- und Ziegen-Vieh in den Waldungen ist hiermit durchaus und bei Strafe von 3 Rth. von jedem Stück verboten.

2. Mit Schafen dürfen nur solche, nicht in Zuschlag oder Heege liegende Distrikte betrieben werden, worauf den Heerde-Besitzern eine unwidersprechliche Schafe-Huth-Berechtigung zustehet, bei Strafe von 10 Rth. für jede Heerde.

3. Weder Vieh von den erwähnten Gattungen, noch Esel, Pferde, Schweine oder Rindvieh dürfen ohne Hirten oder gar Nachts in dem Walde gelassen werden, bei Strafe von 5 Rth. für eine Heerde und ½ Rth. von einem einzelnen Stück.

4. Wer mit einer Heerde Esel, Pferde, Schweine oder Rindvieh einen Zuschlag betreibt, ist in 10 Rth. und wegen eines solchen Excesses mit einem einzelnen Stück in 1 Rth. Strafe verfallen.

5. Wer mit einer Schaf-Heerde einen Zuschlag betreibt, wird mit 20 Rth. und für jedes einzelne Stück mit 2 Rth. bestraft.

6. Wer in einem jungen Zuschlag graset, fällt, für eine Last, in die Strafe von 1 Rth.

7. Wer Heeg-Seiler muthwillig abreißt, soll 1 Rth. Strafe bezahlen.

8. Wenn solches von einer Gemeinde, oder durch einen von derselben Beauftragten, vorsätzlich geschiehet, 20 Rth.

9. Wer mit dem Vieh seine Grenzen übertreibt, 5 Rth.

10. Wenn vorgemeldte Frevel des Nachts, oder an Sonn- und Feyertagen, oder an dem Tag, wo das Holzgericht gehalten wird, begangen werden, wird die oben bestimmte Strafe jedesmal verdoppelt.

11. Die Brodherren müssen für die Frevel ihrer Dienstboten, die Gemeinden für die ihrer Hirten, und die Eltern für die ihrer Kinder haften, wesfalls die

Forſtbedienten und übrigen Wald-Aufſeher jedesmal die begangenen Frevel denen betreffenden Brodherren, Gemeinde-Vorſtehern und Eltern in Zeit zwey Tagen bekannt zu machen haben.

12. Alle obbemeldte Frevel ſind den einſchlägigen Behörden jedesmal von den Forſt Bedienten baldmöglichſt zur Unterſuchung und Beſtrafung anzuzeigen, und die angeſetzten Strafen ſind binnen 14 Tagen gehörig beizutreiben.

Sämmtliche Obrigkeiten und Unterthanen des Herzogthums Weſtphalen haben ſich alſo hiernach unterthänigſt zu achten, und damit Niemand ſich mit der Unwiſſenheit entſchuldigen, vielmehr ſich vor Schaden hüten könne; ſo ſoll dieſe Verordnung in jedem Ort, bey verſammelter Gemeinde gehörig bekannt gemacht, und den Vorſtehern ein Exemplar davon zugeſtellt werden.

---

32. Arnsberg den 4. April 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Zur Beförderung der an die Bezirks- und Lokal-Behörden von Arnsberg aus gerichteten Cirkularſchreiben, Reſcripte und ſonſtigen Verordnungen, ſo wie der von den Unterbehörden dahin zu erſtattenden Berichte, und Behufs ſchleuniger Beſtellung von Ort zu Ort der zwiſchen Letztern ſtattfindenden Correſpondenzen, ſollen beſtändige Amtsboten in bezeichneten Ortſchaften angeordnet, und von den dieſe Einrichtung benutzenden Gerichten, Städten und Freiheiten, erforderlichen Falls durch Beiträge nach dem Schatzungsfuße, remunerirt werden. Ueber den zweimal in jeder Woche einzurichtenden Cours dieſer Amtsboten, welche jeden Dienſtag und Freitag in Arnsberg eintreffen müſſen, über ihre Correſpondenz-Stationen, Verbindungs-Orte und Zeiten, ſo wie über die den Lokalbehörden bei dieſer Anſtalt obliegenden Mitwirkungen, werden ausführliche Vorſchriften ertheilt.

Bemerk. Dieſelbe Behörde hat am 31. Auguſt 1803 mehrere, die beſſere Anordnung der lokalen Verbindungspunkte der Boten und die Beſchleunigung der Correſpondenz bezweckende, Vorſchriften erlaſſen; ſodann auch beſtimmt, daß die Amtsboten zur Beſorgung der Privatcorreſpondenz benutzt werden ſollen,

wofür denſelben eine Belohnung von 1 Stbr. für jeden einfachen Brief und von 3 bis 4 Stbr. für jedes Paquet nach Maßgabe ſeiner Schwere, für jede Entfernung von 2 Stunden, als Accidenz bewilligt werden ſoll.

---

33. Arnsberg den 22. April 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Bei der dem Offizialate zu Werl entzogenen Cognition in allen bürgerlichen Sachen, für welche die Regierung ausſchließlich zur zweiten Inſtanz beſtimmt worden, wird, — um den Partheien für das Verfloſſene die in der churkölniſchen Reviſions-Ordnung geſtattete dritte Inſtanz nicht zu entziehen —, verordnet: daß die Appellation in denjenigen Sachen, worin das Offizialat bishierhin in zweiter Inſtanz noch geurtheilt hat, nunmehr bei der Regierung (in dritter Inſtanz) verhandelt werden ſoll.

---

34. Darmſtadt den 22. April 1803.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Zur beſſern Einrichtung des im Herzogthum Weſtphalen bisher beſtandenen Prokuratur- und Advokatur-Weſens wird u. A. Folgendes verordnet:

1. Die vorhandenen Prokuratoren ſollen, bis zu ihrer ſucceſſiven Verminderung, jedoch nur bei der Regierung zu Arnsberg und, in beſchränkterer Zahl, bei dem Officialate zu Werl fortbeſtehen, dagegen müſſen aber ihre Dienſtverrichtungen bei den Untergerichten ganz aufhören.

2. Die beibehaltenen Prokuratoren, deren künftig keine mehr ernannt werden, fungiren nur in den Geſchäften der außerhalb Arnsberg wohnenden Advokaten, welche ſich ihres Officiums zu bedienen verpflichtet ſind.

3. Mit der Advokatur ſind fernerhin alle früher davon abgeſonderte Prokuraturgeſchäfte vereiniget; beides kann aber nur von den vormals immatrikulirten oder künftig angeordnet werdenden und im Herzogthum Weſtphalen wohnenden legalen Advokaten betrieben werden. Die in den einzelnen Gerichtsbezirken vorhandenen Advo-

katen sollen fortwährend daselbst residiren, jedoch ihren Wohnort ohne Erlaubniß nicht verändern dürfen, und soll keine neue Niederlassung eines Advokaten außerhalb Arnsberg fernerhin gestattet werden.

4. Die Bedingungen, unter welchen künftig nur die Rezeption zur Advokatur statthaft ist, und die von den immatrikulirten Advokaten, so wie von den beibehaltenen Prokuratoren zu beachtenden Geschäfts-Obliegenheiten werden, — so wie

5. die von ihnen, bei den Unter- und Obergerichten, streng anzuwendende Gebühren-Taxe — ausführlich bestimmt.

Bemerk. Die von Advokaten und Prokuratoren geschehenden vorschriftswidrigen Gebühren-Ansätze sind späterhin mehrfach gerügt und verboten, jedoch in dieser Sammlung nicht angedeutet worden.

---

35. Darmstadt den 25. April 1803.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Um die bisherige Einrichtung des Depositenwesens im Herzogthum Westphalen zu verbessern, wird es den Eigenthümern der schon vorhandenen und der künftigen gerichtlichen Depositen freigestellt, diese entweder bei der landesherrlichen General-Kasse zu Arnsberg zu hinterlegen, oder aber sie fortdauernd dem Verwahrsam der Gerichte anzuvertrauen.

Im ersteren Falle garantiren alle Landes-Kassen die Sicherheit der deponirten Objekte, und sollen sie, wenn sie in laufenden Geldsorten bestehen, unter Befreiung von allen Depositionsgebühren, mit zwei Prozent jährlich verzinset werden; wenn die Depositen aus andern in Natura zu restituirenden Gegenständen bestehen, so sollen dafür bei der Hinterlegung und Zurückgabe jedesmal nur $\frac{1}{4}$ pCt. von dem Taxationswerthe an Gebühren entrichtet werden.

Im zweiten Falle findet weder eine landesherrliche Garantie, noch auch eine Verzinsung Statt, und müssen die bisher üblichen Gebühren, $\frac{1}{2}$ pCt. bei der Deposition und bei der Zurückgabe, so wie $\frac{1}{4}$ pCt. jährlich von den länger als zwei Jahre liegen bleibenden Depositen, ferner entrichtet werden.

Zur regelmäßigen Verwaltung des zuerst gedachten Depositat-Geschäftes soll eine besondere landesherrliche Commission angeordnet werden, und wird für diese, so wie für die in beiden Beziehungen mitzuwirken habenden Gerichtsbehörden eine ausführliche Dienstanweisung ertheilt.

Bemerk. Die stattgefundene Anordnung eines bezeichneten Depositen-Commissars ist von der Regierung zu Arnsberg am 18. Mai ej. a. bekannt gemacht worden.

---

36. Arnsberg den 27. April 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zur Beförderung der Lohgerberei im Herzogthum Westphalen, soll den inländischen Gerbern vor den ausländischen, beim Verkaufe der Lohe, das Einstands- und Vorkaufs-Recht gestattet werden.

---

37. Arnsberg den 27. April 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Streitige Ehesachen (in welchen dem Offizialate zu Werl früherhin die privative Cognition in erster Instanz zustand und welch Letztere nunmehr, — da dergleichen Gegenstände nicht ad causas mere ecclesiasticas gehören —, den Civil-Richtern obliegt) sollen ferner nur, und zwar mit Ausschließung der Patrimonialgerichte, von den landesherrlichen Beamten in erster Instanz entschieden werden.

Außer den am 9. Dezbr. v. J. (Nr. 13. d. S.) schon mit der landesherrlichen konkurrenten Jurisdiktion in den dort aufgeführten Patrimonialgerichten beauftragten landesherrlichen Beamten sollen ferner bezeichnete fürstliche Beamte in den Patrimonialgerichten zu Lehnhausen, zu Attendorn und zu Canstein, so wie im Erbgericht zu Oestinghausen, in allen daselbst vorkommenden streitigen Ehesachen in erster Instanz erkennen.

---

38. Arnsberg den 29. April 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Zufolge landesherrlichen Befehls werden die, sub dato Darmstadt den 20. Sept. 1788 und 17. Dezbr. 1796, wegen der Notarien erlassenen Verordnungen publizirt, und sollen dieselben im H. W. als Landes-Gesetze beobachtet werden.

Die Erstere verbietet allen ausländischen, so wie den inländischen nicht immatrikulirten Notarien die Ausübung ihres Amtes im Lande, bei Nullitäts-, Geld- und Leibes-Strafen; dieselbe verordnet die Prüfung aller vorhandenen Notarien und der künftig sich meldenden Canditaten des Notariatamtes, und die Immatrikulation der fähig Befundenen, wodurch allein die Legalität der Notarien erlangt wird; dieselbe verbietet den immatrikulirten Notarien die Aufnahme von Appellations-Instrumenten, mit einziger Ausnahme des Falles, daß der appellirende Theil vor Ablauf des decendii das judicium a quo oder ad quod nicht füglich erreichen könnte; desgleichen untersagt sie den Notarien die Anfertigung von Kauf-, Tausch- und Schenkungs-Briefen, von Schuld- und Pfand-Verschreibungen, Bürgschaften und Renunciationen und dergleichen Contrakte, und bestimmt schließlich, daß die Notarien von Instrumenten, Testamenten und sonstigen ihnen zugelassenen schriftlichen Amts-Handlungen an Gebühren mehr nicht als per Bogen einen Gulden, und 4 Albus für Copialien, den Partheien berechnen dürfen, auch bei Amtsverrichtungen außerhalb ihres Wohnortes, nebst freiem Transport, nur 3 Gulden täglich erhalten sollen.

Die zweite Verordnung bestätigt die Erstere und verordnet weiter, daß die Notarien, ohne spezielle landesherrliche Erlaubniß, keine Zeugen in den im Lande bereits anhängigen Rechtssachen abhören, und darüber Instrumente errichten dürfen.

---

39. Arnsberg den 3. Mai 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

In Gemäßheit landesherrlichen Befehls wird ein erneuerter Abdruck der in den altfürstlich hessischen Landen eingeführten Prozeß-Ordnung vom 2. Mai 1724, nebst

den weiter dabei einſchlagenden Verordnungen, nämlich: vom 5. April 1727, wegen Subhaſtation der Güter in Schuldforderungsſachen; vom 11. November 1769, puncto remedii revisionis actorum; und vom 3. März 1797 wegen Abhörung der Zeugen, ſo wie auch die Juſtiz-Verordnung vom 17. März 1797 publizirt, und ſollen dieſelben im Herzogthum Weſtphalen als Landes-Geſetze eingeführt und beobachtet werden. Zu Letzterm Behufe werden die weſtph. Juſtizbehörden ausführlich, und auch mit Hinweiſung auf die, wegen der Prokuratoren und Advokaten, desgleichen wegen der Notarien, jüngſt publizirten Vorſchriften (Nr. 34 und 38 d. S.) inſtruirt.

Bemerk. Unterm 1. Aug. 1803 hat die Fürſtl. H. Regierung zu Arnsberg die Anſchaffung der, am 1. Oct. ej. a. in geſetzliche Kraft treten ſollenden, heſſiſchen Prozeßordnung befohlen, jedoch am 3. Jan. 1804 bekannt gemacht, daß landesherrlich beſtimmt worden ſei, daß, — bis zur künftigen Bearbeitung einer vollſtändigen neuen Prozeß-Ordnung für die geſammten fürſtlichen Lande, — einſtweilen die bisher im Hzgth. Weſtphalen üblich geweſene Prozeß-Ordnung fortbeſtehen ſoll, jedoch deren Mängel durch eine vorläufige beſondere — und bevorſtehende — Verordnung, mit Rückſicht auf die altheſſiſche Prozeß-Ordnung, gehoben werden ſollen. (Conf. Nr. 91 d. S.)

---

40. Arnsberg den 3. Mai 1803.

Fürſtl. H. D. Organiſations-Kommiſſion.

Die in den altfürſtlich heſſiſchen Landen ergangene Verordnung vom 10. Mai 1802, — wodurch den kaiſerlichen Hof-Pfalzgrafen die Ausübung im Lande aller und jeder Amts-Handlungen (die als Eingriffe in die Landeshoheit qualifizirt werden), mit alleiniger Ausnahme der Creirung von Notarien, und auch dieſe nur nach Maßgabe der Notariats-Ordnung vom 20. Septb. 1788 (conf. Nr. 38 d. S.), verboten worden iſt —, wird als ein im H. W. zu beachtendes Landes-Geſetz publizirt.

---

41. Arnsberg den 3. Mai 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Publikation der für die ältern fürstlich hessischen Lande erlassenen Verordnung vom 2. April 1802, — wodurch den Behörden die strengste Handhabung der Paß-Polizei gegen Fremde und Collektanten befohlen, und deren Verfahren bei Ertheilung neuer und Visirung älterer Pässe und Collekten-Scheine vorgeschrieben worden ist —, welche im H. W. als ein Landesgesetz beachtet werden soll.

---

42. Arnsberg den 3. Mai 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Die nachstehende, zu Darmstadt am 2. Juli 1790 für die ältern fürstlich hessischen Lande erlassene, Verordnung wird als ein im H. W. künftig zu beachtendes Landes-Gesetz publizirt.

Ludewig X., Landgraf ꝛc., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem Wir in gnädigste Erwägung gezogen haben, daß es Unserm Militairdienst in manchem Betracht zum Nachtheil gereichen würde, wenn Unsere Officiers und Soldaten durch unnöthige Geldaufnahmen sich leichtsinniger Weise in Schulden stecken, und dadurch nicht allein sich zu Verschwendung und unordentlicher Wirthschaft verleiten lassen, sondern auch am Ende, um ihre Gläubiger befriedigen zu können, in starke Gage-Abzüge gerathen, und durch den daher entstehenden Mangel an der nöthigen Subsistenz ihren Dienst gehörig zu verrichten, ausser Stand gesezt werden; so haben Wir zur Verhütung dieses Uebels folgendes zu verordnen gnädigst für gut befunden:

1. Alle Geldaufnahmen und Anleihen Unserer Officiers sowohl der höheren als der niederen, ohne Ausnahmen, es sey auf Wechsel, Handschrift, Gage-Assignation, gerichtliche oder privat-Hypotek, oder wie es sonst Namen haben mag, sollen dergestalt untersagt, ungültig und unverbindlich seyn, daß in Ansehung derselben niemals die Execution auf des Schuldners rückständige oder laufende

Gage, und eben so wenig auf seine Equipage, und was er sonst zum Dienst nöthig hat, Statt finden soll.

2. Eben dieses gilt auch von denjenigen Schulden, die der Officier zwar nicht durch unmittelbare Geldanleihen, aber doch durch Erkaufung entbehrlicher Sachen, und blosser Bedürfnisse des Luxus, oder durch den Genuß auch sonst erlaubter Vergnügungen, contrahirt, als wohin insbesondere Wein- und Spielschulden gehören. Nehmlich es soll auch in Ansehung der Schulden dieser Art, und wenn sie an sich selbst noch so liquid, und ihre Entstehung noch so untadelhaft wäre, niemals eine Verkümmerung und Schmälerung der Gage Statt finden.

3. Dagegen versteht sich von selbst, daß dasjenige, was der Officier für unentbehrliche Leibes- und Lebensbedürfnisse, nöthige Speise und Trank, Wohnung, Kleidung, Arznei und Verpflegung in Krankheiten und dergleichen schuldig wird, aus dessen Gage vorzüglich bezahlt werden muß. Doch haben dergleichen Gläubiger, insbesondere Gastwirthe, Kaufleute ꝛc. sich vorzusehen, daß sie, durch allzulanges Creditiren, ihre Forderungen nicht zu hoch aufwachsen lassen, weil in Ansehung solcher rückständigen Schulden dem Officier das beneficium competentiae zustehet, und also der Gage Abzug niemals stärker, als es das Bedürfnis der gegenwärtigen nothdürftigen Subsistenz zuläßt, und niemals über ein Drittel deren Betrags, gemacht werden kann.

4. Da es Unsere Absicht nicht ist, die in §. §. 1. und 2. erwähnte Arten von Schulden an sich selbst und durchaus für ungültig zu erklären; so folgt daraus, und wird hiermit ausdrücklich erklärt, daß, in so ferne der Schuldner ausser seiner Gage noch anderes eigenthümliches Vermögen oder Einkünfte hat, dessen Gläubiger sich daran, in Ansehung einer jeden rechtmässigen Forderung, im Wege der Ordnung zu erholen, allerdings befugt sind, und alsdann dem Officier dagegen keine weitere Einwendungen zustehen sollen, als die ihm nach Beschaffenheit der Umstände in jedem andern Stande zustehen würden. Auch behalten Wir Uns vor, auf den Fall, wenn ein Officier, der ausser seiner Gage keine Zahlungsmittel hat, Schulden von dieser Art gemacht, und dadurch gutherzige Gläubiger um das Ihrige gebracht haben sollte, eine solche jeden Charakter, hauptsächlich aber den Charakter

eines Officiers, entehrende Unredlichkeit, nachdrücklich zu bestrafen.

5. Wenn inzwischen der Fall vorkommen sollte, daß ein Officier, dringender Umstände wegen, auf seine Gage einen Geldvorschuß aufzunehmen, oder auf andere Art Schulden zu machen, genöthiget seyn sollte; so soll derselbe, falls er der Jurisdiction eines Regiments oder Corps unterworfen ist, seinem Commandanten, falls er aber unmittelbar unter Fürstl. Kriegscollegio stehet, diesem Unserm Kriegscollegio davon die Anzeige, mit Anführung der Umstände, thun und alsdann der Commandant oder das Kriegscollegium autorisirt seyn, nach Befinden die Schuld zu consentiren, in welchem Falle dieselbe durchaus als gültig anzusehen, und der Gläubiger in Ermangelung gütlicher Zahlung, auf sein Verlangen, in des Schuldners Gage, jedoch ebenfalls salvo beneficio competentiae, zu immittiren ist.

6. Was die Unterofficiers und gemeinen Soldaten, wie auch alle übrige, mit denselben in gleichem Rang stehende, Militairpersonen betrift; so sollen alle von denselben ohne Vorwissen und schriftliche Einwilligung ihrer Compagnie-Commandanten, oder, in Abwesenheit derselben, des commandirenden Officiers, gemachte Schulden, schlechterdings ungültig und unverbindlich seyn, und zwar ohne Unterschied, ob die Schuldner eigenthümliches Vermögen haben, oder nicht. Doch sind davon folgende Fälle, nemlich:

a) Wenn der Soldat ein Handwerk, oder sonst ein Gewerbe treibt, und die Schuld aus Veranlassung oder zum Behuf dieses Gewerbes gemacht worden ist;
b) Wenn die Schuld sich nicht auf einen Contract, sondern auf ein delictum vel quasi, oder auf ein andres unwillkührliches Verhältnis gründet;
c) Wenn die Schuld vor dem Eintritt des Schuldners in den Soldatenstand gemacht worden ist;

dergestalt ausgenommen, daß der Schuldner, wenn er eigenthümliches Vermögen hat, aus demselben, niemals aber aus seiner Löhnung, zur Zahlung angehalten werden soll.

7. Hiernächst verordnen Wir weiter, aus bewegenden Ursachen, daß gemeine Soldaten und Unterofficiers,

wenn sie an dem Orte ihres Standquartiers Contracte über unbewegliche Güter, es sey zu deren Erwerbung oder Veräusserung, schliessen wollen, davon, bey Strafe der Nichtigkeit, ihrem Compagniecommandanten zuvor die Anzeige thun, und dessen Einwilligung einholen sollen. Diese Einwilligung soll der Compagniecommandant nicht anderst, als wenn er den Handel für den Soldaten vortheilhaft findet, ertheilen, und alsdann kommt die nach den Landesgesetzen erforderliche gerichtliche Bestättigung des Contracts, wenn der Soldat der veräusserude Theil ist, dessen Regiments- oder Corps-Gerichte, wenn aber der veräusserude Theil eine bürgerliche Person ist, der einschlägigen bürgerlichen Gerichtsstelle zu. In Ansehung derjenigen unbeweglichen Güter, die der Soldat nicht in seinem Standquartier, sondern in seiner Heimath oder anderwärts besizt, oder erwerben will, bleibt die gerichtliche Bestättigung der darüber zu schliessenden Contracte, ohne Unterschied, dem Richter des Orts, wo die Sache gelegen ist. Doch soll dieser Richter, bevor er einem solchen Contract die Bestättigung giebt, darüber mit dem Regiments- oder Corps-Commandanten communiciren, und auf die von demselben allenfalls gemacht werdenden Anstände Rücksicht nehmen. Da übrigens

8. Schon bisher verordnet war, daß, wenn Soldaten und Unterofficiers, innerhalb Unserer Fürstl. Lande, Gelder, es sey aus Erbschaften, oder für verkaufte Güter, oder von aufgekündigten Capitalien, oder wie es sonsten Namen haben mag, einzunehmen haben, diese Gelder von Unsern Beamten nicht an sie unmittelbar ausbezahlt, sondern an deren vorgesezte Officiers eingeschickt werden sollen; so erneuern Wir diese Verordnung hiermit dahin, daß dergleichen Gelder, bei Strafe des Ersatzes im Falle der Desertion, jedesmal an den Commandanten des Regiments oder Corps, zu welchem der Soldat gehört, übermacht, und von diesem sodann an den Eigenthümer ohne alle Kosten, ausser dem allenfallsigen Postgeld, abgegeben, wie auch von demselben jedesmal die auszustellende Quittung attestiret werden solle. Der Commandant hat alsdann dafür zu sorgen, daß das Geld, wo möglich, wieder nüzlich angelegt, und dem Soldaten solchergestalt sein Vermögen erhalten werde. Besonders soll er, wenn die Desertion zu besorgen ist, ihm dasselbe nicht zur willkührlichen Verwendung in die Hände geben.

Schlüßlich haben Wir gnädigst befohlen, daß diese Unsere Fürstl. Verordnung zu Jedermanns Nachachtung und Warnung gedruckt, und öffentlich bekannt gemacht werden solle.

Bemerk. Das großherzogl. H. Ober-Kriegs-Collegium zu Darmstadt hat am 1. Septb. 1808 und 10. Febr. 1815 die in den §§. 6, 7 und 8 der obigen Verordnung enthaltenen Bestimmungen wiederholt publizirt, und deren pünktlichere Beachtung befohlen.

---

43. Arnsberg den 5. Mai 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Die in den ältern fürstlich hessischen Landen unterm 14. Juni 1777 eingeführte Stempel-Papier-Ordnung, — wodurch acht Sorten Stempel-Papier, von 2, 3, 6, 15, 30 und 45 Kreuzer, sodann von 1 Fl. und von 1 Fl. 30 Kr. vorgeschrieben worden sind —, soll auch im Herzogth. Westphalen zur Anwendung kommen, und werden die Sachen und Handlungen, wozu die 8 verschiedenen Stempel-Papier-Sorten gebraucht werden müssen, die desfallsigen Befreiungen und die auf Stempel-Contraventionen haftenden Strafen ausführlich bestimmt. In den Hauptorten des Herzogth. Westph. sollen Niederlagen des Stempelpapieres geschehen und durch das Intell. Blatt bekannt gemacht werden.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 29. Febr. 1804 die seither unterlassene Anwendung des Stempelpapieres bei Suppliken ꝛc. gerügt, und bestimmt, daß fernere Contraventionen mit der vorschriftmäßigen Strafe unnachsichtlich belegt werden sollen; sodann auch am 23. Jan. 1808 verordnet, daß die zu Verhandlungen adhibirt werdenden Stempelbogen mit kurzer Angabe des Gegenstandes, wozu sie verwendet worden, beschrieben, und ihre Stempelzeichen durchstrichen werden müssen.

---

44. Arnsberg den 9. Mai 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Die sub dato Darmstadt den 30. April 1785 für die altheſſiſchen Lande erlaſſene Verordnung, wegen Beſtrafung der Bankerotte und Zuläſſigkeit der Güter-Abtretung, wird als ein im Herzogth. Weſtph. zu beachtendes Landesgeſetz promulgirt. Durch daſſelbe wird im Weſentlichen Folgendes beſtimmt:

1. Die durch Verſchwendung und andere leichtſinnige Handlungen, Spekulationen oder Nachläſſigkeiten verurſachten Bankerotte ſollen, nach Maßgabe ihrer Größe, ſo wie des Grades und der Wiederholungen des Leichtſinnes oder der Nachläſſigkeit des Inſolventen, mit Verluſt deſſen etwaigen Amtes ꝛc., mit willkührlicher, ein- bis zweijähriger Gefängniß- oder auch Zuchthaus-Strafe belegt, und, im Fall der Incorrigibilität des Falliten, derſelbe noch ſchärfer beſtraft und außer Stand geſetzt werden, ſeine Mitbürger fernerhin um das Ihrige zu bringen.

2. Bankerotte, welchen böſsliche oder betrügeriſche Abſichten, Vorſätze und Handlungen zum Grunde liegen, als: Mißbrauch des Credits, Fälſchung von Büchern, Wechſeln, Obligationen und Verträgen, Unterſchlagung von Baarſchaften und Waaren, und ſonſtiger Betrug, ſollen mit mehrjähriger, eventuell mit lebenswieriger Gefangenſchaft, Zuchthaus und öffentlicher Arbeit, zugleich auch mit Ehrloserklärung und Verluſt aller Chargen, Aemter, Titel, Innungen ꝛc. beſtraft werden.

3. Wenn Bankerotte Vermögens-Verluſte von Wittwen und Waiſen oder anderer hülfloſer und unverſtändiger Perſonen, Dienſtboten, pia Corpora, oder auch den gänzlichen Ruin eines oder mehrerer Gläubiger, herbeiführen, oder wenn dieſelben von fürſtl. Beamten, charakteriſirten Perſonen und Adlichen, (welche das ihnen dadurch beiwohnende Zutrauen mißbrauchen) vollführt werden, ſo ſollen dieſe Falliten ſchärfer als diejenigen, welche ſich nicht in dieſem Falle befinden, beſtraft werden. Fürſtliche Beamte, welche eines leichſinnigen Bankerottes ſchuldig ſind, ſollen entſetzt, jedoch im Fall ihrer Beſſerung nicht durchaus für dienſtunfähig, dagegen aber, wenn ſie eines betrieglichen Bankerottes überwieſen ſind, ſofort in Unehren kaſſirt und für immer zu fernerer Bekleidung öffentlicher Aemter ꝛc. untüchtig erachtet werden. — Falli-

ten aus dem Adels- oder Honoratioren-Stande sollen, in Berücksichtigung der Familien-Ehre, anstatt mit Zuchthaus und öffentlicher Arbeit, mit Festungs- oder anderer Gefängniß-Strafe belegt werden.

4. Keine der vorbezeichneten Bankerottirer sollen zu der Rechtswohlthat der Güter-Abtretung zugelassen, und dieses nur denjenigen Gemeinschuldnern gestattet werden, deren Vermögens-Abnahme durch kundbare oder nachgewiesene Unglücksfälle veranlaßt worden; welche ihre gesammten Activa den Creditoren getreulich anzeigen und überlassen, und die sich des Schutzes der Gesetze und des Mitleids ihrer Gläubiger nicht dadurch unwürdig gemacht haben: daß sie gegründete Forderungen abgeleugnet, die Flucht ergriffen, oder zur Zeit, wo ihnen ihr Vermögens-Verfall bekannt war, irgend etwas zum Nachtheil ihrer Creditoren vorgenommen haben.

Außerdem wird das gerichtliche Verfahren gegen leichtsinnige oder frauduleuse, anwesende oder flüchtige Bankerottirer, gegen Helfershelfer (wozu auch die durch leichtfertige Wirthschaft sich betheiligenden Ehefrauen gezählt werden) und Mitwisser, sodann auch diejenige Prozedur vorgeschrieben, welche beim Eintritt einer gesetzlich zugelassenen Vermögens-Abtretung an die Gläubiger, von Amtswegen, oder auf Anrufen eines oder mehrerer Creditoren und resp. des Gemein-Schuldners, eintreten muß.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat die obigen gesetzlichen Bestimmungen unterm 6. Juli ej. a. ebenfalls publizirt.

---

45. Arnsberg den 9. Mai 1803.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Die fürstl. für das Herzogth. Westphalen angeordnete Regierung soll alle von Geistlichen errichtete und ferner errichtet werdende Testamente prüfen und, wenn sie gültig befunden werden, richterlich confirmiren, wenn aber ein solches Testament fehlerhaft sein sollte, muß sie die darin bezogene Verlassenschaft für den Landesherrn in Beschlag nehmen.

Von den bestätigten Testamenten soll die Regierung die gewöhnliche Cameral-jura, gemäß der Taxordnung

vom 24. Jan. d. J., zur Siegel-Amts-Gelder-Rendantur zahlen lassen und als eigene jura, je nachdem die Kameralgebühren auf 8, 16, 24 oder 32 Rthlr. zu tariren sind, 3, 4, 6 oder 8 Rthlr., sodann für die Verpflichtung des Testaments-Exekutors 1 franz. Laubthaler erheben; auch kann sie dem Rendanten der Siegel-Amts-Gelder eben so viel, als die Regierung selbst zu beziehen hat, auszahlen lassen.

Bemerk. Diese Normal-Bestimmungen sind in einem, gelegentlich eines speziellen Falles erlassenen, Rescripte enthalten.

---

46. Arnsberg den 9. Mai 1893.

Fürstl. H. D. Organisations-Kommission.

Im Herzogthum Westphalen wird die in den altfürstlichen Landen sub d. Darmstadt den 22. October 1787, rücksichtlich öffentlicher Versteigerungen und der dabei üblichen Weinkäufe, erlassene Verordnung, als ein Landesgesetz promulgirt. Durch diese Verordnung wird bestimmt:

1. „Daß alle und jede öffentliche Versteigerungen „an denenjenigen Orten, wo Rathhäuser befindlich sind, „auf diesen, und wo dergleichen nicht befindlich sind, „nur alsdann in dem Wirthhaus vorgenommen werden „sollen, wann kein sonst zu denen gemeinen Zusammen„künften bestimmtes Privathaus vorhanden ist, gestalten „letztern Falls in diesem und nicht in dem Wirthshaus „die Versteigerung vorgenommen werden muß.

„2. Alles Essen und Trinken an dem Ort der Ver„steigerung, es seye dieser das Rath-, Privat- oder „Wirths-Haus, auf Abschlag des Weinkaufs, wird vor „und während der Versteigerungen schlechterdingen unter„sagt, auch

„3. Alles Aufsetzen von Viktualien, Getränken oder „Geld zum Vertrinken bei dem Steigen ist und bleibt „sowohl dem Steiger als Versteiger und jedem Andern „durchaus verboten.

„4. An denjenigen Orten aber, wo der Weinkauf „bisher gebräuchlich gewesen und zu Herbeilockung der

„Steiglustigen gleichsam zur Nothwendigkeit geworden, „mag derselbe wohl beibehalten werden, damit aber al„les Uebermaaß verhütet werde; So wird

„a. Derselbe bei Häusern und liegenden Güter„Stücken, ohne Unterschied ob die öffentlichen Ver„steigerungen nothwendig oder willkührlich sind, zu „2 Heller von jedem Gulden des Steig-Schillings „bestimmt; Sollte aber der Kaufschilling eines ein„zelnen Stücks über 500 fl. kommen: so wird nur „1 Heller Weinkauf von jedem Gulden des über die „Summe der 500 fl. steigenden Kaufschillings er„laubt, jedoch dergestalten, daß der Weinkauf von „einem einzeln Haus, oder im ganzen versteigenden „Guts, niemalen die Summe von 10 fl. übersteigen solle.

„b. Bei Versteigerungen auf Ratifikation wird „bei der ersten Licitation nur der halbe, und bei der „zweiten auch nur der halbe Weinkaufschilling er„laubt, bei allen allenfalls weiter erfolgenden Stei„gerungen aber untersagt.

„c. Bei öffentlichem Verkauf der Mobilien, in„sonderheit auch des Abnutzens von liegenden Gü„tern, an Holz, Früchten, Gras, Gemüß, Obst und „dergleichen, hat gar kein Weinkauf statt.

„d. Muß der Käufer den Weinkauf ohne Ab„zug des Kaufschillings zahlen.

„5. Derjenige, welcher gegen einen oder andern „Punkt dieser Verordnung handelt, und zwar derjenige, „welcher die Versteigerung dirigiret, wird mit 25 fl. „Strafe belegt, der dagegen fehlende Steiger oder Ver„steiger aber mit 10 fl."

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat unterm 23. Juni ej. a. die vorstehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Nachachtung bekannt gemacht.

---

47. Arnsberg den 20. Mai 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Den von den Unterherrn im Herzogth. Westphalen vergleiteten Juden darf der auch außerhalb der Unter-

herrlichkeiten verbotwidrig von ihnen betrieben werdende Handel ferner nicht mehr geſtattet werden. (Conf. Nr. 98 d. S.)

---

48. Arnsberg den 28. Juni 1803.

Fürſtl. H. D. Organiſations-Kommiſſion.

Es iſt die Anzeige geſchehen, daß ſowohl in denen Fürſtlichen als Gemeinheits Waldungen des Herzogthums Weſtphalen boßhafter Weiſe verſchiedentlich Feuer angelegt worden, theils bey Gelegenheit des verderblichen Aſchen- und Heid-Brennens ein ſolches aus Nachläſſigkeit ausgebrochen und beträchtliche Walddiſtricte dadurch verheert, auch diejenigen Unterthanen, welche zum Löſchen aufgefordert worden, manchmal ſich äuſerſt ſaumſeelig und ungehorſam dabey betragen haben. Um nun jenem ſchädlichen Unfug auf der einen- und dieſer Strafwürdigen Nachläßigkeit auf der andern Seite zu ſteuern, wird auf ausdrücklichen höchſten Befehl hiermit verordnet:

§. 1. Wer einer Feueranlegung in Waldungen, woraus nahmhafter Schaden entſtanden, überwieſen wird, ſoll nach Befinden mit Zuchthauß-Strafe bey Waſſer und Brod belegt werden.

§. 2. Wer unnöthigerweiſe in oder dicht an den Waldungen Feuer anmacht, wird für jedes Feuer mit zehen Rthlr. geſtraft.

§. 3. Derjenige, welcher einen Wald-Brand bemerkt, ſolchen aber nicht ſogleich in dem nächſten Ort anzeigt, damit die Glocke angeſchlagen und Anſtalten zum Löſchen gemacht werden können, oder derjenige, welcher zum Löſchen aufgefordert wird, und ſich nicht ſogleich bereitwillig einfindet, auch die Anordnungen der Förſter und Orts-Vorſtände nicht befolgt, ſoll mit fünf Rthlr. geſtraft werden.

§. 4. Wenn in einem Ort zum Löſchen des Waldbrandes aufgeboten wird, ſoll ſich aus jedem Haus ein Mann, ohne Rückſicht, wem der Wald gehöret, mit Axt oder Hacke und Rechen verſehen, ſtellen, und die Ortsvorſtände, deren Pflicht es vorzüglich iſt, in ſolchen Gelegenheiten Eifer in Anordnungen zu zeigen, ſollen die Mannſchaft ſelbſt anführen, und den Bedacht dahin nehmen, daß

wenigſtens ein Drittel derſelben mit Hacken und Rechen, der übrige Theil aber mit Aexten verſehen ſey, um nöthigenfalls bey heftigem Wind, durch Wegräumung des Laubs, Wundmachung des Bodens, und Aufwerfung ſeichter aber breiter Gräben ꝛc. in einiger Entfernung der Ausdehnung des Feuers Schranken zu ſetzen, mittlerweilen die mit Aexten verſehene Mannſchaft das nöthige Gehölz niederhauet, und das Feuer mit Stangen und Sträuchen ausſchlägt. Wäre der Brand aber von großer Bedeutung, ſo ſoll jeder Bewohner des nächſten Orts gehalten ſeyn, zur Hülfe zu eilen, bis hinlängliche Mannſchaft aus entfernteren Orten eingetroffen ſeyn wird.

§. 5. Sollen die Förſter jedesmal nach erfolgtem Löſchen bey Tag oder Nacht die nöthigen Wachen zurückbehalten, und ſich ſelbſt nicht weit von der Brandſtätte entfernen, bis die Gefahr gänzlich vorüber iſt. Jeden Saumſeligen oder Ungehorſamen ſollen ſie zur Beſtrafung anzeigen.

§. 6. Unerlaubte Aſchen-Feuer im Walde ſollen zu jeder Jahrszeit unnachſichtlich mit Zehen Rthlr. für jedes beſtraft werden.

§. 7. Köhler und förmlich angeſtellte Holzhauer ſind in ſo weit von dem in §. 2. bemerkten Verbot ausgenommen, wenn ſie die ihnen nöthigen kleinen Feuer vom Monath Oktober an bis Ende Februar nur an ſolche Orte machen, welche ihnen von den Förſtern oder Wald-Aufſehern als unſchädlich angewieſen ſind.

§. 8. Demjenigen, welcher einen erweißlichen Aſchen- oder Wald-Feuer-Frevel anzeigt, wird ein Drittel der baar eingehenden Strafe zugeſichert.

§. 9. Alle Obrigkeiten und Unterthanen des Herzogthums Weſtphalen haben ſich alſo hiernach unterthänigſt zu achten, und damit ſich Niemand mit der Unwiſſenheit entſchuldigen könne; ſo ſoll dieſe Verordnung ſogleich und in Zukunft alle Jahre Anfangs Merz von den Kanzeln im ganzen Lande verleſen werden, wobey denen Beamten und Orts Vorſtänden noch beſonders empfohlen wird, dieſelbe öfters bey ſchicklichen Gelegenheiten denen Unterthanen und vorzüglich Holzhauern und Waldhirten nachdruckſamſt einzuſchärfen.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat die vorſtehenden Beſtimmungen unterm 16. Juli ebenfalls

publizirt, ſodann auch am 14. Aug. 1804, 2. Mai 1805 und 31. März 1810 den in obiger Verordnung enthaltenen Befehl ihrer alljährlichen wiederholten Publikation, erneuert.

---

49. Arnsberg den 13. Juli 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Nachdem wegen Beſtimmung neuer Bauplätze folgende landesherrliche Verordnung gnädigſt erlaſſen worden iſt:

Da bei der immer zunehmenden Bevölkerung Unſerer Lande die bisherigen Bauplätze in Städten und Dörfern nicht mehr hinreichen wollen, und der Eigenſinn, Vorurtheil, die Gewinnſucht und Mißgunſt mancher privat Grundeigenthümer den Bauluſtigen mehrerlei Hinderniſſe in Weg legen, indem ſie ihre Grundſtücke entweder gar nicht, oder nur unter ſchweren unbilligen Bedingungen abgeben wollen, Wir aber aus landesherrlicher Vorſorge für das gemeine Beſte dergleichen nicht nachſehen können, vielmehr die Neuanbauenden thunlichſt, und ſo viel ohne wahren Schaden anderer geſchehen kann, unterſtützt wiſſen wollen; So verordnen und befehlen Wir hiermit aus Landesherrlicher Macht, daß alsdann, wann die Beſtimmung neuer Bauplätze in und bei einer Stadt oder Dorf von Uns oder Unſern höhern Collegiis, als an welche jedesmalen Bericht zu erſtatten iſt, an ſich rathſam erkannt und genehmigt werden wird, mithin auch ausgemacht worden iſt, daß die Grundſtücke, welche bisher zu Bauplätzen beſtimmt waren, nicht mehr anreichen wollen, oder auch, daß wegen Feuersgefahr, fehlenden ſonſtigen nöthigen Raums zum Gewerbe und Ackerbau, oder aus andern hinreichenden Gründen es nicht räthlich ſeyn will, die etwa noch vorhandenen zu bebauen, daß alsdann Unſere Beamten zwiſchen Bauluſtigen und Grund-Eigenthümern vorerſt die Güte verſuchen, bei beharrlicher Widerſpenſtigkeit aber ſolche Ländereien durch beſonders zu verpflichtende Feldverſtändige nach ihrem wahren derzeitigem Werth den Bauluſtigen gerichtlich zuſchätzen laſſen, auch allenfalls nach eigenem richterlichem Erkenntniß und Befund ein mehreres, je nachdem das Stück in Beziehung auf den Beſitzer einen wirklichen höhern Werth haben, und daſſelbe von Unſern höhern Collegiis

für billig befunden werden ſollte, zu ſetzen, und denſelben gegen gleichbaldige Zahlung, des Schätzungs-Preiſes übergeben.

Unſere Regierungen ſollen dieſe Unſere Verordnung in Unſeren ſämmtlichen Landen und adlichen Gerichten gehörig ausſchreiben, Unſere Beamten aber deren Inhalt und Abſicht den ihnen anvertrauten Unterthanen auſſer der gewöhnlichen Bekanntmachung, auch ſonſt bei jeder ſchicklichen Gelegenheit erläutern, und iſt ſich darnach unterthänigſt zu achten.

So wird ſolche ſämmtlichen Bewohnern des Herzogthums Weſtphalen hiemit zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Bemerk. Die fürſtl. Organiſations-Kommiſſion zu Arnsberg hatte bereits am 3. Mai ej. a. auf landesherrlichen Befehl verordnet, daß die obigen, in einer zu Darmſtadt am 29. Juli 1791 für die altheſſiſchen Lande erlaſſenen Verordnung wörtlich enthaltenen, Beſtimmungen im Herzogthum Weſtphalen als Landesgeſetz eingeführt und beobachtet werden ſollen.

---

50. Arnsberg den 13. Juli 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Die ſämmtlichen Notarien, ſo wie die Erben der verſtorbenen Notarien werden aufgefordert, die ihnen geſetzlich aufgelegte gerichtliche Hinterlegung ihrer Notariatbücher, worin die bei ihnen oder ihren Erblaſſern bisher verfertigten Kontrakte eingetragen worden ſind, bei ihren resp. Gerichten zu verwirklichen, und werden die landesherrlichen und gutsherrlichen Beamten angewieſen, die in ihren Gerichtsbezirken wohnenden Notarien oder deren Erben zur Erfüllung dieſer Verpflichtung unverzüglich durch geeignete Zwangsmittel anzuhalten.

---

51. Arnsberg den 15. Juli 1803.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Der, beſonders von ſogenannten Ungarn und Thüringern, unbefugterweiſe getriebenen werdende Medikamenten-

Handel, wodurch gesundheitsgefährliche, medicinische Pfuschereien veranlaßt und befördert werden, muß von den Lokalbehörden durch sofortige Confiskation dergleichen verkaufter oder auch nur feilgebotener Waaren verhindert, auch darüber an die Regierung berichtet werden.

---

52. Darmstadt den 1. August 1803.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Fügen hiermit jedermänniglich zu wissen: Demnach Wir aus landesväterlicher Fürsorge für bedrängte Wittwen und Waisen, auch andre Nothleidende Unserer getreuen Unterthanen, zu deren besseren Unterstützung, bei Uns gnädigst beschlossen haben, für das Herzogth. Westphalen, gleichwie es in Unsern altfürstlichen Landen hergebracht ist, eine besondre Kasse zu errichten, zu welcher ein jeder, der in Ehesachen eine Dispensation erhält, eine, seinem Vermögen angemessene, Taxe beizuschießen gehalten ist, als haben Wir zu dem Ende in der gnädigsten und gewissen Zuversicht, daß jeder wohlmeinende Unterthan, in Rücksicht des frommen Institutes, zu diesem ihm abzufordernden Beitrag in aller Unterthänigkeit sich so willig als pflichtig finden lassen wird, folgende Verordnung zu erlassen für nöthig gefunden:

§. 1. Werden zwar die katholischen Religionsverwandte in Unserm Herzogth. Westphalen angewiesen, fernerhin, wie bisher, die nach den Grundsätzen ihrer Kirche in Ehesachen erforderlichen Dispensationen bei der dazu geeigneten geistlichen Behörde nachzusuchen; keine Dispensation soll aber in Zukunft quoad effectus civiles mehr gültig seyn, wenn solche nicht in Hinsicht der bürgerlichen Wirkungen ausdrücklich von Uns bestättiget seyn wird.

§. 2. Dem General-Vikariat wird zugestanden, die bisher von Ertheilung der Dispensationen bezogenen Jura sich noch fernerhin bezahlen zu lassen, auch wird demselben vor der Hand noch, bis auf erfolgende weitere Verfügung, der Bezug der Siegelgelder à 1 fl. 30 kr. von jeder Dispensation zu Bestreitung der herkömmlichen Besoldung und sonstigen nöthigen Ausgaben belassen.

§. 3. Nebst den Gebühren des General-Vikariats und der Siegelgelder sind, für die Bestätigung der Dis-

pensationen in verbotenen Graden der Blutverwandtschaft zur Dispensations-Kasse nachfolgende Summen zu entrichten, als

in dem zweiten Grad, wenn das Vermögen der beiden Verlobten 2000 fl. und darüber beträgt 33 fl.; desgleichen von 1500—2000 fl. 24 fl.; von 1200—1500 fl. 15 fl.; von 500—1200 fl. 9 fl.; von 300—500 fl. 6 fl.; und von dem geringern Vermögen 4 fl.

in dem dritten Grad, (nach Maaßgabe der obigen 6 Klassen) 22; 16; 10; 6; 4 und 2 fl.

in dem vierten Grad, (nach Maaßgabe der obigen 6 Klassen) 15; 11; 7; 4; 2 und 1 fl.

§. 4. Von Bestätigung der Dispensationen in gradibus prohibitis affinitatis ist die Hälfte von den in dem vorstehenden Absatz bestimmten Taxen zu bezahlen.

§. 5. Bei Dispensationen von dem Kanzel-Ausruf, sind nebst den gewöhnlichen Siegelgeldern zur Dispensations-Kasse zu entrichten, wenn die Dispensation von allen 3 Proklamationen geschieht, 10 fl.; von 2 Proklamationen, 4 fl.; und wenn nur von einer dispensirt wird, 1 fl. 30 kr.

§. 6. Wenn sich Verlobte außerhalb ihrer beiderseitigen Pfarreien ehelich einsegnen lassen wollen, zahlen sie nebst dem, was sie ihrem Pfarrer, altem Herkommen gemäß, pro dimissorialibus schuldig sind, zur Dispensations-Kasse noch 30 fl., und wird allen und jeden Pfarrern, bei Strafe, in eigenem Namen für das Doppelte zu haften, verboten, die ihnen abverlangten Dimissoriales zur auswärtigen Copulation ehender zu ertheilen, als wenn ihnen die Quittung über das bezahlte Dispensationsgeld vorgelegt seyn wird; es wird jedoch hierunter der Fall ausgenommen, wenn die neuen Eheleute sich an einem dritten Ort, wo sie sich häußlich niederzulassen gedenken, copuliren lassen, indem sie alsdann die verordneten 30 fl. nicht zu bezahlen haben.

§. 7. Da es auch öfters geschieht, daß Wittwer und Wittwen sich schon in dem Trauerjahr wieder verheurathen; so verordnen Wir weiters, daß in Zukunft ohne besondre Erlaubniß, welche nur aus erheblichen Ursachen zu ertheilen ist, während des Trauerjahrs keine zweite Ehen mehr vollzogen werden sollen, und daß, wer

eine ſolche Erlaubniß erhält, wenn ſein Vermögen unter 50 fl. iſt, zur Dispenſations-Kaſſe 15 kr.; bei einem Vermögen von 50 — 100 fl. 30 kr.; von 100 — 500 fl. 1 fl.; von 500 — 1000 fl. 2 fl.; und wenn das Vermögen 1000 fl. überſteigt, 3 fl. erlegen ſoll.

§. 8. Um nun zu erkennen, zu welcher der oben beſtimmten Klaſſen derjenige, welcher um die Beſtätigung einer Dispenſation anhält, gehöre, und welche Taxe ihm demnach anzuſetzen ſeye, ſo iſt von demſelben jedesmal über ſein und ſeiner Braut Vermögen ein glaubhaftes Atteſtat des Ortsvorſtandes beizubringen, in deſſen Entſtehung aber die höchſte Taxe anzuſetzen.

§. 9. Damit auch die Verlobten, wegen ihrer Entfernung von Unſerer Reſidenz-Stadt mit den nachſuchenden Dispenſations-Beſtätigungen nicht allzulange aufgehalten werden mögen; ſo bevollmächtigen Wir Unſre fürſtliche Regierung zu Arnsberg, ſolche, wenn keine beſondre Anſtände vorwalten, welchenfalls ſie an Uns ihren unterthänigſten Bericht darüber zu erſtatten hat, einſtweilen, und bis es Uns etwa anders zu verfügen gnädigſt gefällig ſeyn wird, in und unter Unſerm höchſten Namen auszufertigen, wovon ſie aber denen Partheien der 5 erſten Klaſſen mehr nicht als höchſtens 30 kr., denen der letzten Klaſſe aber gar nichts abzunehmen hat.

§. 10. Um eine Dispenſations-Beſtätigung zu erhalten iſt es nicht nöthig, daß jedesmal eine beſondre Bittſchrift, wodurch denen Unterthanen nur unnöthige Unkoſten verurſacht werden, eingereicht werde, ſondern es wird, und muß hinlänglich ſeyn, um die Beſtätigung zu ertheilen, wenn nur die von der geiſtlichen Behörde ertheilten Dispenſation brevi manu vorgelegt wird.

§. 11. Iſt von fürſtlicher Regierung über alle von ihr zu ertheilende Dispenſations-Beſtätigungen ein beſonderes Regiſter zu führen, und Uns von 6 zu 6 Monaten eine Abſchrift davon einzuſchicken.

§. 12. Zum Receptor der eingehenden Dispenſations-Gelder wird einſtweilen, und bis Wir es etwa anderſt gnädigſt zu verordnen geruhen werden, der Regierungs-Canzliſt Gordes ernannt, und dieſem angefügt, von 6 zu 6 Monaten ſeine Rechnung der fürſtl. Regierung vorzulegen, welche Uns ſofort ſolche mit ihren allenfallſigen Anmerkungen zuzufertigen hat.

§. 13. Allen Pfarrern wird verboten, einige Verlobte, wenn sie auch die Dispensation und Unsere Bestättigung erhalten haben, priesterlich einzusegnen, wenn sie ihnen nicht zugleich die Quittung über die bezahlten jura vorlegen, bei Strafe in eigenem Namen für die Zahlung des Doppelten zu haften.

§. 14. Damit nun auch gegenwärtige Verordnung zu jedermanns Wissenschaft gelange, so ist dieselbe zum Druck zu befördern ꝛc.

Bemerk. Durch den fürstl. H. D. Kirchen- und Schul-Rath zu Arnsberg ist am 23. Febr. 1804 die nachträgliche Bestimmung publizirt worden: daß die Gebühr für die Ertheilung des placiti regii bei geistlichen Dispensationen intra tempus clausum, eben so, wie bei Dispensationen vom dreimaligen Kanzel-Aufruf (s. oben §. 5.) mit 10 fl. entrichtet werden müsse; sodann hat die Regierung daselbst am 23. April 1805 zwei Tage in jeder Woche bestimmt, an welchen die Dispensationen nachgesucht, und sofort ertheilt werden sollen.

---

53. Arnsberg den 1. August 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Unter einstweiliger Festsetzung der Prüfungs-Art der Aerzte, Chirurgen und Apotheker, so wie der Provisoren der Letztern, wird bestimmt, daß „zur Beseitigung des „unleidlichen Mißbrauchs, daß practicirenden Aerzten die „Haltung eigener Apotheken gestattet werde," dergleichen Personen aufzugeben sey: binnen 6 Monaten entweder die medizinische Praxis niederzulegen, oder aber die Apotheken zu schließen. (Conf. Nr. 58 d. S.)

---

54. Arnsberg den 13. August 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die Beamten und Magistrate im Herzogthum Westphalen werden über die ihnen, in Real-, Personal- und Criminal-Fällen, gegen die dabei interessirten oder implicirten Militair-Personen, zustehenden und obliegenden

Cognitions-Befugniſſe ausführlich inſtruirt, ſodann werden auch die in ſolchen Fällen zwiſchen den Civil- und Militair-Behörden geſetzlich eintretenden Verhältniſſe und das wechſelſeitig von ihnen zu beachtende Verfahren feſtgeſetzt.

---

55. Arnsberg den 13. Aug. 1803.

Fürſtl. H. D. Organiſations-Kommiſſion.

Bei dem durch die diesjährige außerordentlich naſſe Witterung unter den Brodfrüchten vielfach erzeugten Mutterkorn, Brand, Tollgerſte, Lülch oder auch Dort, deren Genuß geſundheits- und ſelbſt lebensgefährliche Folgen hat, werden alle Unterthanen desfalls gewarnt, und wird denſelben befohlen: das Korn und die Gerſte nicht ſogleich nach dem Dreſchen, ſondern erſt nach deren Trocknung zur Mühle zu bringen, das gierige Eſſen des noch warmen oder friſchen Brodes zu unterlaſſen und das ausgefegte Mutterkorn oder Tollgerſte nicht unter das Viehfutter zu miſchen, ſondern daſſelbe zu verbrennen oder zu vergraben; ſodann wird auch den Müllern, unter Strafandrohung, zur Pflicht gemacht, daß ſie keine Früchte, wenn ſie nicht vorher genugſam geſäubert ſind, einkaufen, für Andere vermahlen, oder auch an Andere verkaufen.

Bemerk. Die fürſt. H. Regierung zu Arnsberg hat die vorſtehenden Beſtimmungen am 18. ej. m. ebenfalls publizirt.

---

56. Darmſtadt den 23. Auguſt 1803.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Um in dem Herzogthum Weſtphalen die möglichſt gleichmäßige Vertheilung der Einquartirung zu bewirken, — „welche als eine blos auf dem bewohnbaren Raume der Häuſer haftende Real-Laſt anzuſehen iſt“ —, wird Folgendes verordnet:

1. In den Städten ſollen alle Häuſer in vier Klaſſen, in den übrigen Orten aber in drei Klaſſen, eingetheilt werden, wobei die Häuſer der erſten Klaſſe auf einen Mann, jene der zweiten Klaſſe auf zwei Mann und ſo weiter bis auf vier Mann angeſchlagen werden müſſen.

2. Wenn die Einquartierung eines Ortes nicht alle Häuser in obigem Verhältniß zugleich trifft, so soll Erstere allmonatlich ausgleichend umgelegt, und zu solchem Ende

3. von jeder Ortsbehörde ein genaues Einquartierungs-Register angefertigt und fortgeführt werden.

4. Die Klassifikation der Häuser muß in den Städten vom Magistrat mit Zuziehung einiger Deputirten der Bürgerschaft und auf dem Lande von den Ortsvorgesetzten mit Zuziehung von Gemeinde-Deputirten geschehen.

5. Die zur Quartier-Freiheit herkömmlich Berechtigten sollen diese auch ferner, jedoch nur für das von ihnen selbst bewohnte Haus, genieſſen; in Ansehung ihrer weiter beſitzenden, nicht von ihnen selbst bewohnten Häuser sind ſie gleich den Unbefreieten verhältnißmäßig anzuschlagen.

Bemerk. Die fürstl. H. D. Regierung zu Arnsberg hat die obigen Bestimmungen durch eine besondere Verordnung vom 3. Octbr. ej. a. publizirt.

---

57. Arnsberg den 27. September 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Bei dem, durch den kaiserlich ratifizirten Reichs-Deputations-Schluß vom 5. Febr. d. J., für alle alte und neue fürstlich hessendarmstädtische Lande erlangten, unbedingten Privilegio de non appellando, soll den diesem Privilegium zuwiderlaufenden Einschreitungen der Reichs-Gerichte, schlechterdings keine Folge geleistet werden.

---

58. Arnsberg den 10. October 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zufolge landesherrlicher Bestimmung soll es in Ansehung der Prüfung der Medizinal-Personen des Herzogthums Westphalen vorläufig dergestalt gehalten werden: 1. daß diejenigen Aerzte, welche nicht zu Gießen promovirt haben, von der dortigen medizinischen Fakultät, jene aber, welche zu Gießen den Gradum erhalten haben, vom Collegio medico zu Darmstadt examinirt

werden sollen; 2. daß die Chirurgen und resp. die Apotheker und Provisoren von zweien bezeichneten Aerzten zu Arnsberg unter Zuziehung eines Wundarztes und resp. eines Apothekers geprüft werden sollen, und daß das desfallsige von dem Examinanden selbst niederzuschreibende Protokoll der höchsten Behörde zur Ertheilung der venia practicandi eingereicht werden soll; und daß endlich 3. die Gesellen und Gehülfen der Apotheker von einem der zunächst wohnenden, unter öffentlicher Authorität angestellten Arzt geprüft werden sollen.

Zugleich werden sämmtliche Apotheken-Inhaber angewiesen, bei Vermeidung einer Strafe von 20 Rthlr., jedesmal in den ersten 4 Wochen ihre neuen Provisoren und Gehülfen bei der Regierung zur Prüfung und Verpflichtung anzumelden.

Bemerk. Die vorbezeichnete Behörde hat am 14. Novbr. 1803 bekannt gemacht, daß die Prüfungen der Chirurgen künftig nur von einem der bezeichneten Aerzte alternativ und unter Zuziehung eines Wundarztes geschehen, daß aber die Apotheker und Provisoren von einem bezeichneten Arzte und Pharmaceuten zusammen examinirt werden sollen.

---

59. Auerbach den 12. October 1803.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Fügen hiermit zu wissen:

Bei den Territorial-Veränderungen im deutschen Reiche, haben Wir von Unsern alten Landen beträchtliche Theile abgegeben, und dagegen andere Provinzen als Entschädigung erhalten.

Um den verschiedenen, Unserm Fürstl. Hause als Staats-Eigenthum nunmehr zustehenden, alten und neuen Landen eine gleichförmige Staats-Verwaltung zu geben, und um sie unter einander gehörig in Verbindung zu bringen, haben Wir Uns bewogen gefunden, Folgendes zu verordnen:

§. 1. Unsere sämmtliche alte und neue Lande sind in folgende drei Provinzen eingetheilt.

I. Das Ober-Fürstenthum Hessen. Dieses besteht ꝛc. ꝛc.

II. Das Herzogthum Westphalen, welches für sich ein geschlossenes Ganze ausmacht.

III. Das Fürstenthum Starkenburg. Dieses enthält ꝛc. ꝛc.

§. 2. Die oberen oder Dikasterial-Staats-Behörden, die Wir zur Landes-Administration für nöthig halten, theilen sich ein, in solche, welche in ihrem Geschäftskreise Unsere sämmtlichen Lande umfassen, und in solche, welche blos in den einzelnen Provinzen die Staatsverwaltung leiten.

Diejenigen oberen Staats-Behörden, deren Wirkungskreis sich über Unsere sämmtliche Lande erstreckt, sind: das Ministerium, das Ober-Appellations-Gericht und die Gesetzgebungs-Kommission.

Hierhin gehört auch das Kriegs-Kolleg, welches alle Militair-Sachen, wie bisher, unter Unserer unmittelbaren Leitung zu besorgen hat.

Als Provinzial-Directiv-Behörden finden Wir für Unsere Provinzen nöthig: ein Regierungs-Kolleg, ein Justiz-Kolleg, unter dem Namen: »Hof-Gericht«; ein Finanz-Kolleg unter dem Namen: »Rent-Kammer«; und einen Kirchen- und Schul-Rath; sodann für die Forst-Angelegenheiten besondere Forst-Kollegien, unter den nachher anzugebenden besonderen Bestimmungen.

Die allgemeinen Landes-Dikasterien haben ihren Sitz in Unserer Residenz Darmstadt ꝛc.

Die Kollegien für die Provinz Westphalen sollen in Arnsberg ihren Sitz haben ꝛc.

§. 3. Das Geheime Raths-Kolleg oder Ministerium ist, unter Unserer unmittelbaren höchsten Direction, der Central-Punkt der ganzen Staats-Verwaltung.

Dasselbe theilt sich ab in drei Departements, nämlich:

1. Das Ministerium der auswärtigen Verhältnisse.

Dieses hat zum Ressort:

a. alle auswärtige Angelegenheiten, insbesondere aber alle diplomatische Verhältnisse im deutschen Reiche und ausserhalb desselben; alle Verhältnisse zu benachbarten — oder auf andere Weise in Berührungs-Punkte kommenden, auswärtigen Staaten. — Wegen der beständigen Relation mit den angrenzenden Landen gehört auch hierher das ganze Postwesen.

b. Die Angelegenheiten Unsers Fürstl. Hauses und der ganzen Fürstl. Familie.

c. Militair-Sachen, insofern dieselben ins Civil-Ressort einschlagen, oder damit Berührungs-Puncte haben.

2. Ministerium des Inneren.

In den Geschäfts-Kreis desselben gehört:

a. die Inspection und Direction über das ganze Civil- und Criminal-Justiz-Wesen;
b. Polizei-Sachen in ihrem ganzen Umfange, also auch die Gegenstände der Volksbildung, mithin Schul- und Kirchenwesen und literärische Gegenstände überhaupt;
c. die Gegenstände der Gesetzgebung;
d. die inneren Hoheits-Sachen, welche nicht ausdrücklich dem Finanz-Ministerium überwiesen sind; insbesondere aber gehören hierher die staatsrechtlichen Verhältnisse zu den Landständen, und der verschiedenen Klassen der Staatsbürger unter sich;
e. die Lehens-Sachen;
f. die Kuratel über Kommunen und Korporationen;
g. Statistick des Landes.

3. Finanz-Ministerium.

Dieses soll zum Ressort haben:

a. das ganze Finanz-Wesen, also: die Beitreibung und Rectification der Steuern; die Bewirthschaftung der Domainen und Regalien; Inspection über das ganze Rechnungs-Wesen, insbesondere auch über die Kammer-Schulden; ferner die Besorgung richtiger Etats über Einnahme und Ausgabe, über Bedürfniß und vorhandene Finanz-Mittel;
b. die Gnaden-Sachen;
c. Receptions- und Dimissions-Sachen.

Mit dem Ministerium sind verbunden:

1. die General-Kasse, worüber Wir die unmittelbare Direction, wie bisher, behalten;
2. die Ober-Rechnungs-Justificatur.

§. 4. Das Ober-Appellations-Gericht ist die oberste Justiz-Behörde für Unsere sämmtliche Lande.

In den Geschäfts-Kreis desselben gehört:

A. die oberste Leitung der Justizpflege;
B. die letzte Entscheidung der Rechts-Sachen, und zwar
a. in Ansehung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit:

1. in dritter Instanz, über alle amtssäßigen Personen und Sachen;
2. in zweiter Instanz, über alle schrift- oder kanzleisäßige Personen und Sachen, jedoch mit Rücksicht auf die besondern Verhältnisse des Herzogthums Westphalen, wo die schriftsäßigen Personen und Sachen ihre zweite Instanz beim Hofgerichte zu Gießen haben, von welchem alsdenn die Berufungen in dritter und letzter Instanz an das Ober-Appellations-Gericht gehen;
3. in erster Instanz, über die nach den bestehenden gesezlichen Normen hierzu privilegirten Personen;

b. in Ansehung der Strafgerechtigkeitspflege,

1. als Revisions-Gericht, in Sachen, wo auf eine zweijährige Zuchthaus- oder eine derselben gleiche oder höhere Strafe — wohin auch gehört Dienst-Entsetzung solcher Personen, die allein, oder doch größtentheils, vom Dienste leben — erkannt ist, und weitere Vertheidigung um besseres Recht geführt wird;
2. als Ober-Appellations-Gericht in allen Fällen, wo mehr als bürgerlicher Arrest zur Strafe auferlegt worden ist, und der Angeschuldigte seine völlige Unschuld beweisen will.

Die innere Einrichtung dieses Kollegs, so wie die Appellations-Summe, bleiben übrigens, bis zu einer neuen Gesezgebung, wie sie in den bereits bestehenden Gesezen vorgeschrieben sind.

§. 5. Die Gesetzgebungs-Kommission steht unter der Direction des Ministeriums des Innern, und hat folgenden Geschäfts-Kreis:

1. sobald die verschiedenen Landes-Dikasterien konstituirt sind, wird diese Kommission die, zu weiterer Organisation Unserer Lande erforderlichen, Materialien sammeln, und die geeigneten Vorschläge machen;
2. gehört vor dieselbe die endliche Prüfung und Redaction aller in Vorschlag gebrachten neuen Gesetze;
3. hat die Gesetzgebungs-Kommission die Aufgabe: ein neues Civil- und Criminal-Gesetzbuch auszuarbeiten.

In allen Unsern Provinzen sollen Mitglieder dieser Kommission seyn, welche, bei Errichtung neuer Gesetze, die individuellen Verhältnisse ihrer Provinz zu respiciren haben.

§. 6. Was nun die, für jede der einzelnen Provinzen anzuordnenden, Dikasterien anlangt; so verordnen Wir in Ansehung der Regierungs-Kollegien, daß in ihren Geschäfts-Kreis gehören sollen:

a. alle innere und auswärtige Hoheits-Sachen.
Als ein besonderer Zweig der Hoheits-Sachen gehören hierher die Lehns-Sachen der Provinz, jedoch ausschließlich der herrschaftlichen Bauernlehen, welche in das Ressort des Finanz-Kollegs gehören. Wegen der besonderen Verhältnisse Unserer Fürstlichen Familie sollen auch alle, die gemeinschaftliche Activ- und Passiv-Lehen Unsers Fürstlichen Hauses betreffende, Sachen, wie bisher, ungetrennt bleiben, und dem Regierungs-Kolleg der Provinz Starkenburg anvertraut seyn.

b. Die Kuratel über alle Kommunen, weltliche Korporationen und Stiftungen;

c. die ganze Landes-Polizei;
was jedoch von diesen beiden Gegenständen in Forst-Sachen einschlägt, gehört vor die Forst-Kollegien.

d. Die Sachen, bei denen die Directoren des Justiz- und Finanz-Kollegs, oder die Beisitzer des Kirchen- und Schul-Raths, welche zugleich Mitglieder des Regierungs-Kollegs sind, Anweisung haben, oder es für nöthig halten, sie vor das Regierungs-Kolleg zur Berathung zu bringen;

e. hat das Regierungs-Kolleg die Direktion, Inspektion und Visitation der von ihm abhängenden Behörden. Diese sind, außer den besonderen Polizei-Beamten, auch alle übrige geist- und weltliche Staatsdiener der Provinz;

f. macht es Vorschläge bei Besetzung der von diesem Kolleg abhängenden Stellen, wenn es nicht bloße Justiz-, Finanz- oder geistliche Stellen sind, wo das einschlagende Kolleg allein dem Ministerium Vorschläge macht. Wenn aber in einer Stelle mehrere Zweige der Staats-Verwaltung verbunden sind; so gehört, nach geschehener Vorberathung der einschlagenden Dikasterien, der endliche Antrag vor das Regierungs-Kolleg.

§. 7. In den Geschäfts-Kreis der Justiz-Kollegien der verschiedenen Provinzen gehört

A. die Besorgung der Rechts-Pflege,

1. in bürgerlichen Streitigkeiten,

a. in schriftsäßigen Sachen in erster Instanz,
b. in amtssäßigen Sachen in zweiter Instanz.
Zu den bürgerlichen Rechts-Sachen gehören auch die Pupillen-Sachen.

2. in Straf-Sachen.
Hier ist das Justiz-Kolleg in allen Sachen, worin die Untergerichte nicht für sich strafen können, urtheilende Behörde. Die untersuchenden Behörden, jedoch unter Direction des Justiz-Kollegs, sind:
a. die peinlichen Gerichte in Ansehung der Special-Inquisition bei größeren Verbrechen;
b. die Civil-Unter-Gerichte in Ansehung der General-Inquisition, und auch der Special-Inquisition bei geringeren Verbrechen;
c. die in peinlichen Fällen etwa besonders angeordnet werdenden Commissionen.
Wenn gegen Straf-Erkenntnisse der Civil-Untergerichte ein Rekurs ergriffen wird; so ist das Provinzial-Justiz-Kolleg
a) Revisions-Instanz, wenn das Erkenntniß zu körperlicher Züchtigung, oder mehr als achttägiger Arbeit oder Gefängniß-Strafe condemnirt, und durch weitere Vertheidigung besseres Recht gesucht wird;
b) Appellations-Instanz, wenn das Urtheil mehr als dreitägigen bürgerlichen Arrest zuerkennt, und der Angeschuldigte seine völlige Unschuld darthun will.

B. In das Ressort der Justiz-Kollegien gehört ferner: die Direction, Inspection und Visitation der ihnen untergebenen Behörden der Provinz. Diese sind:
a. das peinliche Gericht mit Allem, was dazu gehört;
b. sämmtliche Civil-Untergerichte.

C. Endlich gehört in den Geschäfts-Kreis der Justiz-Kollegien
die Prüfung der neu angehenden Staatsdiener im Justiz-Fache, und der erste Vorschlag bei Besetzung der Justizstellen in der Provinz. Zu der Prüfung ist jedoch ein staatsrechtsgelehrtes Mitglied aus dem Regierungs-Kolleg zuzuziehen.

Zu Vermeidung aller Kollisionen zwischen den Justiz-Kollegien und den übrigen Staats-Behörden, gilt die Regel:

„so oft Streit entsteht, oder die Frage ist: ob der vorkommende Fall unter ein vorhandenes allgemeines oder spezielles Gesetz subsumirt werden müsse, oder nicht? — muß die Justiz-Behörde entscheiden."

§. 8. Der Geschäfts-Kreis der Finanz-Kollegien umfaßt:

A. Die Bewirthschaftung der Staats-Einnahmen und Ausgaben.

In Ansehung der Einnahme gehört hierher:

1. das ganze Steuer-Wesen, mithin Alles, was die Erhebung und Rectification der direkten und indirekten Steuern angeht;
2. die Administration der nuzbaren Regalien und der Landesherrlichen Domainen, ausschließlich jedoch derjenigen Gegenstände, welche in das Forstwesen einschlagen und vor das einschlagende Forst-Kolleg gehören.

In Ansehung der Ausgabe gehört vor die Finanz-Kollegien:

Alles, was zur Berichtigung der etatsmäßigen Ausgaben in der Provinz gerechnet werden muß.

B. Zum Ressort der Finanz-Kollegien gehört ferner:

die Direktion, Inspektion und Visitation der davon dependirenden Behörden. Diese sind:

1. die Provinzial-Kammer-Kasse und das darzu gehörige Personal;
2. die Rechnungs-Justificatur;
3. die Zoll-Beamten.

In Ansehung Unserer alten Lande behält aber die Landschreiberei, wegen der besonderen Verhältnisse und einiger gemeinschaftlichen Berechnung, ihre bisherige Einrichtung, bis auf Unsere weitere Verordnung.

4. Die Stempel-Papier-Kasse;
5. die Berg-, Hütten- und Salz-Beamten;
6. die Civil-Bau-Bedienten;
7. die Straßen- und Wasser-Bau-Beamten;
8. die beim Steuer-Wesen angestellten Personen, also:
   a. für die Rectification — die Steuer-Peräquatoren und Feldmesser;
   b. für die Erhebung — die Contributions-Erheber, Trankſteuer- und Accise-Einnehmer ꝛc., Unter-Erheber der Verwilligungs-Gelder.
9. Die Münz-Offizianten;
10. alle Unter-Receptur-Behörden der Provinz.

Das Finanz-Kolleg hat das Recht, wegen Dienstfehler der von ihm dependirenden Behörden, Strafen bis auf fünfzig Thaler anzusetzen, jedoch mit Vorbehalt des Rekurses an die einschlagende Justiz-Behörde. Bei Fällen, wo höhere Strafen eintreten, hat es die präparatorische Untersuchung bis zur Suspension, welche dasselbe zwar provisorisch erkennen kann, alsdann aber die Sache ohne Verzug an das einschlagende Justiz-Kolleg abzugeben hat, welches sofort die Untersuchung in gehöriger Form vornehmen lassen — zugleich aber auch an das Ministerium von dem Vorgange berichtliche Anzeige machen muß.

C. Gehört vor das Finanz-Kolleg:
die Prüfung aller neu angehenden Staats-Diener, die sich dem staatswirthschaftlichen Fache widmen wollen; sodann der erste Vorschlag bei Besetzung der von diesem Kolleg dependirenden Stellen.

D. In das Ressort der Finanz-Kollegien gehört ferner: die Besorgung des Finanz-Rechnungs-Wesens der Provinz, mithin Alles, was zur Direction, Kontrolirung und Justificatur der Provinzial-Kammer-Kasse und der Unter-Recepturen gehört.

E. hat das Finanz-Kolleg die Leitung des Lehnwesens bei herrschaftlichen Bauerlehen der Provinz.

§. 9. In das Ressort des Kirchen- und Schul-Raths gehört im Allgemeinen die Verwaltung aller staatsrechtlichen Kirchen- und Schulsachen, in so weit nämlich solche, nach der kirchlichen Verfassung des einen oder anderen Religions-Theiles, dem Landesherrn zusteht.

Vor den Kirchen- und Schul-Rath gehört also:

1. Alles, was die Volksbildung betrift, und zwar
   a. in Ansehung der protestantischen Kirche, alle kirchliche und Schul-Einrichtungen und deren Disciplin; Prüfung aller neuangehenden Kirchen- und Schullehrer; Vorschläge bei Dienstbesetzungen;
   b. in Ansehung der katholischen Kirche, alle Schul-Einrichtungen, jedoch mit Vorbehalt der dem Bischof über den Religions-Unterricht zustehenden Befugnisse; alle kirchliche Einrichtungen derselben, in so fern solche auf den Staat oder die bürgerliche Ordnung der Dinge einige Einwirkung haben; Vorschläge bei Dienstbesetzungen; Prüfung und Anordnung der Schullehrer und Ausübung der Landesherrlichen Patronat-Rechte.

2. Die Aufsicht und Direction der Verwaltung der Kirchen- und Schulfonds, und das ganze Rechnungs-Wesen über diese Gegenstände.
3. Die Direktion, Inspektion und Visitation der ihm, nach obigen Bestimmungen, untergegebenen Kirchen-, Schul- und Rechnungs-Behörden.
4. Ist dem Kirchen- und Schul-Rath anvertraut, die Handhabung der Landesherrlichen Rechte über die in der Provinz bestehenden Kirchen und religiösen Gemeinden, und alle hier einschlagende staatsrechtliche Verhältnisse. — Mit dem geistlichen Dispensations-Wesen ist es dergestalt zu halten, daß Jeder, ehe er bei der geistlichen Behörde ein Ehedispens nachsucht, sich vordersamst an dieses Kolleg zu wenden hat. Dieses muß alsdann untersuchen, ob nicht selbst die bürgerlichen Gesetze der ehelichen Verbindung Hindernisse in den Weg legen, und den Dispensation-Suchenden, erst nach der Erörterung dieser Vorfrage, an die geistliche Behörde verweisen. Darauf ist aber das ad effectus civiles erforderliche placet regium vom Regierungs-Kolleg auszufertigen.

Auch werden beim Kirchen- und Schul-Rath die Rekurse gegen Misbrauch der geistlichen Gewalt angebracht.

Dagegen hat der Kirchen- und Schul-Rath mit gerichtlichen Sachen gar nichts zu thun. Alle Processualien, welche die Konsistorien und Officialate bisher gehabt haben, werden entweder an die Untergerichte oder an das Justiz-Kolleg verwiesen. Nur die, nach den Grundsätzen der katholischen Kirche, ausschließlich zur geistlichen Gerichtsbarkeit gehörigen Sachen bleiben dem Erkenntnisse des Bischofs oder seiner stellvertretenden öffentlichen Behörde vorbehalten.

Das Officialat zu Werl und das General-Vicariat zu Arnsberg behalten, bis auf weitere gesetzliche Abänderung, ihre bisherigen Geschäfts- und Wirkungs-Kreise.

Bei den geistlichen Verhältnissen finden Wir Uns noch bewogen insbesondere zu bemerken, daß in allen Fällen auf den Kultus der verschiedenen Religions-Partheien alle rechtliche Rücksicht zu nehmen und gegen denselben nicht anzustoßen ist. Zu dem Ende verordnen Wir, daß der Schul- und Kirchen-Rath des Herzogthums Westphalen, als einer katholischen Provinz, mit katholischen Mitgliedern besetzt seyn soll. Wegen Reservation

Unſers Landesherrlichen juris circa sacra und desfalls erforderlichen Beiſitzes eines proteſtantiſchen Mitglieds, werden Wir beſondere Verfügung erlaſſen.

Der Kirchen- und Schul-Rath des Fürſtenthums Starkenburg ſoll ꝛc. ꝛc.

Im Oberfürſtenthum Heſſen ſoll ꝛc. ꝛc.

§. 10. In Anſehung der Forſt-Sachen iſt es folgendermaßen zu halten:

Das Oberforſt-Amt in Unſerer Reſidenz Darmſtadt bleibt, wie bisher, unter Unſerer unmittelbaren Direction, und behält ganz ſeine bisherige Einrichtung. Sein Wirkungskreis umfaßt alle Unſere alten und neuen Lande, welche das Oberfürſtenthum Heſſen und das Fürſtenthum Starkenburg ausmachen.

Für das Herzogthum Weſtphalen wird aber, vor der Hand und bis auf Unſere weitere Verordnung, ein beſonderes Forſtkolleg angeordnet, welches in Anſehung aller Gegenſtände, die das eigentliche Forſt-, Jagd- und Teich-Weſen betreffen, direkte unter dem Ober-Forſt-Amt in Darmſtadt ſteht, und in dieſen Angelegenheiten dahin zu berichten und von demſelben die weitern Verfügungen zu erwarten hat.

In den Geſchäfts-Kreis des Forſt-Kollegs in Weſtphalen gehört:

A. die obere Aufſicht über das ganze Forſtweſen der Provinz und die Leitung deſſelben zum Beſten des Staats, oder die forſteiliche Hoheit und Forſt-Polizei;
B. die Bewirthſchaftung Unſerer Domanial- und Mark-Waldungen und Teiche;
C. die Adminiſtration des Forſt- und Jagd-Regals;
D. die Kuratel über die Waldungen der Kommunen, Korporationen und Stiftungen.

Bei dieſen verſchiedenen Geſchäfts-Zweigen iſt dem Forſt-Kolleg die Beſtimmung der allgemeinen Grundſätze und Einrichtung einer guten Forſt-Verfaſſung und Forſtwirthſchaft, wie ſie die Verſchiedenheit der Individualität erfordert, überlaſſen. Den Ober-Forſtbedienten iſt aber der praktiſche Forſthaushalt und die Ausführung der vom Forſtkolleg vorgeſchriebenen allgemeinen Grundſätze angewieſen.

§. 11. Wegen der beſonderen gemeinſchaftlichen Verhältniſſe bleiben das Samt-Hof- und das Samt-Reviſions-Gericht, wie bisher, beſtehen.

Auch behalten das Collegium medicum und die Debit-Kommission vorläufig ihre bisherige Verfassung.

Wegen Unserer Landes-Universität zu Gießen werden Wir demnächst besondere Verfügung erlassen.

§. 12. Bei den besonderen Verhältnissen der deutschen Staats-Verfassung ist es nicht wohl möglich, die Geschäfts-Kreise der öffentlichen Behörden so scharf abzutheilen, daß eine die andere ganz entbehren könnte; es bleiben vielmehr beständig Berührungs-Punkte, die eine fortdauernde Verbindung unter den verschiedenen Staats-Behörden nothwendig machen.

Um diese Verbindung zu erhalten, verordnen Wir, daß in jeder Provinz die Directoren des Justiz- und Finanz-Kollegs beständige Mitglieder des Regierungs-Kollegs seyn sollen; daß, wo es die Verhältnisse erlauben, der Director des Regierungs-Kollegs zugleich den Kirchen- und Schul-Rath zu dirigiren haben soll, und daß einige Mitglieder des Regierungs-Kollegs beständige Mitglieder des Kirchen- und Schul-Raths, so wie auch des Forst-Kollegs, sind.

Auf diese Weise sind in allen Dikasterien Mitglieder des Regierungs-Kollegs, durch welche dieselben beständig von dem Geiste der Verfügungen und Proceduren des Regierungs-Kollegs, und nach Befinden von den positiven Maßregeln selbst, benachrichtigt werden, wodurch Einheit und Zusammenwirken nach einem gemeinschaftlichen Zwecke erreicht werden kann.

Dagegen sind im Regierungs-Kolleg Mitglieder aus allen Dikasterien vereinigt.

So oft also Berührungs-Punkte mit den übrigen Zweigen der Staats-Verwaltung vorkommen, müssen die einschlagenden Mitglieder das Nöthige, sowohl im Regierungs-Kolleg, als in den übrigen Dikasterien, ohne weiteres schriftliches Kommuniciren, wahren.

Sachen, welche einer gemeinsamen Berathung bedürfen, werden auf diese Weise im Regierungs-Kolleg vorgetragen. Nach Befinden, besonders bei technischen Sachen, kann auch der einschlagende Referent eines andern Kollegs zur Berathung zugezogen, und in außerordentlichen Fällen können mehrere — und wohl auch sämmtliche Räthe der verschiedenen Dikasterien der Provinz, zur gemeinsamen Berathschlagung, vereinigt werden.

§. 13. Wir haben hier nur im Allgemeinen die Geschäfts-Kreise der verschiedenen oberen Staats-Behörden

angegeben. Genauere Vorschriften sowohl hierüber, als über die Gränzen ihrer Responsabilität und über den Geschäftsgang selbst, werden Wir in besondern Reglements und Instructionen ertheilen.

§. 14. So sehr Wir gewünscht hätten, auch wegen der unteren Staats-Behörden jetzt gleich das Nöthige verfügen zu können; so muß doch dieses, wegen mancherlei eintretender Schwierigkeiten, so lange anstehen, bis die von Uns angeordneten Dikasterien alle gehörig konstituirt sind.

Es behalten daher alle untere Staats-Behörden, bis auf Unsere demnächst erfolgende weitere Verfügung, ihre bisherige Verfassung.

§. 15. Die von Uns für gut gefundene neue Organisation des Ministeriums soll mit dem 1. Novbr. 1803 ausgeführt werden, und dieses höchste Kolleg alsdann seine Geschäfte vorgeschriebenermaßen anfangen.

Die weiter vorgeschriebene Einrichtung der verschiedenen Dikasterien soll aber mit dem 1. Januar 1804 in Ausführung gesetzt werden. Es sollen daher mit diesem Tage alle in Unsern alten Landen bestandene, und in diesem Edikte bei ihrer bisherigen Verfassung nicht besonders belassene — so wie die für Unsere neuen Lande provisorisch angeordneten Kollegien, Deputationen und Kommissionen aufhören. Dagegen haben alsdann die zu den angeordneten Dikasterien ernannten Personen, nach den in diesem Edikte ertheilten Vorschriften und den besonders erlassenen Instructionen, sich ohnverzüglich zu konstituiren, und die öffentlichen Geschäfte, nach den bisherigen Gesetzen und Formen, insofern dieselben nicht durch diese Unsere Verfügung abgeändert worden sind, zu besorgen.

---

60. Auerbach den 12. October 1803.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Wir haben zwar in dem heute erlassenen Organisations-Edikte allgemeine Vorschriften über den Geschäfts-Kreis der verschiedenen Dikasterien ertheilt; um indessen diese Vorschriften, so wie den Geschäftsgang selbst, genauer zu bestimmen, und zugleich den Responsabilitäts-Kreis der angeordneten Collegien anzugeben — finden Wir für nöthig, als Zusatz zu dem Organisations-Edikte und als

besondere Instruktion für sämmtliche Dikasterien Folgendes zu verordnen:

§. 1. Ueber die innere Einrichtung Unseres Geheimen Raths-Kollegs und den Geschäftsgang bei demselben ertheilen Wir hiermit folgende besondere Vorschriften.

In den Geschäfts-Kreis des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gehören, außer den im Organisations-Edikte im Allgemeinen angegebenen Gegenständen, insbesondere auch folgende Sachen:

a. Anstellung und Instruction des ganzen Gesandtschafts-Personals;
b. Führung der Korrespondenz mit diesem sowohl, als mit auswärtigen Höfen, ihren Ministern ꝛc. ꝛc.
c. Unterhandlung und Abschließung der Verträge mit fremden Staaten;
d. alle active und passive Staats-Prätensionen;
e. alle Gegenstände, welche Unsere Gerechtsame außer Landes — oder Gerechtsame anderer Reichsstände im Lande betreffen;
f. Reichs- und Kreis-Angelegenheiten.

Zu einiger näheren Bestimmung des Geschäfts-Kreises des Ministeriums des Innern verfügen Wir gnädigst, daß vor dasselbe insbesondere gehören:

a. die Aufsicht über alle hohe und niedere Gerichtshöfe, Justiz- und Polizei-Beamten und ihre Subalternen;
b. Dienst-Entlassung und Besetzung bei allen Justiz- und Polizei-Aemtern;
c. Verfassung und Eintheilung der Gerichtsbezirke des Landes;
d. Rekurse über verzögerte und verweigerte Justiz;
e. insbesondere noch in Criminalsachen die Rekurse über die Frage: ob Begnadigungs-Gründe eintreten?
f. Verleihung der auf den Civil-Zustand Bezug habenden Rechte und Privilegien, als: Moratorien, Consens zu Veräusserungen von Familien-Fideikommissen, Legitimationen unehelicher Geburten ꝛc. ꝛc.
g. Aufnahme der Advokaten und Notarien;
h. Aufsicht über die Straf-, Sicherheits- und Besserungs-Anstalten;
i. alles, was zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, der guten Ordnung, Reinlichkeit und Bequemlichkeit im Staate gehört;
k. das ganze Medicinalwesen;

l. Beförderung der Nahrungszweige, als des Ackerbaues, der Viehzucht, Handwerker, Fabriken, Manufakturen und des Handels;
m. das Credit- und Hypotheken-Wesen;
n. Vorsorge für Nothfälle, als Feuer-Anstalten, Armen-Wesen, Hospitäler, Arbeitshäuser ꝛc.;
o. alle Gegenstände der Volksbildung, also:
a) Aufsicht und Direktion über alle Kirchen- und Schul-Institute, mit Einschluß ihres Oeconomici;
b) Besetzung aller Kirchen- und Schul-Stellen;
c) Aufsicht auf literärische Gegenstände überhaupt.
p. Die Handhabung der Landesherrlichen Rechte über die verschiedenen im Staate bestehenden Kirchen, so wie überhaupt alle hierauf Bezug habenden staatsrechtlichen Verhältnisse;
q. das Activ- und Passiv-Lehnswesen.

In das Ressort des Finanz-Ministeriums gehört, außer den im Organisations-Edikte bestimmten Gegenständen, überhaupt die oberste Leitung aller in das Departement der Finanz-Kollegien verwiesenen Sachen, in so fern solche nicht ausdrücklich einem andern Ministerium übertragen sind. Es gehört also auch in dieses Ressort die Entlassung, Anstellung und Instruction aller Kameraldiener.

Was den Geschäftsgang bei dem Ministerium anlangt; so sollen dabei, zu Beförderung und zweckmäßiger Besorgung der Sachen und Geschäfte, folgende Einrichtungen Statt haben ꝛc. ꝛc.

Ueber die mit dem Geheimen Raths-Kolleg verbundene Ober-Rechnungs-Justifikatur, so wie über den Geschäftskreis der General-Kasse, ertheilen Wir nachfolgende besondere Vorschriften.

Der Geschäfts-Kreis der General-Kasse besteht:
a. in Ansehung der Einnahme darin, daß von den Kammer-Kassen der verschiedenen Provinzen die etatmäßigen Summen und die Ueberschüsse eingeschickt — und eben so wie die außerordentlichen Fonds, die Wir zu Unserer General-Kasse anweisen, von derselben gehörig vereinnahmt und verrechnet werden.
b. In Ansehung der Ausgabe gehört in das Ressort der General-Kasse:
1. die Berichtigung der Reichs- und Kreis-Steuern;
2. des Militär-Etats;

3. der Fürstl. Handgelder und Deputate;
4. der Ausgaben für den Hof;
5. der Besoldungen der auswärtigen Dienerschaft und derjenigen Staatsdiener, welche nicht für die einzelnen Provinzen, sondern für das ganze Land bestellt sind;
6. das Kammer-Schulden-Wesen, mit Ausschluß der älteren Kammer-Schulden, welche die Debit-Kommission, jedoch unter Direktion des Ministeriums, zu besorgen hat.

Außer den etatmäßigen und ein für allemal angewiesenen Summen, darf die General-Kasse keine Ausgaben machen, wenn sie dazu nicht von Uns selbst schriftliche Anweisung hat.

Mit dem Schlusse eines jeden Monats ist Uns ein General-Kassen-Rechnungs-Extract, mit den etwa nöthigen Bemerkungen, vorzulegen. Demselben ist zugleich ein Probabilitäts-Anschlag über Finanz-Bedürfniß und Mittel für den nächsten Monat beizulegen.

Wenn von den Finanz-Kollegien der verschiedenen Provinzen die Probabilitäts-Anschläge über Finanz-Bedürfnisse und Mittel für das ganze Jahr eingeschickt worden sind; so hat die General-Kasse, mit Rücksicht auf die Provinzial-Anschläge, ebenfalls einen solchen allgemeinen Probabilitäts-Anschlag Uns zu übergeben.

Alle Quittungen, welche von der General-Kasse ertheilt werden, müssen nothwendig von dem Kontroleur der General-Kasse, nachdem er sie in die Kontrolle eingetragen, visirt seyn.

Im Uebrigen behält die General-Kasse ihre bisherige Einrichtung, und steht direkt unter Uns.

Der Geschäfts-Kreis der Ober-Rechnungs-Justifikatur ist folgender:

1. Die Provinzial-Finanz-Kollegien haben die Provinzial-Kammer-Kassen-Rechnung, so wie die Rechnungen der sämmtlichen Unter-Recepturen der Provinz, mit den Monitis, deren Beantwortung und dem projektirten Rechnungs-Abschlusse, an die Ober-Rechnungs-Justifikatur einzusenden. Diese hat sodann das Projekt des Abschlusses, mithin auch die ganze Rechnung selbst, nochmals zu prüfen, und die Rechnung, mit den nöthigen Bemerkungen, an das Provinzial-Finanz-Kolleg zum wirklichen endlichen Abschlusse zurückzusenden.

2. Die Ober-Rechnungs-Justifikatur hat dafür zu sorgen, daß alle Rechnungen auf einen gleichförmigen Fuß eingerichtet, die nöthigen Etats daraus verfertigt und in General-Etats gebracht werden.
3. Hat dieselbe, nach Anweisung des Ministeriums, die General-Kassen-Rechnung zu justificiren.
4. Hat sie darauf zu sehen, daß sämmtliche Rechnungen zu der vorgeschriebenen Zeit gestellt und abgehört werden.

Uebrigens hat die Ober-Rechnungs-Justifikatur sowohl als das Personal der General-Kasse, beim Ministerium, in Verfertigung der statistischen Uebersichten und der sonst erforderlichen Etats, die nöthige Assistenz zu leisten.

§. 2. In Ansehung des Ober-Appellations-Gerichts finden Wir, außer dem, was in dem allgemeinen Organisations-Edikte enthalten ist, nichts weiter zu verordnen für nöthig, als dieses, daß der Direktor dieses Tribunals die besondere Obliegenheit hat, mit dem Schlusse eines jeden Quartals eine, nach den verschiedenen Provinzen und Gerichts-Bezirken eingerichtete, Tabelle über alle beim Ober-Appellations-Gericht eingeführte, laufende und abgeurtheilte Civil- und Criminal-Prozesse, dem Ministerium — und durch dasselbe Uns selbst vorzulegen.

§. 3. Eben so ist bei der Gesetzgebungs-Kommission weiter nichts zu erinnern, als, daß dieselbe das Recht hat, mit Vorwissen und Genehmigung des Ministeriums des Innern, einzelnen Mitgliedern die Ausarbeitung einzelner Materien der neuen Gesetzgebung zu übertragen; so wie ihr überhaupt frei steht, in allen Fällen über einzelne Materien, besonders aber bei technischen Gegenständen, die dazu geeigneten Staatsdiener zum Gutachten aufzufordern.

Beim Civil-Gesetzbuch und dessen Entwerfung soll übrigens auf das preußische Gesetzbuch vorzüglich Rücksicht genommen werden.

§. 4. Ueber dasjenige, was in dem Organisations-Edikte von dem Geschäfts-Kreise der Regierungs-Kollegien der verschiedenen Provinzen gesagt ist, machen Wir folgende genauere Bestimmungen:

I. Zu den innern Hoheits-Sachen der Provinzen gehören: die staatsrechtlichen Verhältnisse der verschiedenen Stände, nämlich der Bauern, Bürger, des Adels und der Ausmärker; insbesondere auch die staatsrechtlichen

Verhältnisse der Landstände, also auch die Aufsicht und Direktion des Landständischen Rechnungswesens, in sofern solches Unseren besonderen Kommissarien nicht ausschließlich zur Inspektion angewiesen ist; die Handhabung Unserer Hoheitsrechte gegen diese verschiedenen Stände, in Ansehung der Berechtigungen, die sie als Corpus — oder einzeln haben und prätendiren.

Zu den innern Hoheits-Sachen gehört auch die Reception und Dimission der Unterthanen.

In Unsern alten Landen ist dieselbe zwar bisher von Unserm Ministerium besorgt worden; damit aber dasselbe mit Dingen, welche nach einmal festgesetzten Normen behandelt werden, seine Zeit nicht verliert: so verfügen Wir über diesen Gegenstand Folgendes:

a. das Provinzial-Regierungs-Kolleg besorgt die Receptionen und Dimissionen der Unterthanen, so lange es innerhalb der Gränzen der Normative bleibt, welche über Receptions- und Dimissionsfähigkeit, die dabei zu beobachtenden Formen, zu leistenden Abgaben ꝛc. vorhanden sind, oder noch als gesetzliche Vorschriften ertheilt werden.

b. Sobald auf eine oder die andere Weise von den gesetzlichen Normen eine Ausnahme gemacht werden soll, ist an das Ministerium zu berichten.

c. Mit dem Schlusse des Jahrs muß, nach Ordnung der verschiedenen Aemter und Gerichts-Bezirke, eine tabellarische Uebersicht der neu angenommenen und abgezogenen Unterthanen an das Ministerium eingeschickt werden. Diese Uebersicht muß zugleich Auskunft über Stand, Gewerbszweig, Vermögen und dergleichen enthalten. — Wegen der neuen Unterthanen muß bemerkt seyn: ob sie Eingebohrne oder Ausländer sind? — wegen der Abziehenden, ob sie leibeigen sind oder nicht? — wohin sie auswandern? — nebst gewisser oder probabler Ursache der Auswanderung.

d. Wegen der abziehenden Leibeignen ist insbesondere sich mit dem Finanz-Kolleg zu benehmen, so wie überhaupt wegen der Ein- und Abzugsgelder und deren Verrechnung, das Nöthige dergestalt zu wahren ist, daß zwar das Regierungs-Kolleg die Ausfertigung macht, dieselbe aber an den Kontroleur beim Finanz-Kolleg gegeben werden muß, damit derselbe das Nöthige in der Kontrolle bemerkt und die

Ausfertigung visirt, ohne welches dieselbe nicht abgehen darf.

e. In Ansehung der zu Kriegsdiensten verbundenen Personen, sind die Vorschriften der Militairgesetze pünktlich zu beobachten und ist gegen dieselben nicht anzustoßen.

Zu den auswärtigen Hoheitssachen gehören vorzüglich: Gränzstreitigkeiten und überhaupt die Aufrechthaltung Unserer Territorial- und übrigen Rechte, z. B. der Würde und des Rangs.

Die Regeln, welche hier den Responsabilitäts-Kreis bestimmen, sind folgende:

1. In Sachen, welche ihre feste Bestimmung haben, procedirt das Kolleg für sich, und sucht durch alle zweckmäßige erlaubte Mittel Unsere Landesherrlichen Rechte aufrecht zu erhalten. Von dem Vorfalle aber und von dem Erfolg wird dem Ministerium, nach Befinden der Wichtigkeit, Anzeige gemacht.
2. In Sachen, worüber keine feste Bestimmungen vorhanden sind, oder worüber wohl gar Streit obwaltet, kann dasselbe zwar in Fällen, welche keinen Verzug leiden, procediren; allein es hat alsdann nicht außer Acht zu lassen, daß es zwar Unsern Gerechtsamen nichts vergebe, aber auch nichts vornehme, was mit Recht und Billigkeit nicht bestehen kann. Besonders sind in solchen Fällen die Regeln einer guten Diplomatie zu beobachten, und durch feines humanes Benehmen friedliche und freundschaftliche Verhältnisse zu befördern.

   Von Allem, was auf diese Weise geschieht, muß aber sogleich an das Ministerium Bericht erstattet und Verhaltungsbefehl eingeholt werden.
3. Bei allen wichtigen Abänderungen, Gränzberichtigungen, oder wohl gar Abtretungen von Land- und andern Gerechtsamen, versteht es sich von selbst, daß darin das Regierungs-Kolleg nichts für sich allein thun kann.

II. Die Kuratel über Kommunen und Korporationen besteht in der Aufsicht und Direktion über die Verwaltung des Vermögens der Kommunen und weltlichen Körperschaften und Stiftungen, nebst der Revision der darüber aufzustellenden Rechnungen.

Die Kuratel über das Forst-Komunalwesen gehört aber in das Ressort der einschlagenden Forst-Kollegien.

III. Die Gegenstände der Landes-Polizei sind:
a. das ganze Medizinalwesen;
b. Beförderung der verschiedenen Nahrungszweige, als des Ackerbaues, der Viehzucht, der Manufakturen und Fabriken, und des Handels;
c. das Credit- und Hypotheken-Wesen;
d. alle Anstalten zur öffentlichen Sicherheit und Bequemlichkeit, mithin auch das Kommunal-, Civil- und Straßen-Bauwesen. — Heerstraßen und Wasserbau sind dem Finanz-Kolleg zur Besorgung überwiesen.
e. Vorsorge für Nothfälle, als Fruchtsperr- und Magazins-Sachen, das Armenwesen, Feuer-Anstalten, Hospitäler und Irrenhäuser, Arbeits- und Besserungs-Anstalten.

In allen diesen Sachen hat das Kolleg an die bestehenden gesetzlichen Normen, jedoch vorzüglich mehr an den Geist, als an die Worte des Gesetzes, sich zu halten.

Es kann für sich Reglements machen, welche aber nichts weiter, als detaillirte Anwendung vorhandener allgemeinen und speziellen Gesetze auf die individuelle Verhältnisse der Provinz, enthalten dürfen. Ueber wirklich neue Gesetze hat es blos Vorschläge an das Ministerium zu machen.

Ferner hat das Regierungs-Kolleg nicht außer der Acht zu lassen, daß es nicht richterliche Behörde ist, und daß daher, sobald richterliche Entscheidung erforderlich ist, die Sache, zur Wahrung der rechtlichen Formen, an das Justiz-Kolleg abgegeben werden muß.

In dringenden Fällen kann dieses Kolleg die Polizei-Verfügungen mit Konfiskation, oder Ersatz des Werths, sanciren, und überdies Geldstrafen bis auf hundert Gulden, oder gleichkommende körperliche Strafen, androhen und vollziehen. Es ist aber zu dergleichen Maßregeln sogleich um Unsere Genehmigung an das Ministerium zu berichten.

IV. In Ansehung der Straf-Gewalt bei Dienstfehlern der von diesem Kolleg dependirenden Behörden, soll es eben so gehalten werden, wie im Organisations-Edikte in Ansehung des Finanz-Kollegs verordnet ist.

§. 5. Zu genauerer Bestimmung des Geschäfts-Kreises der Justiz-Kollegien verordnen Wir:

A. daß die Fälle, in welchen die Untergerichte nicht blos untersuchende, sondern auch urtheilende Behörden sind, folgende seyn sollen:

1. alle bürgerliche und polizeiliche Vergehen, wenn auf dieſe letzte nicht eine Zuchthaus — oder noch höhere Strafe geſetzt iſt, als in welchem Falle das Juſtiz-Kolleg das Urtheil zu fällen hat;
2. alle gemeine Schmähungen oder wörtliche Injurien;
3. alle Thätlichkeiten oder Real-Injurien, ſo lange ſie keine ſolche körperliche Verletzung zur Folge haben, welche zu ihrer Heilung einen Arzt oder Wundarzt erfordert. — Alle Verletzungen des Kopfs, der Bruſt und des Unterleibs ſind ſolche, worüber der Richter jedesmal den Wundarzt, oder, nach Befinden, den Arzt ſelbſt, mit Gutachten zu hören hat, um zu wiſſen, ob zur Heilung ärztliche oder wundärztliche Hülfe nothwendig ſey. In Anſehung der Verletzungen an den übrigen Theilen des Körpers wird es dem Ermeſſen des Richters überlaſſen.
4. Alle Defraudationen oder Unterſchleife gegen gewiſſe — durch beſondere geſetzliche Verordnungen ſancirte Herrſchaftliche, Gemeinds- oder Privatberechtigungen, in ſofern auf ſie eine durch ein allgemeines Geſetz, oder im Berechtigungs-Patente ausgedruckte — und nicht auf Zuchthaus anſteigende Strafe geſetzt iſt.
5. Alle Betrügereien und Verfälſchungen, worauf nicht über vierwöchentliche Arbeit oder eine derſelben gleichkommende Strafe geſetzt iſt.
6. Alle kleine, erſte und zweite, nicht qualificirte Diebſtähle.
7. Folgende Unzuchts-Fälle:
   a. alle erſte und zweite Unzuchten;
   b. frühe Beiſchlafs-Fälle;
   c. alle erſte Ehebruchs-Fälle.

B. Ueber ſchriftſäßige Perſonen haben die Untergerichte auch in Straf-Sachen, der Regel nach, keine Gerichtsbarkeit. Ausgenommen ſind jedoch hiervon:
   a. alle Polizei-Sachen, als in welchen Jedermann den Untergerichten, als Polizei-Richtern, untergeben iſt;
   b. alle Sachen, wo den Untergerichten ſonſt beſonderer oder allgemeiner Auftrag gegeben wird.

Das verſteht ſich jedoch von ſelbſt, daß auch gegen ſchriftſäßige Perſonen in Anſehung der Unterſuchung und Allem, was dazu gehört, die Untergerichte in allen Fällen, wo Gefahr auf dem Verzuge haftet, die zuſtändige Behörde ſind. Jedoch haben dieſelben dem Juſtiz-Kolleg

gleich beim Anfange der Untersuchung berichtliche Anzeige davon zu machen.

Zu Beförderung der Geschäfte und um eine Uebersicht darüber zu haben, auch um anderer wichtigen Resultate willen, verordnen Wir, daß die Justiz-Kollegien nicht nur, wie bisher, mit dem Schlusse eines jeden Quartals die herrkommlichen Urtheil- und Bescheids-Tabellen, nach der Ordnung der Referenten, sodann die Stockhaus-Tabellen einsenden, sondern es soll auch in Zukunft, mit dem Ablauf eines jeden Quartals, ein, nach den Gerichts-Bezirken eingerichtetes, Verzeichniß der bei dem Justiz-Kolleg abgeurtheilten Civil-Sachen und der resp. eingeführten und abgeschlagenen Appellationen an das Ministerium eingeschickt werden. Eben so soll ein Verzeichniß über die Straf-Sachen eingesendet werden, wobei zugleich die Thäter, Verbrechen und Strafen bemerkt seyn müssen.

Dergleichen Verzeichnisse sollen auch die Untergerichte einsenden, welche alsdann vom Justiz-Kolleg mit einer General-Uebersicht an das Ministerium einzuschicken sind.

Wenn beim Justiz-Kolleg Sachen vorkommen, zu deren Beurtheilung besondere technische Kenntnisse erfordert werden; so ist dabei ein sachverständiger Rath aus dem Finanz- oder Regierungs-Kolleg zuzuziehen.

§. 6. Zu demjenigen, was in dem allgemeinen Organisations-Edikte in Ansehung der Finanz-Kollegien verordnet worden ist, fügen Wir weiter an:

A. Beim Steuer-Wesen bleibt die Konkurrenz der Landstände, bei Erhebung der Verwilligungs-Gelder, vorläufig und bis auf andere Einrichtungen, auf dem bisherigen Fuße. Mithin werden in Unsern alten Landen diese Gelder nicht vom Finanz-Kolleg, sondern von Unsern Obereinnehmerei-Kommissarien zur Erhebung ausgeschrieben, und die Ober-Einnehmer von den Landständen vorgeschlagen.

Wegen Westphalen werden Wir über diesen Punkt demnächst besondere Verfügung erlassen.

Alles, was sonst die Direktion der Erhebung betrifft, gehört vor das Finanz-Kolleg. Namentlich hat dasselbe auch in Ansehung der Kontribution Alles zu besorgen, was sonst in das Ressort des Kriegs-Kollegs gehörte.

Was die Rectifikation des Steuer-Wesens anbelangt, so hat das Finanz-Kolleg dieselbe nach den einmal festgesetzten Normen zu besorgen. Abweichungen von diesen

Normen kann es nicht für sich machen, sondern darf darüber blos Vorstellungen an das Ministerium erstatten.

Um feste Normen und die Haupt-Rectifikation des Steuer-Fußes durch Landes-Vermessung vorzunehmen, werden Wir eine besondere, aus staatsrechts- und staatswirthschaftsgelehrten Räthen bestehende, Kommission ernennen.

Ist diese Haupt-Rectifikation geschehen, so ist es die Obliegenheit des Finanz-Kollegs, dafür zu sorgen:

daß der rectificirte Steuer-Fuß in strenger Ordnung erhalten, mithin Flur- und Steuer-Bücher mit Pünktlichkeit, nach uniformer Vorschrift, geführt, das Ab- und Zuschreiben besorgt, die neuen Zugänge gehörig vermessen und eingetragen, die Abschätzung der Güterstücke richtig besorgt und die Grenzen der einzelnen Güterstücke, Distrikte und Gemarkungen unter berichtigender Aufsicht gehalten werden. — Ueber die vorgefallenen Veränderungen, Ab- und Zugänge des Steuer-Kapitals, sind dem Ministerium jedes Jahr tabellarische Etats vorzulegen.

B. Zur Administration der nutzbaren Regalien gehört: Zoll- und Mauth-, Geleit-, Post- und Straßenbau-Wesen; Wasser-, Berg-, Salz-, Münz- und Neurott-Zehnten-Regal; Einnahme von Zünften, einschließlich der Leitung des Zunftwesens; Monopolien und andere Konceſſionen, Juden-Schutz-Ertheilung; Ein- und Abzugs-Geld, fiskalische Einnahmen an Geldstrafen und Konfiskationen, Lehens-Nutzungen, Sporteln ꝛc.

Das Forst- und Jagd-Regal gehört nur in Ansehung des Rechnungs-Wesens in das Ressort des Finanz-Kollegs, indem die Administration dieses Regals vor das Forst-Kolleg gehört.

Alle Militair-Konceſſionen, Dispensationen und Konfiscationen gehören in den Geschäfts-Kreis des Kriegs-Kollegs, so wie alle daher entstehende Revenüen nicht in die Kammer-Kasse fließen, sondern unmittelbar zur Kriegs-Kasse gezogen werden.

Bei Administration der Regalien gilt als allgemeine Regel:

daß das Finanz-Kolleg Alles besorgt, was zur Verwaltung und Verbesserung der Regalien gehört.

Wenn, zur Verbesserung der Administration, Regulative gemacht werden, welche nichts enthalten, als eine weitere Ausführung und detaillirtere Anwendung bereits

vorhandener gesetzlichen Normen, indessen doch für die ganze Provinz verbindlich seyn sollen: so sind solche Regulative zuerst, durch den Direktor des Finanz-Kollegs, im Regierungs-Kolleg vorzutragen und dessen Beistimmung nöthig.

Auch sind dergleichen Regulative alsdann im Namen des Regierungs-Kollegs zu erlassen und auszufertigen.

Sachen, welche einer wirklich neuen Gesetzgebung bedürfen, sind an das Ministerium einzuberichten.

Bei Dispensationen und Konzessionen gilt die Regel:

„daß das Finanz-Kolleg ganz allein für sich, und „ohne Anfrage bei dem Ministerium, handelt, so „lange es innerhalb der Gränzen der einmal ange„nommenen Normative bleibt."

Alle dergleichen Fälle, worüber bestimmte Taxen und andere bestimmte Normen vorhanden sind, besorgt also das Finanz-Kolleg, ohne das Ministerium damit zu behelligen und dessen Zeit zu verderben.

Eben so wird es mit Ertheilung des Juden-Schutzes gehalten, wo die Zahl der zu recipirenden Juden und die Summe des Schutz-Gelds bestimmt sind.

In Fällen, wo keine bestimmte Normen sind, oder eine Ausnahme von den vorhandenen Vorschriften Statt finden soll, ist an das Ministerium zu berichten.

C. In Ansehung der Administration der Domainen steht unter dem Finanz-Kolleg Alles, was Wir besitzen an Domanial-Landgütern, Gebäuden, Bergwerken, Natural- und Geld-Gefällen, Zehnten, Leibeigenschafts-Revenüen und dergleichen.

Die Domanial-Waldungen und Teiche gehören nur in sofern zum Ressort des Finanz-Kollegs, als es auf das Rechnungs-Wesen ankommt. Die Administration und deren Direktion gehört vor das Forst-Kolleg.

Bei Administration der Domainen gilt ebenfalls die Regel:

„daß das Finanz-Kolleg Alles besorgt, was zur Ver„waltung, Erhaltung und Verbesserung dieser Gegen„stände gehört."

Veräusserungen und Erwerbungen von Immobilien kann aber das Finanz-Kolleg, ohne Anfrage beim Ministerium, nicht vornehmen. Eben so muß bei demselben über wichtige und gänzliche Veränderungen in der Benutzung und Verwaltung angefragt werden.

D. Was die Ausgaben betrifft, so gehört vor das Finanz-Kolleg die Berichtigung der Besoldung der Provinztal-Dienerschaft, Unterhaltung der Staats- und Domanial-Gebäude, Straßen, Flüsse, Brücken und dergleichen.

Alle Gegenstände dieser Art, welche die Kommunalhaushaltung oder geistliche und Schul-Fonds angehen, gehören vor das Regierungs-Kolleg oder den Kirchen- und Schul-Rath, welche aber, bei der Ausführung, dieselben Behörden adhibiren können, die auch unter dem Finanz-Kolleg stehen.

In dem allgemeinen Organisations-Edikte ist gesagt, daß vor die Finanz-Kollegien die Berichtigung der etatmäßigen Ausgaben der Provinz gehören. Hierher werden aber nicht blos diejenigen Gegenstände gerechnet, wo bestimmte Summen vorgeschrieben sind, sondern auch solche, welche als absolute Mittel zu dem vorgeschriebenen Zwecke angesehen werden müssen, wie z. B. Boten- und Arbeitslohn, Diäten ꝛc.

Was insbesondere das Bauwesen an Gebäuden, Straßen, Bergwerken und dergleichen betrifft; so müssen folgende Regeln beobachtet werden:

a. bloße Reparaturen an einmal vorhandenen Gebäuden, Straßen, Brücken, ferner die zur Nothdurft erforderlichen neuen Scheuern, Stallungen, Fruchtspeicher und dergleichen kleinere Gebäulichkeiten, läßt das Finanz-Kolleg für sich vornehmen. Indessen darf doch dabei die zu diesem Bauwesen überhaupt bestimmte und festgesetzte vorgeschriebene Summe, ohne Unser Vorwissen, nicht überschritten werden;

b. wenn größere Gebäude errichtet, neue Straßen und dergleichen angelegt werden sollen, so sind die Kosten-Ueberschläge mit Bericht an das Ministerium einzusenden;

c. bei außerordentlichen Fällen, wie z. B. Feuersbrünsten und Ueberschwemmungen, kann zwar das Finanz-Kolleg, was keinen Verzug leidet, auch über den Etat vornehmen lassen; es ist indessen dem Ministerium sogleich davon berichtliche Anzeige zu machen.

Zu den nicht etatmäßigen — sondern außerordentlichen Ausgaben gehören Nachlässe. Diese kann das Finanz-Kolleg bis auf zwanzig Gulden, für sich und ohne Anfrage, gestatten.

Ferner gehören zu den außerordentlichen Ausgaben: Geschenke. Hierbei ist ein Unterschied zwischen bloßen

Gratial-Schenkungen und remuneratorischen Geschenken. In Ansehung der erstern kann das Finanz-Kolleg in geeigneten Nothfällen bis auf fünf Gulden verschenken; allein bei Remunerationen geben Wir demselben Gewalt, in dringenden Fällen, welche, ohne Unsere Ehre zu kompromittiren, keinen Verzug leiden, Schenkungen bis auf fünfzig Thaler zu geben.

Damit aber desfalls kein Mißbrauch geschehe, und das Finanz-Kolleg unter beständiger Aufsicht und Verantwortlichkeit gehalten werde; so verordnen Wir, daß, mit dem Schlusse eines jeden Quartals, tabellarische Uebersichten über Nachlässe und Geschenke an das Ministerium eingesendet werden, worin Summe, Person und Ursache bemerkt seyn müssen.

E. Zur Bewirthschaftung der Staats-Einnahmen und Ausgaben gehört auch, daß von Zeit zu Zeit darüber Etats vorgelegt werden. Deswegen muß das Finanz-Kolleg an das Ministerium einsenden:

a. mit dem Schlusse eines jeden Monats einen Provinzial-Kammer-Kassen-Rechnungs-Extract, mit den etwa erforderlichen Bemerkungen und Erläuterungen. Zugleich muß dabei ein beiläufiger Anschlag über die Bedürfnisse des nächsten Monats, und über die Mittel, dieselben zu befriedigen — eingeschickt werden, damit das Ministerium über den Bestand der Kasse, über Deficit und Ueberschuß gehörig unterrichtet ist. Auch zu diesen Anschlägen sind die nöthigen erläuternden Bemerkungen zu machen;

b. muß jedes Jahr, zur Zeit, wenn man über den Ertrag der Aerndte bestimmte Probabilitäts-Anschläge machen kann, ebenfalls ein Probabilitäts-Etat, über Finanz-Bedürfnisse und Mittel auf das ganze Jahr gemacht und an das Ministerium eingeschickt werden.

F. Das Kommunal-Rechnungswesen gehört zwar vor das Regierungs-Kolleg, und das Rechnungswesen kirchlicher und Schul-Institute in den Geschäftskreis des Kirchen- und Schul-Raths. Diese beiden Dikasterien sollen aber hierzu die unter dem Finanz-Kolleg stehende Rechnungs-Justifikatur adhibiren; es ist jedoch, zu Vermeidung aller Kollisionen, bei der Distribution das Erforderliche zu wahren.

§. 7. Wie es mit den Kirchen- und Schul-Kollegien in den verschiedenen Provinzen gehalten werden soll, ist zwar auch schon in dem allgemeinen Organisations-Edikte

enthalten. Wir finden indessen für nöthig, demselben noch Folgendes anzufügen:

1. Vor den Kirchen- und Schul-Rath jeder Provinz gehört auch das geistliche Bauwesen. Es ist jedoch dabei, in Ansehung des Responsabilitäts-Kreises, sich an die Vorschriften zu halten, welche, wegen des herrschaftlichen Bauwesens, dem Finanz-Kolleg gegeben sind, und es darf, in vorkommenden geeigneten Fällen, gleichfalls nicht anders, als mit Vorwissen des Ministeriums, procedirt werden.
2. Eben so darf der Kirchen- und Schul-Rath keine Besoldungs-Erhöhungen und Verminderungen für sich verfügen, sondern hat deshalb blos Vorschläge an das Ministerium zu erstatten, und überhaupt für sich keine andere, als etat- und stiftungsmäßige Ausgaben zu machen. Jedoch kann dieses Kolleg, aus dem ihm angewiesenen Fond, Prämien bis auf zehn Gulden ohne Anfrage verwilligen. Es muß aber, mit dem Schlusse eines jeden Quartals, an das Ministerium ein tabellarisches Verzeichniß über die ertheilten Prämien, mit Bemerkung der Namen, Summen und Veranlassungen, einsenden.
3. Wenn der Kirchen- und Schul-Rath Regulative machen will, welche zwar weiter nichts als detaillirtere Anwendung bereits bestehender Gesetze sind, aber doch die ganze Provinz verbinden sollen; so ist desfalls die Genehmigung des Regierungs-Kollegs erforderlich. Zu dem Ende hat einer der Beisitzer des Kirchen- und Schul-Raths, welcher zugleich Mitglied des Regierungs-Kollegs ist, demselben den nöthigen Vortrag zu machen.

   Neue gesetzliche Bestimmungen darf dieses Kolleg nicht für sich machen, sondern hat desfalls blos Vorschläge an das Ministerium zu thun.
4. Der Kirchen- und Schul-Rath hat jährlich tabellarische Uebersichten über

   den Bestand der Kirchen und Schulen, deren Erweiterung und Verbesserung, die Anzahl der männlichen und weiblichen Lehrlinge und dergl., an das Ministerium einzusenden und dabei Resultate und Bemerkungen, über den Gang der Geisteskultur und Volksbildung, anzufügen.
5. Die Gränzen zwischen den Rechten und Befugnissen des Bischofs und dieses Kollegs, so wie auch der

Unterschied zwischen causis ecclesiasticis und civilibus, werden sich erst vollständig und genau bestimmen lassen, wann das neue Konkordat erschienen ist. Bis dahin müssen die reichskonstitutionsmäßigen gesetzlichen Vorschriften zur Norm dienen. Es werden indessen den Kirchen- und Schul-Räthen der verschiedenen Provinzen desfalls noch besondere detaillirte Instruktionen ertheilt werden.

6. In Ansehung der Besetzung der verschiedenen Kirchen- und Schul-Räthe hat es zwar
   a. für das Herzogthum Westphalen sein Bewenden dabei, daß der für diese Provinz zu bestellende Kirchen- und Schul-Rath blos aus katholischen Mitgliedern bestehen soll. Wir werden demselben indessen ein protestantisches Mitglied beigeben, welchem jedoch weiter nichts, als in vorkommenden Fällen die Reservation Unserer Gerechtsame, übertragen seyn soll.
   b. Der Kirchen- und Schul-Rath des Fürstenthums Starkenburg ꝛc.
   c. Bei dem Kirchen- und Schulrath der Provinz Ober-Hessen ꝛc.

§. 8. In dem allgemeinen Organisations-Edikte ist enthalten, daß dem Forst-Kolleg im Herzogthum Westphalen, in den verschiedenen ihm angewiesenen Geschäfts-Zweigen, die Bestimmung der allgemeinen Grundsätze zu Einrichtung einer guten Forst-Verfassung und Forstwirthschaft, anvertraut sey; daß aber den Oberforstbedienten der praktische Forsthaushalt und die Ausführung der vom Forst-Kolleg vorgeschriebenen allgemeinen Grundsätze, angewiesen seyn soll.

Hiernach hat also das Forst-Kolleg zu bestimmen:

1. die Maßregeln zu Erlangung tüchtiger Forstbedienten und Bestimmung ihrer Wirkungs-Kreise, Regulirung ihrer Besoldung, Vorschläge bei Dienstbesetzungen, Ertheilung ausführlicher Dienst-Instructionen, Forst-, Gränz-, Servitut- und Berechtigungsbeschreibung für jeden anzustellenden Diener;
2. die Festsetzung allgemeiner Grundsätze für die Holzzucht;
3. Grundsätze und Leitung zu Erlangung eines zuverlässigen und nachhaltigen Natural-Forst-Etats, durch Berichtigung der Gränzen, geometrische Aufnahme, Beschreibung und Abschätzung der Forste;

4. zweckmäßige Vertheilung und Verwendung der Forstproducte, Verhütung des Mißbrauchs derselben;
5. Grundsätze über die Forstbenutzung, wohin der Holzhandel, die Zugutmachung und Verwendung der Nebenproducte des Walds, die Verkaufsart, Holz-, Kohlen-, Mast-, Wildprets- und Fischtaxen gehören;
6. Vorkehrungen gegen widrige Zufälle in den Forsten, und Maßregeln zur sichern Entdeckung und Bestrafung der Forstfrevel;
7. Maßregeln zur Verbesserung der Forste, wohin gehört: Berathung über die Kultur-Plane und deren Kosten-Ueberschläge, Anordnung im Allgemeinen zu Einsammlung oder Ankauf der Holz-Saamen, Verfügung wegen Forstfrohnden bei Meliorationen aller Art;
8. Maßregeln zur Holzersparniß überhaupt, und zur erleichterten Befriedigung der Holzbedürfnisse;
9. die Grundsätze, wornach bei dem Jagd- und Fischereiwesen verfahren werden soll;
10. die Einsicht und Genehmigung der jährlich vorzulegenden allgemeinen tabellarischen Holz-Erforderniß-, Holz-Fällungs- und Kultur-Plane;
11. die Ober-Aufsicht über das Dienstbetragen der Forstbedienten, wobei es, in Ansehung des Straf-Ansatzes und der Präliminar-Untersuchung dieselben Vorschriften zu beobachten hat, die dem Finanz-Kolleg ertheilt sind.

Dagegen sollen den Ober-Forstbedienten folgende Gegenstände allein überlassen werden, nämlich:

a. die besondere Aufsicht über den practischen Forsthaushalt, die Vollstreckung der Forstwirthschafts-Plane und was zum Detail des practischen Betriebs gehört, überhaupt was auf die wissenschaftliche Administration der Forste, ihre pflegliche Kultur, Erhaltung, Verbesserung und nachhaltige Benutzung — Beziehung hat;
b. die Ober-Aufsicht und Direktion über den praktischen Betrieb des Jagd- und Fischerei-Wesens;
c. die besondere Aufsicht über die ihnen unmittelbar subordinirten Forstbedienten;
d. bei Wieder-Besetzungen der Unter-Forstbedienungen haben sie dem Forst-Kolleg die ersten Vorschläge zu thun;
e. die jährliche Einsendung der Holzfällungs- und Kultur-Plane, die jährlichen Visitationen und Be-

reisungen, die Abhaltung der Forststraf-Gerichte, die zweckmäßige Vertheilung der Holz-Abgaben auf die Forste, die Entwerfung und Vorlegung des jährlichen summarischen Forst-Etats, Entwurf und Einsendung der Holz-Berichte jedes einzelnen Forstes, als Beilagen der jährlichen summarischen Forst-Etats-Tabellen.

Das Forst-Kolleg hat, außer der gedachten Ober-Aufsicht über die Forstbedienten, und der Befugniß, die Forst- Jagd- und Fischerei-Frevel nach gesetzlichen Straf-Normen zu rügen, keine Gerichtsbarkeit. Die kanzleisäßigen Forstbedienten haben ihren Gerichtsstand bei dem Justiz-Kolleg, die amtssäßigen bei den Beamten des Wohnbezirks.

Das Forst-Rechnungswesen in Ansehung der Domanial- und Regalitäts-Gegenstände, steht unter dem Finanz-Kolleg.

Ueber Straf-Taxen der Forst-Frevel und die Art des Straf-Ansatzes, muß das Forst-Kolleg, sobald es konstituirt ist, ohne Verzug die auf die Individualität des Herzogthums passenden Vorschläge machen, und Uns zur Prüfung und Sanction vorlegen.

Die von dem Forst-Kolleg in Westphalen an Uns zu erstattenden Berichte sollen an das Ministerium, bis auf Unsere weitere Verordnung, geschickt und von demselben Uns vorgelegt werden. In Ansehung der eigentlichen und bloßen Forst- Jagd- und Teich-Sachen, und der Dependenz dieses Kollegs von dem Ober-Forstamt zu Darmstadt, behält es aber bei der im §. 10. des allgemeinen Organisations-Edicts enthaltenen Bestimmung sein Bewenden.

§. 9. In Ansehung der Verbindung unter den verschiedenen Provinzial-Dikasterien, fügen Wir zu demjenigen, was darüber im allgemeinen Organisations-Edikte enthalten ist, noch Folgendes an:

a. Diejenigen Mitglieder des Regierungs-Kollegs, welche zugleich auch Mitglieder anderer Dikasterien sind, müssen Acht haben, daß in dem Regierungs-Kolleg nichts vorgehe und beschlossen werde, was dem besonderen Zweige der Staats-Verwaltung zuwider wäre, dessen Leitung einem eigenen Kolleg übertragen ist und dessen dirigirende oder beisitzende Mitglieder sie zugleich sind.

b. Sie müssen aus dem Ressort dieses besondern Kollegs diejenigen Sachen vortragen, welche auch zur Berathung vor das Regierungs-Kolleg geeignet sind; so wie sie im Gegentheil wieder in dem besonderen Kolleg vorzutragen haben, was eigentlich in das Ressort des Regierungs-Kollegs gehört, aber Berührungs-Punkte mit dem Zweige der Staats-Verwaltung hat, der dem besonderen Dikasterium anvertraut ist.

c. Diese Einrichtung, welche die Beförderung der Geschäfte und die Vermeidung der schriftlichen Kommunikation zur Absicht hat, soll jedoch nicht mißbraucht und ihr Zweck dadurch nicht vereitelt werden.

Derjenige Beisitzer des Regierungs-Kollegs, welcher zugleich Mitglied eines andern Dikasteriums ist, hat daher dasselbe im Regierungs-Kolleg zu repräsentiren, kurzer Hand die vorfallenden Berührungs-Punkte zu respiciren, und das desfalls Nöthige zu wahren. Desgleichen haben diese Mitglieder in den besonderen Dikasterien auch dasjenige zu respiciren, was mit dem Regierungs-Kolleg Berührungs-Punkte hat. Es muß dieses jedoch kurzer Hand und ohne Weitläuftigkeit geschehen. Blos in denjenigen Sachen, wobei es besonders befohlen oder durchaus nothwendig — oder wo der Gegenstand so wichtig ist, daß das einschlagende Mitglied ihn auf seine Responsabilität nicht füglich allein nehmen könnte, sollen in dem gremio des andern einschlagenden Kollegs, durch besondere Vorträge, dergleichen, gemeinschaftliche Berührungs-Punkte habende, Sachen zur Berathung gebracht werden.

Wir erwarten zu dem Ende von Unsern Räthen, daß sie mit Fleiß und Achtsamkeit sich den Umfang der verschiedenen Staatsverwaltungs-Zweige, in welchen sie zu arbeiten haben, gehörig bekannt machen, um in vorkommenden Fällen zu Beförderung der Geschäfte sogleich die nöthigen Erläuterungen und Maßregeln dergestalt angeben zu können, daß der nothwendigen Einheit in der Staatsverwaltung und dem Zusammen-Wirken nach einem gemeinsamen Zwecke nicht zuwider gehandelt werde.

d. Auf den Fall, daß die Chefs des Justiz- und Finanz-Kollegs verhindert wären, den Sitzungen des Regierungs-Kollegs selbst beizuwohnen, müssen sie

ein Mitglied des unter ihrer Direction stehenden Kollegs an ihre Stelle deputiren.

e. Der Director des Finanz-Kollegs hat, ausser den Sachen, die in das Ressort des unter seiner Direction stehenden Kollegs einschlagen, im Regierungs-Kolleg das Referat in allen Sachen, welche die Statistik des Landes betreffen; so wie der Director des Justiz-Kollegs über die Gesetzgebungs-Angelegenheiten den Vortrag hat.

Mit mehreren besonderen Arbeiten im Regierungs-Kolleg sind aber diese beiden Directoren, nach Möglichkeit zu verschonen, weil sie sonst ihre Directorial-Geschäfte mit der gehörigen Pünktlichkeit nicht würden versehen können.

f. Die Directoren des Regierungs- Justiz- und Finanz-Kollegs können, auf höheren Befehl, oder in dringenden Umständen, besonders zusammentreten, besondere Verfügungen und Berichte machen.

§. 10. Ueber den Geschäftsgang, sowohl bei den Dikasterien als den unteren Staats-Behörden, werden Wir demnächst eine vollständige Vorschrift erlassen. Es sind indessen jetzt gleich einige Abänderungen des bisherigen Geschäftsganges nothwendig; Wir verordnen daher in dieser Hinsicht Folgendes:

1. Damit die Kollegien in Ansehung ihrer Responsabilität mehr gesichert und die einzelnen Mitglieder, zu ihrer eigenen Beruhigung, gehörig kontrolirt sind; damit um so weniger etwas übersehen werde, und die Sachen niemals, durch Abgang oder Abwesenheit eines Mitglieds, ins Stocken gerathen können: ist es nöthig, daß in allen Sachen Korreferenten bestellt werden.
2. Da es nicht möglich ist, daß ein Sekretaire in allen Stücken den Sinn des Referenten treffen kann, und durch das Koncipiren der Sekretaire nothwendig allerlei Nachtheile verursacht werden; so sollen in Zukunft die Räthe die Koncepte selbst entwerfen. Ausnahmen hiervon dürfen nur seyn:
   a. wenn der Referent seinen Antrag schriftlich entworfen hat; und das Koncept vollständig daraus genommen werden kann;
   b. wenn es kleine Resolutionen sind, welche der Referent dem Sekretaire dictirt;

c. wenn es andere kleine Resolutionen oder sogenannte Resolutiones pro Stylo sind.

Nur in diesen Fällen dürfen die Koncepte von dem Sekretariate entworfen werden.

3. In den Sessionen dürfen, ausser höchstdringenden Nothfällen, keine Koncepte gezeichnet werden, sondern es ist dazu, ausser der Sessionszeit, eine besondere Stunde zu bestimmen. So wie Wir überhaupt befehlen, daß in den ordentlichen Sessionen die Zeit nur zu Hauptgegenständen und zur endlichen Berathung der Sachen angewendet werde.

Deswegen sollen auch

4. den einzelnen Räthen, so viel es nur geschehen kann, bestimmte Departements angewiesen werden.
5. So lange die Sache blos präparirt — und in den Resolutionen der endlichen Entscheidung nicht vorgegriffen wird, besorgt der Referent die ihm zugetheilten Sachen allein und ohne dem Kolleg daraus vorzutragen. Denn, daß aus Acten referirt wird, die noch nicht vollständig sind, und am Ende resolvirt werden muß, diese oder jene Unterbehörde noch mit Bericht zu hören, oder Acten beizulegen und dergleichen — ein solcher offenbarer Zeitverderb soll nicht mehr geduldet werden.
6. Ferner besorgt der Referent für sich allein Alles, was zur bloßen Ausführung gemeinsam gefaßter und vom Kolleg signirter Beschlüsse gehört.
7. Der Korreferent und der Director des Kollegs konkurriren dabei nur in so ferne, daß sie die, vom Referenten selbst aufgesetzten oder signirten, Koncepte mitzeichnen. Ohne diese Mitzeichnung dürfen die Koncepte nicht expedirt werden. Insbesondere muß vor der Expedition Alles durch die Hand des Directors gehen, damit er eine beständige zusammenhängende Kenntniß der Geschäfte habe.
8. Bei Sachen, wo, bei Ertheilung blos präparatorischer — oder blos executiver Resolutionen, in den Gegenstand tiefer eingegangen werden muß, soll der Referent mit dem Korreferenten, ehe dergleichen Resolutionen ertheilt werden, konferiren.

Diese Konferenzen werden, ausser den ordentlichen Sessionen, am füglichsten Nachmittags gehalten. Bei jedem Kolleg ist, nach der Lage der Umstände und der Jahrszeit

zu koncertiren, zu welcher Zeit diese Konferenzen gehalten werden sollen; auch hat jedes Kolleg an das Ministerium zu berichten, wie es sich in dieser Hinsicht konstituirt hat.

9. Diese Konferenzen sind überhaupt zur Beförderung der Geschäfte und zum Vorbereiten der Arbeiten zu benutzen. In denselben können die Koncepte signirt — und die nöthigen Unterschriften der ausgefertigten Sachen besorgt werden.

10. Nur der Director hat das Recht, die Koncepte sich zum Signiren ins Haus bringen zu lassen. Sonst muß das Signiren in dem Dikasterial-Gebäude geschehen.

Eine Ausnahme hiervon tritt jedoch alsdann ein, wenn dringende Sachen, die keinen Verzug leiden, ad aedes herumgetragen werden müssen.

11. Zur Beförderung der Geschäfte sollen, sowohl für die Munda, als für die Koncepte, die Anfangs-Etiquetten gedruckt werden. Die Räthe können alsdann, anstatt, daß sie die Resolution auf ein besonderes Blatt schreiben, wovon der Sekretaire, mit dem Zusatze der Etiquette und des Rubrums, die Resolution nur abschreibt, leichter die Koncepte selbst aufsetzen, wodurch die Geschäfte vereinfacht und doppeltes Niederschreiben gespart wird.

12. Mit den ordentlichen Sessionen der Provinzial-Kollegien soll es folgendermaßen gehalten werden:

a. das Justiz- und das Finanz-Kolleg haben in der Woche dreimal, auf dieselben Tage, Sitzungen;

b. das Regierungs-Kolleg hat zweimal in der Woche Sitzungen;

c. das Forst-Kolleg in Westphalen und der Kirchen- und Schul-Rath halten ihre Sessionen einmal in der Woche, und zwar auf den Tag, wo die übrigen Dikasterien keine Sitzungen haben.

Die Sessionszeit ist morgens, im Sommer von 8 bis 12, im Winter von 9 bis 1 Uhr.

Da Ankunft und Abgang der Posten und Landboten in allen Provinzen nicht gleich sind; so haben die Dikasterien der Provinzen, bei ihrer Konstitution, die schicklichsten Einrichtungen wegen der ordentlichen Sessionen zu treffen, und darüber, so wie über die Zeit der Special-Konferenzen das Nöthige an das Ministerium zu berichten.

13. Die protocolla rerum exhibitarum ſind zweckmäßiger einzurichten, damit der dies distributionis gehörig bemerkt werden kann.

14. Der Sekretaire, welcher kontraſignirt, hat dafür zu haften, daß im protocollo rerum exhibitarum das Nöthige bemerkt wird.

15. Im Uebrigen werden die bisherigen Einrichtungen des Geſchäftsgangs, bis auf Unſere weitere Verordnung, beibehalten. Es bleibt jedoch jedem Kolleg unbenommen, zu Vereinfachung der Geſchäfte und ihrer Beförderung, noch weitere zweckmäßige Einrichtungen zu treffen und davon dem Miniſterium berichtliche Anzeige zu machen.

16. Alle Sporteln werden in Zukunft nicht mehr von dem Dikaſterial-Perſonal bezogen, ſondern zu Unſern Kammer-Kaſſen berechnet, die Dikaſterial-Dienerſchaft aber wird auf fixe Beſoldung geſetzt.

§. 11. Dieſe zum Theil allgemeinen — zum Theil ſpeciellen Vorſchriften machen, nebſt den Verfügungen, die Wir noch weiter zu erlaſſen für nöthig finden werden, die die Grundlage zu den Inſtructionen der verſchiedenen Dikaſterien aus. Nach Verſchiedenheit Unſerer Provinzen und ihrer individuellen Verhältniſſe müſſen aber dieſe Vorſchriften noch beſonders modificirt und auf das Lokal angepaßt werden. Um dieſe Modifikationen gehörig beſtimmen zu können, machen Wir es ſämmtlichen Dikaſterien hiermit zur Pflicht, daß ſie innerhalb ſechs Monaten, von Zeit ihrer Inſtallation an gerechnet, Uns die geeigneten Vorſchläge thun, und zu dem Ende einen Entwurf zu ihrer vollſtändigen Inſtruktion an das Miniſterium einſenden.

§. 12. Wir befehlen demnach, daß allen in dieſer Verordnung enthaltenen Vorſchriften aufs genaueſte nachgelebt werde. Zugleich kündigen Wir denjenigen, welche hierbei einige Nachläſſigkeit, oder wohl gar böſen Willen, ſich zu Schulden kommen laſſen würden — hiermit an, daß ſie mit Entſetzung von ihrem Dienſte und, nach Befinden, mit andern harten Strafen belegt werden ſollen.

61. Darmstadt den 29. October 1803.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Auf den Antrag der Ritterschaft des Herzogthums Westphalen soll die sogenannte »Bilsteinische Redemtionsliste, wonach die zufolge der Vereinbarung vom Jahr 1793 von den Besitzern der schatzfreien Güter zu zahlenden Kriegs-Steuern seither repartirt worden sind, nach dem Julius k. J. nicht mehr angewendet, sondern der Ertrag der schatzfreien Güter, zum Maßstab der Repartition der auf sie fallenden Steuern genommen werden.

In Beziehung auf Letztere werden die Eigenthümer der freien Güter zur eigenen speciellen Angabe deren Einkünfte, unter Aufzählung dessen, was zu solchen gerechnet wird, angewiesen, und die Lokalbehörden, so wie die westphälische Regierung ausführlich instruirt, welche mitwirkende, prüfende und coercitive Obliegenheiten und Maßregeln sie desfalls sowohl, als Behufs der bezweckten Aufstellung eines Katasters der schatzfreien Güter anwenden sollen. Nach der Vollendung des Katasters soll dasselbe der Ritterschaft, oder den ritterschaftlichen Mitgliedern bei Deputations- und Quartal-Versammlungen, communicirt und denselben, wenn während der Behandlung des Geschäfts landständische Versammlungen sind, gestattet werden, die bis dahin eingekommenen Angaben zu inspiciren, um ihre etwaigen Erinnerungen der westphälischen Regierung vorlegen zu können.

Die gegenwärtige Verordnung schließt die künftige Rektifikation des Steuerwesens nach vorheriger Vermessung ꝛc. des Grundvermögens nicht aus, und bleibt deren landesherrliche Erläuterung, Modifikation oder Abänderung vorbehalten.

Bemerk. Die Fürstl. H. D. Regierung zu Arnsberg hat am 31. März 1804 nachträglich verordnet, daß die Besitzer der nicht verpachteten schatzfreien Güter, deren reinen Ertrag (ausschließlich jedoch der Waldungen, deren Ertrag nach zehnjährigem Durchschnitte zu bestimmen ist) nach Maßgabe des lokalen gewöhnlichen Pachtpreises bestimmen, und dabei die Morgenzahl der Güter — wenigstens beiläufig — angeben, zugleich aber auch bei der Ausmittelung des Pachtpreises glaubhafte Sachverständige zuziehen, und von diesen das, nach einem beigefügten Schema, aufzu-

stellende Verzeichniß mitunterschreiben lassen sollen. Bei der Angabe der Waldnutzungen muß auch der Werth des in der eigenen Haushaltung des Besitzers consumirt werdenden Holzes angerechnet werden.

Dieselbe Behörde hat ferner unterm 10. Juli 1804 bekannt gemacht: daß die Bestimmungen der vorbezeichneten Verordnungen durch das Steuer-Edikt vom 16. April 1804 (Nr. 95 d. S.) nicht entkräftet worden seyen, sodann auch zur Einsendung der obigen Ertrags-Verzeichnisse den 1. September 1804, als schließlichen Termin, bestimmt.

---

62. Darmstadt den 9. Dezember 1803.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Nachträglich zu dem den Geschäftsgang der Staats- und Provinzial-Behörden organisirenden Edikte vom 12. October d. J. wird auch wegen der Titulaturen der Landes-Dikasterien und der übrigen Form des Geschäftsstyls ausführlich verordnet und u. A. Folgendes bestimmt:

A. Titulaturen.

1. Unser Geheimes Ministerium hat in seinen Unterschriften sich zu nennen: „Landgräflich Hessisches Geheimes Ministerium."

Da Wir bereits gnädigst verordnet haben, daß die Ministerial-Departements keine besondere — die einzelnen Departements unterscheidende — Siegel führen sollen, sondern das Ministerial-Siegel für alle Departements dasselbe seyn soll; so haben dieselben auch in den Unterschriften den allgemeinen Titel: „Landgräflich Hessisches Geheimes Ministerium" beizubehalten.

Auf eine eben so einfache Art soll

2. das Ober-Appellations-Gericht den Titel: „Landgräflich Hessisches Ober-Appellations-Gericht" führen;

3. das Kriegs-Kolleg den bisherigen Titel: „Landgräflich Hessisches Kriegs-Kolleg" behalten;

4. die Gesetzgebungs-Kommission in vorkommenden Fällen sich unterzeichnen: „Landgräflich Hessische Gesetzgebungs-Kommission";

5. auch das Oberforst-Amt den vorigen Titel: „Landgräflich Hessisches Oberforst-Amt" behalten;

6. haben die Provinzial-Dikasterien folgende Titel bei ihren Unterschriften zu führen:
a. in Oberhessen: ꝛc. ꝛc.
b. im Herzogthum Westphalen: „Landgräflich Hessische für das Herzogthum Westphalen angeordnete Regierung ꝛc.“;
c. im Fürstenthum Starkenburg: ꝛc. ꝛc.

B. Form des Geschäfts-Stils.

I. Bei den Provinzial-Dikasterien ist es hierunter auf folgende Weise zu halten:
1. Vorstellungen an die Provinzial-Dikasterien sollen ꝛc. ꝛc.
2. Gewöhnliche Beschlüsse, welche die Kollegien ausfertigen ꝛc.

Von dieser gewöhnlichen Ausfertigungsart sind ausgenommen und erfordern
3. eine solenne Collegial-Expedition nachstehende Geschäfte;
a. alle endliche Erkenntnisse in Civil- und Criminal-Sachen, als welche bei dem Ober-Appellations-Gericht und den Hofgerichten anders nicht als in schriftlicher feierlicher Form publizirt werden können. Bei diesen soll nachstehende einfache Urtheils-Form gebraucht werden, und zwar in Civil-Sachen.

In Klagsachen des (hier folgt der Name des Klägers und sein Wohnort) gegen (hier folgt der Name des Beklagten und sein Wohnort) wegen (hier folgt die Benennung des physischen und Rechts-Objects) wird, nach gesetzmäßiger Verhandlung, zu Recht erkannt (hier folgt der Inhalt des Erkenntnisses). V. R. W. Dessen zur Urkund ist gegenwärtiger Urthels-Brief nach Verordnung des Landgräflich Hessischen Ober-Appellations-Gerichts (oder Hofgerichts) ausgefertiget und mit dem größeren Gerichts-Insiegel versehen worden. So geschehen u. s. w.

In Criminal-Sachen aber:

In Untersuchungs-Sachen gegen ꝛc., wegen ꝛc., wird auf amtspflichtliches Verhör zu Recht erkannt ꝛc. ꝛc. ꝛc. Dessen zu Urkund u. s. w. (wie oben). Eine solenne Form erfordern ferner
b. alle Verkündungen der Gesetze, deren Auslegungen und Erneuerungen, alle Concessionen von gemeiner

Art, deren Ertheilung nämlich in dem Umfang der Gewalt der Provinzial-Dikasterien liegt, alle Lehenbriefe über herrschaftliche Bauern-Lehen, alle Urkunden, welche Gesetzes-Kraft für eine einzelne Sache bezwecken, (z. B. Vertrags-Confirmationen) alle Fertigungen über einzelne Vorgänge, welche zur Legitimation oder zum Beweise vor Obrigkeiten oder Gerichten außerhalb Landes gebraucht werden. Alle diese Ausfertigungen sollen die Form dieses Ediktes (vollständiger landesherrlicher Titel, ohne Anrede-Formel unter demselben,) tragen, nur muß der Schluß je nach der Natur der Sache eine befehlende oder beurkundende End-Formel haben, auch muß statt des Staats- oder Ministerial-Siegels das größere Insiegel des Dikasteriums darin angezogen und beigedruckt seyn, sodann die Ausfertigung a) von dem Referenten, b) noch von einem andern Rath unterzeichnet, und von dem Sekretär contrasignirt werden. Aehnliche Form fordern

c. alle Aufträge an untergeordnete Stellen, oder an einzelne Diener, deren Ertheilung zwar in der Macht des Provinzial-Dikasterii liegt, deren Vollzug aber nicht eine Folge der Dienst-Obliegenheit solcher Diener ist, wozu sie sich daher erforderlichen Falls durch besonderen Auftrag müssen rechtfertigen können. Diese werden in Rescripts-Form ausgefertigt, welche mit dieser Edikts-Form im Hauptwesen übereinkommt, mithin voraus keine Anrede hat, sondern nur im Context den, an welchen der Auftrag gerichtet ist, (z. E. Wir geben Unserm Hofgerichts-Rath N. N. den Auftrag, daß derselbe u. s. w.) anredet, sodann, daß die Fertigungen nicht untersiegelt, sondern nach vorausgesetzter Formel: „Aus Höchstem Auftrag" und nach Voraussetzung des Kollegial-Titels, von dem Referenten und noch von einem andern Rath unterschrieben und von dem Sekretär contrasignirt werde.

4. Eine solenne landesherrliche Fertigung erfordern endlich

a. alle Privilegien höherer Gattung, womit nicht blos eine Loszählung von einzelnen gesetzlichen Vorschriften, sondern auch eine Loszählung von Staatspflichten in Geld oder Dienstleistungen bestehend, bewilligt, oder auch ein eigener privilegirter Stand im Staat ertheilt wird, ingleichem die Lehenbriefe über fürstliche, gräfliche und adeliche Lehen;

b. alle Verträge mit Nachbarn, wodurch eine Verbindlichkeit auf Uns oder Unsere Lande geladen werden soll. Diese beiden in Edikt-Form auszufertigenden Gattungen erfordern, wenn gleich die Fertigungen von den Provinzial-Dikasterien auf Unsern oder Unsers Geheimen Ministeriums Spezial-Auftrag geschehen, Unsere Unterschrift, wobei jedesmal die Contrasignatur eines Unserer Minister, in dessen Departement die Sache einschlägt, für die Ordnungsmäßigkeit der Uns vorgelegten Fertigung bürgen muß;

c. alle Aufträge an Diener oder untergeordnete Stellen, welche von der Art sind, daß ihre Ertheilung eben sowohl außer der Macht der Provinzial-Dikasterien als die Vollziehung außer dem Dienst-Umfang des beauftragten Dieners liegt, und welche daher Unsere oder Unsers Geheimen Ministeriums besondere Bewilligung oder Genehmigung erfordern. In der Regel werden dergleichen Aufträge bei Unserm Geheimen Ministerium in Rescripts-Form ausgefertigt, und entweder von Uns auf oben beschriebene Art oder von Unsern Ministern unterschrieben, und in letzterem Fall von dem einschlagenden Geheimen Sekretär contrasignirt, wird aber hierunter den Provinzial-Dikasterien ein Spezial-Auftrag ertheilt, so wird die Fertigung von denenselben besorgt, und nach vorausgesetzter Formel: „Aus Höchstem Spezial-Auftrag" wie auch nach vorausgesetztem Kollegial-Titel, so wie bei Nr. 3 lit. c. vorgeschrieben ist, unterzeichnet. Sodann sind von der gewöhnlichen Beschluß-Form ausgenommen, und haben

5. eine summarische Collegial-Expedition alle jene Gattungen von Resolutionen, mit denen das Aktenstück, auf das sie ergehen, hinausgegeben wird, und die zugleich mit kurzen summarisch bestimmten Worten, (z. E. zum Bericht, Concedirt, Dispensirt, Confirmirt u. s. w.) vollständig ausgedruckt werden können. Hier wird die Formel auf das betreffende Aktenstück gesetzt mit den Worten: „Beschlossen in Landgräflich Hessischer Regierung" (Hofgericht u. s. w.). Hierauf folgt das Datum und dann die Unterschrift des Direktors oder des Referenten unter Contrasignatur des Sekretärs.

6. Die Form der Berichte an Unser Geheimes Ministerium bleibt, wie sie in Unsern Althessischen Landen bisher gewesen ist. Es wird nämlich ꝛc. ꝛc.

7. Die Correspondenz mit auswärtigen Stellen betreffend, so muß ꝛc. ꝛc.

II. Bei denjenigen Dikasterien, welche für Unsere sämmtlichen Lande angeordnet sind, ist es eben so wie bei den Provinzial-Dikasterien zu halten, nur bei Unserm Geheimen Ministerium finden Wir nöthig, Folgendes zu verordnen:

1. In Ansehung Unserer eigenen Correspondenz bleibt es ꝛc. ꝛc.
2. Die Communication mit Ministern und Gesandten ꝛc. ꝛc.
3. Bei der Communication Unsers Geheimen Ministerii mit den Ministern der ꝛc. ꝛc.
4. Mit den Resolutionen ins Land wird es bei den gewöhnlichen Beschlüssen so wie oben ad I. Nr. 2. gehalten ꝛc. ꝛc.
5. Bei den solennen Kollegial-Ausfertigungen findet eben dasjenige, was oben ad I. Nr. 3. vorgeschrieben ist, jedoch mit der Modification statt, daß einer von den einschlagenden Geheimen Referendarien die Ausfertigungen ins Land unterzeichnet — auswärtige Expeditionen aber vom Minister selbst unter jedesmaliger Contrasignirung des Sekretärs unterschrieben werden.
6. Betreffend die solennen landesherrlichen Ausfertigungen; so gilt auch hier was oben ad I. Nr. 4. verordnet ist. Hierunter gehören, außer jenen Fällen, auch die Dienst-Bestellungen. Dienst-Patente für Unsere Minister, Geheime Referendarien und Gesandten, sodann für die Chefs, Direktoren und wirklichen Räthe bei den verschiedenen, sowohl allgemeinen Landes- als auch Provinzial-Dikasterien, wie auch die Decrete für die charakterisirten Räthe, ferner für die Mitglieder und Professoren Unserer Landes-Universität zu Giesen, desgleichen für Beamte, geist- und weltliche Diener gleicher Klasse, erfordern Unsere eigenhändige Unterschrift. Die Dienst-Decrete für die Land-Schullehrer und Schultheißen werden hingegen nach vorausgesetzter Formel: „Ad Speciale Mandatum Serenissimi" von den Ministern unterzeichnet; übrigens aber bei Fertigung der Dienst-Patente die bisher übliche Formen jedoch mit der Modification beobachtet, daß bei den letztgenannten Dienst-Decreten immer der Kollegial-Titel: „Land-

gräflich Hessisches Geheimes Ministerium" in der Unterschrift gesetzt wird.

7. Bei summarischen Kollegial-Expeditionen ist das Nemliche was oben ad I. Nr. 5. verordnet ist, auch hier anwendbar ꝛc. ꝛc.

Wir befehlen demnach gnädigst, daß allen und jeden in dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften aufs genaueste nachgelebt werde.

Bemerk. Die Fürstl. H. D. Regierung zu Arnsberg hat am 6. März 1804 die in obigem Edikte über die Form der Berichte enthaltenen Vorschriften, mit dem Befehl pünktlicherer Beachtung derselben, wiederholt publizirt und Letztere am 7. Juli ej. a. erneuert.

---

63. Arnsberg den 31. Dezember 1803.

Fürstl. H. D. Regierung.

Bei der stattgefundenen Aufhebung der Amts-Fiskalate und geschehenen Uebertragung dieses Officiums an die Schulzen, Orts-Vorstände u. a. Polizei-Behörden, werden diese angewiesen, auf die Contraventionen der Gesetze zu wachen und dieselben dem Richteramte sofort zu denunciiren, welchem die Untersuchung und Bestrafung der Vergehen von Amtswegen obliegt.

---

64. Darmstadt den 31. Dezember 1803.

Fürstl. H. D. geheim. Ministerium.

Bis zur Uebernahme der Bestreitung sämmtlicher Civiladministrationskosten durch die Landstände soll im Herzogthum Westphalen die alte Sporteln- und Kanzlei-Taxe, wenn solche höher ist als jene in den altfürstlichen Landen, beibehalten, in den Fällen aber, wo dergleichen Taxen bisher gar nicht, oder geringer als in den übrigen Landen eingeführt sind, sollen die in letztern herkömmlichen Gebühren entrichtet werden. Unter Beifügung einer Abschrift des Taxreglements der fürstlichen geheimen Kanzlei und der fürstl. Rentkammer zu Darmstadt wird ein, am Ende des Jahrs 1804 zu erstattender, gutachtlicher Bericht über die Einführung eines allgemeinen Sporteln- und Tax-Reglements im Herzogthum Westphalen erfordert.

Bemerk. Die obige Bestimmung befindet sich in einem an den fürstl. Regier.- und Kammer-Direktor zu Arnsberg gerichteten Ministerial-Rescripte.

---

65. Arnsberg im Dezember 1803.

Fürstl. H. D. Kirchen- und Schul-Rath.

Unter Publikation einer tabellarischen Nachweise der im verflossenen Jahre von den Schülern in den Elementar-Schulen des Herzogthums Westphalen gelieferten Industrie-Produkte, (welche Baumkunde resp. Baumzucht, Strickerei, Näherei, Spinnerei und Gegenstände der Lokal-Industrie umfassen und zu 5599 Rthlr. 7 sbr. Geldwerth angeschlagen sind) werden die Pfarrer und Lokal-Behörden zur besondern Beförderung dieser Angelegenheit, wozu sie unterm 15. Dezember 1800 besonders angewiesen worden sind, aufgefordert; und wird zugleich bestimmt, daß diejenigen drei Lehrer, welche im laufenden Schuljahre, im Verhältniß zu der Anzahl ihrer Schuljugend, die meisten, die manchfaltigsten und auf das Lokal passendsten Industrie-Produkte liefern werden, als Anerkenntniß ihres rühmlichen Eifers, drei Preise (pädagogische Schriften) von der vorbemerkten Behörde verehrt erhalten sollen.

Bemerk. Dergleichen Nachweisungen sind zuerst im Jahre 1802, und auch später bis incl. im Jahr 1807 publizirt worden, welche die Fortschritte der Schul-Industrie durch ihre bis zu 14590 Rthlr. gesteigerten Werthangaben bezeugen.

---

66. Darmstadt den 2. Januar 1804.

Fürstl. H. D. geheim. Ministerium.

Da bei Erwägung der Bestimmungen des Visitations-Recesses des Attendorner Dekanats sich die Frage ergeben hat: wer die Verlassenschaften geistlicher Personen zu obsigniren und die Inventarien zu fertigen habe, nachdem ein solches Recht bei der dermaligen Verfassung weder den Officialaten, noch den Landdechanten zugestanden werden könne? — so wird bestimmt: daß, da das landgräfliche Hofgericht jeder Provinz bereits als der Gerichts-

stand geistlicher Personen erklärt worden sey, dieser Behörde im Herzogthum Westphalen auch die Obsignations- und Inventur-Geschäfte rücksichtlich verstorbener Geistlichen ausschließlich zustehen. Das Hofgericht zu Arnsberg soll sich in vorkommenden Fällen hiernach achten und, da es an entfernten Orten die Obsignation nicht selbst vornehmen kann, den sämmtlichen Beamten auf dem Lande die desfalls nöthigen Vollmachten und Instruktionen ertheilen.

Bemerk. Das Hofgericht zu Arnsberg hat unterm 27. ej m. die obigen Bestimmungen den sämmtlichen landesherrlichen Richtern communicirt und dieselben angewiesen, daß sie, beim Absterben einer geistlichen Person in ihren eigenen Amtsbezirken oder auch in jenen der adlichen Gerichte, — worin ihnen concurrente Jurisdiktion provisorisch ertheilt ist, — die Verlassenschaft des Verstorbenen ohne Verzug obsigniren, darüber Bericht erstatten und weitere Verhaltungsbefehle abwarten sollen.

---

67. Arnsberg den 6. Januar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Bei der im Herzogthum Westphalen nunmehr stattgefundenen Constituirung der landesherrlichen Behörden müssen alle Berichte, Anzeigen, Bittschriften ꝛc. an dasjenige Landes-Collegium gerichtet werden, in dessen Geschäftskreis der betreffende Gegenstand, nach Maßgabe des Organisations-Ediktes vom 12. October v. J. (Nr. 60. d. S.) gehört.

---

68. Arnsberg den 9. Januar 1804.

Fürstl. H. D. Hof-Gericht.

Die Entscheidungen derjenigen Rechtssachen der Amtssässigen, welche vorhin in erster Instanz entweder bei dem kölnischen oder werlischen Officialatgericht, oder bei Landdrost und Räthen zu Arnsberg anhängig waren und jetzt in appellatorio verhandelt werden, sollen in zweiter Instanz vom Hofgericht erlassen, und hiervon die weitere Appellation bei dem Ober-Appellations-Gerichte zu Darmstadt eingeführt werden.

---

69. Arnsberg den 10. Januar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die strengere Handhabung der die Hazard-Spiele bei 50 Gldg. Strafe verbietenden Verordnung vom 13. Juni 1768 (Nr. 635 der 1sten Abth. d. S.) wird befohlen.

---

70. Arnsberg den 10. Januar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die bei den kompetenten Gerichtsstellen oder Beamten von vergleideten Juden angebracht werdenden Beschwerden über die ihnen in ihren Gemeinheiten ungebührlich geschehenen Auflagen müssen summarisch untersucht und ohne prozessualische Weitläufigkeiten entschieden werden.

---

71. Darmstadt den 11. Januar 1804.

Fürstl. H. D. geheim. Ministerium.

Bei der in Folge des Reichs-Deputations-Schlusses beschlossenen Vereinigung mit der landesherrlichen Lehen-Kammer der von der Probstei zu Meschede relevirenden Lehen, werden die Besitzer derselben angewiesen, den nunmehrigen Landesherrn und dessen Nachfolger als ihren rechtmäßigen Lehens-Herrn anzuerkennen und, — unter Erlassung der nicht durch Personalveränderungen der Vasallen rechtlich erforderlichen Lehens-Erneuerungen und Prästationen —, aufgefordert, bei Strafe der Felonie, binnen drei Monaten bei der landesherrlichen Regierung eine neue Muthung nachzusuchen, worüber ihnen der Muthschein ohne alle Taxen und Lehngebühren ausgefertigt werden soll.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 11. October ej. a. die Besitzer der früher von westrheinischen Stiftern und Klöstern relevirenden Lehen, aus den vorbemerkten Gründen, unter gleichen Bedingungen und zu demselben Zwecke aufgefordert.

---

72. Arnsberg den 17. Januar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Bei dem Ausbruch einer Vieh-Seuche müssen die Beamten des damit betroffenen Jurisdiktions-Bezirks nicht nur darüber umständlich und unter Bemerkung der etwa dagegen ergriffenen Maßregeln berichten, sondern auch den benachbarten, sowohl einheimischen als fremden Beamten Nachricht davon ertheilen.

---

73. Arnsberg den 24. Januar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Bei Personal-Klagen wider Geistliche wird es denselben, einstweilen und bis auf andere Bestimmung, freigestellt: sich bei dem landesherrlichen Hof-Gericht (als der zum Foro privilegiato der Geistlichen bestimmten Behörde), oder noch zur Zeit bei den bischöflichen Behörden (welche einstweilen ausdrücklich und besonders dazu authorisirt sind) einzulassen. Wegen Ehe-Sachen soll es zufolge des Organisations-Ediktes vom 28. October 1803, Nr. 60 d. S., §. 7., Nr. 5., gehalten werden.

---

74. Arnsberg den 30. Januar 1804.

Fürstl. H. D. Rent-Kammer.

Nach der nunmehr stattgefundenen landesherrlichen General- und Spezial-Vergleidung der im Herzogthum Westphalen recipirten Juden, sollen die in demselben sich aufhaltenden unvergleideten Judenfamilien, einzelnen Juden und überzähligen Judenknechte, zufolge der Juden-Ordnung vom 28. Juni 1700 und der spätern bis zum 26. März 1782 ergangenen Edikte, ferner nicht mehr geduldet, sondern aus dem Lande verwiesen werden.

---

75. Darmstadt den 1. Februar 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Nachdem Wir in Erwägung, daß die seitherigen Einrichtungen in Ansehung der Rekruten-Aushebung zur

Kompletirung Unsers Truppen-Korps, der veränderten Lage und Verfassung Unserer Landgräflichen Lande, nicht mehr entsprechend sind; so haben Wir Uns gnädigst bewogen gefunden, die bisherige Rekrutirungs-Art — wie hiermit geschieht — aufzuheben, dagegen zu verordnen, daß in Ansehung dieses Gegenstandes, in Zukunft nach den hier folgenden Grundsätzen und Vorschriften gehandelt und verfahren werden solle. Es haben sich also alle Unsere Staatsdiener, zu deren Dienst-Inkumbenz es gehört, so wie sämmtliche Unsere Unterthanen, soviel sie es angeht, darnach pflichtschuldigst unterthänigst zu richten, und setzen, ordnen und befehlen Wir demnach Folgendes:

§. 1. Die Rekrutirungs-Kantons werden nach den drei Haupt-Landes-Provinzen, nämlich dem Fürstenthum Starkenburg, dem Oberfürstenthum Hessen und dem Herzogthum Westphalen eingetheilt. Zu dem Kanton Starkenburg sollen alle auf der linken Main-Seite gelegene alte und neue Lande, und die auf der rechten Seite des Mains gelegenen Theile des Ober-Amts Steinheim, sammt den Appertinenzien der ehemaligen Abtei Seligenstadt gehören; zu dem Kanton Hessen alle auf dem rechten Main-Ufer gelegene Lande, ausschließlich der auf der rechten Mainseite gelegenen Theile des Ober-Amts Steinheim und der ehemaligen Abtei Seligenstadt, sodann der Hessischen Aemter Voehl, Biedenkopf und Battenberg; zu dem Kanton Westphalen, das ganze Herzogthum mit gedachten Hessischen Aemtern: Voehl, Biedenkopf und Battenberg.

§. 2. Aus dem Kanton Starkenburg rekrutirt sich die Leib-Brigade und die Reserve-Brigade Starkenburg; aus dem Kanton Hessen die Brigade Landgraf und die Reserve-Brigade Hessen; aus dem Kanton Westphalen, die Brigade Erbprinz und die Reserve-Brigade Westphalen.

§. 3. Aus allen drei Kantons zusammen wird das Regiment Chevaurlegers und das Artillerie-Korps rekrutirt.

§. 4. Die Ergänzung des Land-Dragoner-Korps geschieht durch Freiwillige, nämlich durch einzige Söhne, Söhne eximirter oder nicht obligater Diener und Unterthanen, sodann qualificirter Exkapitulanten, wobei jedoch zur Regel festgesetzt wird, daß von den hierzu sich darbietenden Subjekten die Exkapitulanten des Regiments Chevaurlegers, und von diesen Unteroffiziers vor Gemeinen, den Vorzug haben sollen.

§. 5. Die Kantons-Musterung und Ausnahme soll Anfang jeden Jahres, oder noch früher geschehen, so, daß bis zum 1. März das ganze Geschäft, mit der Oberrevision des Kriegs-Kollegii, beendigt ist.

§. 6. Den Kommandeurs der Linien-Brigaden wird die Haupt-Rekrutirungs-Verwaltung ihres Bezirkes übertragen. Sie führen zu dem Ende die Hauptmusterungs-Liste ihrer Kantons, und besorgen alle auf das Rekrutenwesen sich beziehende Geschäfte, jedoch im Einverständnisse der einschläglichen Amts-Civil-Behörden und unter Ober-Aufsicht des Kriegs-Kollegii.

§. 7. Von ihnen empfangen daher das Regiment Chevaurlegers, das Artillerie-Korps und die Reserve-Brigaden, so wie im Nothfalle auch das Land-Dragoner-Korps, ihre Rekruten-Bedürfnisse. Erstere, das Regiment Chevaurlegers und Artillerie-Korps, jedoch in dem Maße, daß bei den jährlichen Musterungen und Ausnahmen beiden vor allen andern die Wahl und Bezeichnung der Individuen, die ihnen nöthig und wie sie, nach den hier nachfolgenden Bestimmungen, qualificirt sind, zustehen soll.

§. 8. Zum Linien- und Reserve-Dienst sollen keine Purschen unter 17 Jahren und keine über 25 Jahren, keine eheliche einzige Söhne, deren Eltern noch leben, und keine einzig erwachsene Söhne begüterter Eltern, so lange die jüngeren nicht einigermaßen herangewachsen sind, gezogen werden. Ausgenommen hiervon ist, wenn sich Pursche unter oder über dem Alter, einzige und andere nicht obligate Söhne, freiwillig zum Dienste melden, ferner solche, welche wegen Unvermögen bis zu ihrer Ausnahme zu Haus nicht subsistiren können, oder welche sich mit ihren Eltern und Verwandten nicht vertragen, oder welche wegen begangener geringen Vergehungen eine Korrektion verdienen, und von welchen zu befürchten ist, daß sie sich, um der Bestrafung zu entgehen, aus dem Lande entfernen werden.

Für einzige Söhne werden übrigens noch diejenigen einzigen Söhne einer Ehe gehalten, welche Halb-Brüder haben und auf welche ein separates Gut, woran den Halb-Brüdern kein Antheil zusteht, vererbt ist, wie nicht weniger solche elternlose einzige Söhne, welche bereits mit liegenden Gütern beerbt sind, so wie auch endlich ein Sohn, dessen Eltern todt sind, und der durch sein Ge-

werbe seine unerzogenen Geschwister ernähren kann, für einen Familien-Vater geachtet werden soll.

§. 9. Zum Dienste der Linien-Bataillons werden nur Pursche, welche den fünften Zoll erreicht haben; zu den Füselier-Bataillons keine, welche unter vier Zoll groß sind; zu dem Regiment Chevauxlegers keine unter vier und keine über acht Zoll, und zu dem Artillerie-Korps Pursche, welche fünf Zoll und drüber groß sind, mit der ausdrücklichen Bestimmung jedoch, daß nur der dritte Theil des Korps aus Leuten von neun bis zehn Zoll bestehen soll, genommen. Die Pursche von ein bis vier Zoll sind den Reserve-Brigaden zuzutheilen.

§. 10. Was insbesondere die Qualifikation der Rekruten zum Chevauxlegers-Dienste betrifft; so sollen dieselben wohlgebildete, möglichst junge, und an den Umgang mit Pferden gewöhnte Purschen seyn. Jeder derselben soll wenigstens 500 fl. im Vermögen besitzen, und es sollen davon sogleich bei dem Eintritte 150 fl. dergestalt verkautionirt oder verhypothecirt werden, daß, wenn der Pursche allenfalls desertiren, in der Folge sich aber wieder sistiren und darauf zur Infanterie abgegeben werden wird, diese Kaution, außer der verwirkten körperlichen Bestrafung, zu konfisciren und zur Kriegs-Kasse einzuziehen ist. — Zum Dienste des Artillerie-Korps sollen solche Purschen gewählt werden, welche etwas rechnen und schreiben können, und allenfalls ein Handwerk, welches auf diesen Dienst Bezug hat, erlernt haben, die dabei von dauerhaftem und starkem Körperbau sind.

§. 11. Den Linien-Brigaden soll nachgelassen seyn, daß sie bei den jährlichen Musterungen der Reserve-Brigaden diejenigen dabei befindlichen Leute, welche die Qualifikation und das vorgeschriebene Maaß erreicht haben, gegen Ersatz anderer Leute aus den Kantons, an sich zu ziehen. Den solchergestalt ausgezogen werdenden Purschen soll aber ihre Reserve-Dienstzeit, auf die Kapitulation des Linien-Dienstes, in Zurechnung gut gethan werden.

§. 12. Die Kapitulationszeit wird ohne Unterschied des Dienstes auf zehn volle — durch Desertion oder wegen begangener Verbrechen durch Urtheil und Recht nicht unterbrochener — Jahre bestimmt. Desertion verwirkt,

ohne die übrigen gesetzlichen Strafen, ohne weiteres die Zurechnung der bereits gedienten Kapitulations-Jahre.

§. 13. Außer den, in den Händen der Linien-Brigade-Kommandeurs befindlichen, Haupt-Kantons-Muster-Listen führen die Civil-Beamten jedes Kanton-Amtes die Spezial-Muster-Liste ihres Bezirkes. Das Kriegs-Kollegium, dem die Ober-Inspektion und Revision des ganzen Rekrutenwesens zusteht, ohne dessen jedesmalige Genehmigung nichts geschehen darf, führt die General-Muster-Liste aller Kantons. Die Aufnahme, Form und Einrichtung, wie auch die Art und Weise der Fortführung dieser Listen, ist unten in §. 19. vorgeschrieben. In Beziehung auf die Fortführung wird jedoch vorläufig bemerkt, daß sämmtlich gedachte Behörden in ihren Listen alle, im Laufe des Jahrs sich ergebende Ab- und Zugänge gehörig zu wahren haben, dergestalt, daß zu jeder Zeit, besonders aber von den Linien-Brigaden-Kommandeurs zur Revüezeit vollständige Extrakte über den kompletten und effektiven Bestand der vorhandenen Kantonisten Uns vorgelegt werden können.

§. 14. In Ansehung der Verfahrungsart bei den jährlichen Kantons-Musterungen und Rekruten-Aushebungen, wird verordnet:

1. Der Linien-Brigade-Kommandeur hat zu Ende des Jahres von den Kommandeurs des Regiments Chevaurlegers und des Artillerie-Korps, so wie von den Kommandeurs der Reserve-Brigaden, Listen über das für das künftige Jahr ihnen erforderliche Rekruten-Bedürfniß einzuziehen, sofort im Januar jeden Jahres, oder auch noch früher, Täge zu bestimmen, an welchen die Ausnahme in seinem Kanton vorgenommen werden soll.
2. Er ernennt qualificirte Offiziers, welche er, nebst einem Ober-Chirurg, oder im höchsten Nothfall einem Unter-Chirurg, in die einzelnen Kantons-Aemter detachirt, und gibt den einschlägigen Civil-Ober-Beamten davon Nachricht. Diesem Offizier ist ein, im Schreiben wohl erfahrner, Unter-Offizier beizugeben.
3. Es haben alsdann die Beamten dafür zu sorgen, daß sämmtliche Kantonisten vom 17. bis zum 25. Jahre erscheinen, so wie sie selbst, nebst den Marsch-Kommissarien, Amts-Sekretarien und den Orts-Schultheißen, an den zur Musterung bestimmten Ort und zur festgesetzten Zeit eintreffen.

4. Die kommandirten Offiziers haben sofort, nach Anleitung der Kantons-Listen, alle erschienene Leute, unter Beiziehung des Chirurgen, in Rücksicht ihrer Dienstauglichkeit, genau zu mustern, von den Beamten über Vermögens-, häusliche und Familien-Verhältnisse, sorgfältige Erkundigung einzuziehen, und sie sodann nebst den sich allenfalls freiwillig gemeldet habenden Purschen, in ein eigenes, nach dem Formular unter Ziffer I. eingerichtetes, von den Amts-Sekretarien zu führendes, Protokoll, zu verzeichnen. Dieses Protokoll ist am Schlusse, sowohl von den Militair-Kommissarien als auch von den Civil-Beamten, durch ihre Unterschriften zu verificiren.
5. Diejenigen Purschen, welche nach vollbrachter Musterung zum Dienste, es sey nun zum Linien- oder Reserve-Kriegs-Dienste, tauglich und abkömmlich befunden worden sind, sollen sodann mit einem förmlichen Engagier-Paß, nach dem Formular unter Ziffer II., versehen werden.
6. Derjenige Theil der Kantonisten, welcher, wegen befundener absoluten Untauglichkeit, nicht qualificirt erachtet worden, ist ohne Weiteres sogleich zu entlassen, und kommt nicht weiter zur Konscription. Das Musterungs-Protokoll muß aber darüber specielle, deutliche und bestimmte, von allen Zweideutigkeiten entfernte Zeugnisse des Chirurgen, dessen Verantwortlichkeit dieser Gegenstand allein obliegt, und dessen hierunter begangen werdende geflissentliche Fehler und Attestationen, mit Kassation, Zeugnisse aus Nachlässigkeit und Ungeschicklichkeit aber, mit andern empfindlichen Strafen geahndet werden sollen, enthalten.
7. Pursche, welche wegen der, von den Beamten, unter ihrer alleinigen Responsabilität, attestirten Nichtabkömmlichkeit von Haus, jetzt noch nicht, wohl auch in der Folge nicht genommen werden können, sind zwar gleichfalls zu entlassen: sie sollen aber nichts desto weniger bei der nächsten Musterung, und so lange, bis sie das 25ste Jahr zurückgelegt haben, und nicht allenfalls inzwischen dispensirt worden sind, wieder vorgeführt, und nach den vorliegenden Umständen, über sie verfügt werden.
8. Was diejenigen Purschen betrifft, welche wegen ermangelndem Maße, noch zur Zeit zum Dienste unter das Gewehr nicht genommen werden können; so sollen die-

selben, insofern sie alle übrige, zum Kriegsdienste erforderliche Eigenschaften, insbesondere Kenntniß des Umgangs mit dem Fuhrwesen haben, zum Militair-Knechts-Dienste bestimmt, und als solche engagirt werden. Und wenn gleich in Friedenszeiten ihr Dienst selten, oder gar nicht gebraucht wird; so soll doch vom Tage des Engagements an, ihre Kapitulation zu laufen anfangen. Es werden ihnen, nach der Revision des Kriegs-Collegii, von den Brigade-Kommandeurs Engagier-Päße und Kapitulations-Scheine, nach dem Formular unter Ziffer III, ertheilt werden. Sie müssen bei den jährlichen Kantons-Musterungen, immer mit erscheinen, um beurtheilen zu können, in wie ferne sie inzwischen zum wirklichen Kriegsdienste qualificirt worden sind, oder nicht. Sie sind inzwischen, in Rücksicht ihrer staatsbürgerlichen Verhältnisse, Rechte, Befugnisse und Verbindlichkeiten, als Militair-Personen zu behandeln, und stehen unter der Jurisdiktion der Brigade-Gerichte, insoferne nicht ein oder der andere, bestimmt dem Regimente Chevaurlegers oder Artillerie-Corps, zugetheilt wird.

9. Diejenigen Purschen, welche entweder wegen Krankheit, welche vom Ortsvorstand bescheinigt werden muß, oder aus Ungehorsam, oder wegen legitimirter Abwesenheit von Haus, bei der Musterung nicht erschienen sind, müssen besonders konsignirt, und sollen, in dem Stand-Quartier des Brigade-Kommandeurs, nachgemustert werden. Es haben in dieser Beziehung die Beamten dafür zu haften, daß Erstere und Letztere, nach ihrer Genesung oder Rückkehr ins Amt, sogleich sistirt, die Ungehorsamen aber, auf ihre Kosten, arretirt und eingeliefert werden: und wenn selbige nichts im Vermögen haben; so sind die Kosten aus den Cent-Kassen zu bezahlen. Ist der Ungehorsam beharrlich, und können dergleichen Purschen zwischen zweien Rekrutirungs-Perioden nicht aufgegriffen werden; so ist davon dem Kriegs-Kollegio die Meldung zu machen, damit deren Vermögen mit Arrest belegt, und nach Verlauf des höchsten Konscriptions-Alters von 25 Jahren, konfiscirt und eingezogen werden kann. Es versteht sich dabei von selbst, daß solche ungehorsame Purschen, wenn sie vor Ablauf ihres 25ten Jahres, es seie nun freiwillig oder durch Einlieferung, zur Kantons-Brigade kommen, ohne Rücksicht auf ihre Tauglichkeit oder Un-

tauglichkeit, ihre Entbehrlichkeit oder Nichtentbehrlichkeit, ihre Annahme oder Nichtannahme zum Dienste, die militairische Strafe der einfachen Desertion verwirkt haben.

10. Wenn die Musterung im ganzen Kanton vollzogen ist; so sollen sämmtliche, zum wirklichen Kriegs-Dienste bestimmte Bursche, auf einen Tag eingezogen, und den Kommandeurs des Regiments Chevaurlegers und des Artillerie-Korps, eintretenden Falls auch dem des Land-Dragoner-Korps, oder denjenigen Offiziers, welche dieselbe dazu bevollmächtigt haben, vorgestellt, und zugleich denselben die Musterungs-Protokolle vorgelegt werden, damit sie im Stande sind, ihr Kompletirungs-Bedürfniß, nach den, unterm §. 10 ertheilten Qualifikations-Vorschriften, daraus auszuwählen. Diesem vorgängig müssen sofort

11. Die Linien-Brigade-Kommandeurs, Duplikate sämmtlicher Musterungs-Protokolle, mit Angabe des Rekruten-Erfordernisses sowohl für die Linien- und Reserve-Brigaden, als auch des, von den Kommandeurs ihnen bekannt gemacht wordenen Bedarfs des Regiments Chevaurlegers, und des Artillerie-Korps für das laufende Jahr, und der Bemerkung, welche Bursche Letztere zu Rekruten gewählt haben, an das Kriegs-Kollegium zur Revision einschicken, und es ist vor dessen specieller Genehmigung, keiner der konsignirten Kantonisten, als Rekrute in Zugang zu bringen und einzuziehen.

12. Ist die Kriegs-Kollegialische Konfirmation erfolgt; so erhalten das Regiment Chevaurlegers und das Artillerie-Korps, durch die Linien-Brigaden-Kommandeurs, die Listen der ihnen zugetheilten Mannschaft zur Disposition, Zuführung und Einrangirung, und gleichergestalt sind den Kommandeurs der Reserve-Brigaden die Liste der dazu bestimmten Leute, zuzustellen.

13. Den Brigade-Kommandeurs bleibt alsdann die Eintheilung der Rekruten in die Bataillons, jedoch unter Beobachtung der Vorschrift unter dem §. 9, den Regiments-Bataillons- und Korps-Kommandeurs aber, die Eintheilung derselben in die Eskadrons und Kompagnien, lediglich überlassen. Es ist jedoch Rücksicht darauf zu nehmen, daß, soviel möglich, Brüder und Verwandte, zu einer und derselben Eskadron oder Kompagnie genommen werden. Die Reserve-Brigade-Kommandeurs haben übrigens, soviel Starkenburg und

Hessen betrifft, sich bei der Rekruten-Austheilung nach der Vorschrift vom 21. Juni vorigen Jahrs, wornach die Bezirke der Bataillons- und Kompagnie-Kantons bereits bestimmt sind, Westphalen aber, nach der ihm noch besonders bekannt gemacht werdenden Abtheilung, genau zu achten.

14. Sollte die vorhandene Rekrutenzahl, das augenblickliche Kompletirungs-Bedürfniß übersteigen; so haben die Brigade- Regiments- und Korps-Kommandeurs zu beobachten, daß bei der ersten Einziehung, die Aeltesten zuerst genommen, die Jüngeren aber für die folgenden Jahre zurückbehalten werden.

15. In Ansehung der, zu den jährlichen Lokal-Musterungen, in die einzelnen Kantons-Bezirke, zu detachirenden Offiziers und Chirurgen, soll genau darauf gesehen werden, daß die Brigade-Kommandeurs einen und denselben Offizier und Chirurgus, nicht zwei Jahre hintereinander in ein und dasselbe Amt oder Bezirk schikken. Es ist damit dergestalt abzuwechseln, daß längstens im dritten Jahre, die Kommissarien des ersten Jahres wieder dahin kommen.

16. Was die Diäten und Transportkosten der Rekrutirungs-Kommissarien betrifft; so werden solche den Militair-Kommissarien, nach dem Reglement, aus den Brigade-Kassen, die der Civil-Kommissarien aber, aus den Amts- oder Cent-Kassen bezahlt.

§. 15. Der Ersatz der, im Laufe eines Jahres abgehenden Mannschaft, soll zwar, nach dem Oekonomie-Reglement, Tit. II. Nr. 12, eher nicht, als den 1. März des folgenden Jahres geschehen: indessen wird hiermit nachgelassen, daß wenn sich zwischen den Rekrutirungs-Perioden, solche freiwillige Bursche, wie unter dem §. 8 bemerkt sind, zum Dienste anmelden, dieselben an manquirende Stellen einrangirt werden können. Es soll jedoch darüber jedesmahls zuvor die specielle Genehmigung des Kriegs-Kollegii, eingeholt werden.

§. 16. Die seither üblich gewesene Einstellung eines eximirten, oder nicht obligaten, oder exkapitulantischen Burschen für einen, im Dienste stehenden Mann, bleibt nach der, unterm 6ten April 1802 erlassenen Verordnung, bis auf weitere Verfügung zwar bestehen: es soll dieselbe aber auf den Reserve-Brigade-Dienst, nicht ausgedehnt,

und genau darauf gesehen werden, daß hierunter der Kompletirung des Land-Dragoner-Korps kein Abbruch geschehe.

§. 17. In Ansehung der Rekrutirung der Tambours, Pfeifers und Halbmondbläsers, wird um deßwillen nichts besonders verordnet, sondern dieselbe den Kommandeurs ohne Weiters überlassen, weil sich zu diesem Dienste häufig genug Soldaten und andere, nicht obligate Bursche anbieten. Im Falle des Mangels daran, sind aber die nöthigen Subjekte aus den Kantons, von solchen entbehrlichen Subjekten, und zwar unter 17 Jahren, zu nehmen, welche das, zum Soldaten-Dienste erforderliche Maaß noch nicht haben, und sich zu diesen Diensten schicken.

§. 18. Damit das Militair-Musik-Depot, zur Nachzucht, tüchtige Subjekte erhalte; so soll bei den jährlichen Musterungen auf solche Bursche, welche Fähigkeiten zeigen, und bereits einige Fortschritte in der Musik gemacht haben, welches auf dem Lande meistens der Fall bei Schullehrers- und Thurmleute-Söhnen ist, Rücksicht genommen werden, und sollen dieselben, ohne Ansehen des Maaßes, als solche in den Musterungs-Protokollen angemerkt, und sofort davon der Musik-Direktion Nachricht gegeben werden.

Was hiernächst

§. 19. Die Aufnahme, Einrichtung und Fortführung der Kantons-Muster-Listen (siehe §. 13) betrifft, so wird festgesetzt und bestimmt:

1. daß sogleich durch das ganze Land, nach den verschiedenen Kantons-Provinzen, Aemtern, Gerichten, Städten, Flecken und Dorfschaften, mit ihren Dependenzen von Höfen, Mühlen und einzelnen Häusern, durch die Beamten und Ortsvorstände vollständige Listen von allen eingesessenen, zum Kriegsdienste pflichtigen Diener, Bürger, Gemeindsleuten- und Beisaßen-Familien und einzelnen Purschen, mit der größten Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Pflichtmäßigkeit, Ort für Ort, nach dem ihnen von dem Kriegs-Kollegio mitgetheilt werdenden Formular, aufgestellt, und mit einem alphabetischen Tauf- und Zunamen-Register versehen werden sollen. Die Beamten und Ortsvorstände, durch deren Unterschriften die Listen verificirt seyn müssen, bleiben für die Richtigkeit dieser Aufnahmen dergestalt tenent

und responsabel, daß jede erscheinende geflissentliche Weglassung oder Verstellung, oder ein sonstiger Fehler oder Mangel von Erheblichkeit, nach Befinden mit Kassation oder namhafter Geld- oder Leibes-Strafe geahndet werden wird.

2. Es sollen diese Listen in dreifachen Exemplarien sauber und dabei geräumig geschrieben, damit die Ab- und Zugänge gehörig gewahrt und nachgetragen werden können, und damit sie einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren durch brauchbar bleiben, verfertigt werden. Das eine Exemplar behält der Civil-Ober-Beamte des Amtes oder Gerichts, das andere empfängt der Linien-Brigade-Kommandeur der Kantons-Provinz, das dritte wird dem Kriegs-Kollegio übergeben.

3. Bei der Aufnahme sind außer den, im Formular vorgeschriebenen übrigen Signifikationen, unter den geeigneten Rubriken, insbesondere alle diejenigen Purschen, welche bereits im Kriegs-Dienste, und wo? stehen, welche dispensirt und dimittirt, welche desertirt und ausgetreten sind, und welcher Vermögen bereits confiscirt, oder nur mit Arrest belegt ist, zu bemerken.

4. Die Fortführung dieser Listen muß dergestalt geschehen, daß die Beamten in ihren Exemplarien alle vorfallende Ab- und Zugänge in den Familien, es seie durch Sterbfälle, Abzug ganzer oder einzelner Familien-Glieder ꝛc., oder durch erhaltene Befreiung vom Kriegs-Dienste, oder durch neue Etablissements, Geburten u. s. w. von Jahr zu Jahr nachtragen; daß die Brigade-Kommandeurs die Dimissions- Desertions- und Sterbfälle, sodann die Rekruten und Desertionsrevertenten-Zugänge, Heiraths- und Etablissementsfälle, die Fälle der Transferirung ꝛc. — zu welchem Ende das Regiment Chevaurlegers, das Artillerie- und Land-Dragoner-Korps, so wie die Reserve-Brigaden, in beständiger Relation mit ihnen seyn müssen — in ihren Exemplarien bemerken; und daß das Kriegs-Kollegium, außer der Kontrolle des Ganzen, welches durch die monatliche Standes-Tabellen und die eingehenden Militair- und Amts-Berichte geschieht, insbesondere die vorkommenden Dispensations-Fälle, notirt.

5. Es sollen die Beamten ihre bemerkten jährlichen Ab- und Zugänge den Brigade-Kommandeurs, und diese die ihrigen den Beamten, zur wechselseitigen Berichtigung und Kontrollirung ihrer Listen, und zwar wenig-

stens vier Wochen vor dem Rekruten-Musterungs-Termin, mittheilen, beide Behörden solche sofort, zu derselben Zeit, dem Kriegs-Kollegium, zur Vergleichung und Prüfung und allenfallsigen Kompletirung der General-Kantons-Liste, einreichen.

6. Zur Kantonisten-Musterungs-Zeit müssen insbesondere die Zugänge im Maße derjenigen Kantonisten, die nicht ausgenommen worden sind, und der Knechte in sämmtlichen Listen gehörigen Orts nachgetragen werden.

§. 20. Da durch die seither bestandene Rekrutirungs-Art durch das Depot-Kommando, in Ansehung der Kantons-Provinzen Starkenburg und Hessen, so viele Rekruten im Vorrath sind und aufgebracht werden können, als zur diesjährigen Kompletirung der darauf angewiesenen Truppen, erforderlich seyn werden; so soll die hier verordnete Rekrutirungsweise, erst mit dem Jahre 1805 ihren Anfang nehmen. Im Laufe dieses Jahres sind sodann füglich die, darauf sich beziehenden Präparativ-Verfügungen, insbesondere die der Muster-Listen-Aufnahme, zu veranlassen und zu bewerkstelligen. Was aber die diesjährige Rekrutirung der Truppen im Kanton Westphalen betrifft; so wird der Kommandeur der Brigade Erbprinz solche, nach der Lage der Umstände, jedoch so viel thunlich, mit Beobachtung der hier festgesetzten Grundsätze und Vorschriften, unter Assistenz der Landes-Civil-Behörden, besorgen.

§. 21. Zur Dispensation von der schuldigen Kriegs-Dienst-Leistung sind eigentlich keine Purschen, als nur einzige Söhne lebender Eltern; elternlose, mit liegenden Gütern aber beerbte einzige Söhne; einzige Söhne einer Ehe, auf die ein separates Gut, ohne Theilnehmung ihrer Halb-Brüder vererbt ist; einzig erwachsene Söhne stark begüterter Eltern, sodann diejenigen, welche wegen Gebrechen, Schwächlichkeit und kleinem Maße, zu keiner Art von Dienst tauglich erkannt worden sind, und endlich diejenigen, welche das Conscriptions-Alter von 25 Jahren überschritten haben, qualificirt.

§. 22. Uebrigens wird in Ansehung der älteren Verordnungen, wornach kein junger Pursche, er sey über oder unter dem Conscriptions-Alter, ohne spezielle Kriegs-Kollegialische Erlaubniß, bei Vermögens-Konfiskations-Strafe, das Land verlassen darf, es lediglich hiebei belassen, jedoch noch hinzugefügt, daß Purschen unter 25

Jahren, denen eine solche Erlaubniß ertheilt werden wird, welches insbesondere bei der Verwanderung erlernter Handwerker der Fall ist, sich zuvor mit dem erhaltenen Erlaubnißscheine bei dem einschlägigen Brigade-Kommandeur und Amte melden, und von denselben diese Scheine vidiren lassen sollen, und daß eine solche Erlaubniß nur auf eine bestimmte, bei Verwirkung des Vermögens genau einzuhaltende Zeit zu ertheilen, auch dieses jedesmal in allen Listen zu bemerken ist.

§. 23. Schließlich erinnern Wir, daß Wir von allen Unsern Militair- und Civil-Dienern, welche ihr Dienst und Amt zur Behandlung und Ausführung dieser Einrichtung, wovon ein großer Theil der Staats- und Unterthanen-Wohlfahrt abhängt, verbindet, die strengste Unpartheilichkeit, Gewissenhaftigkeit und Akuratesse erwarten; daß Wir jede Verfälschung und Bedrückung, die wider besseres Wissen und Gewissen, entweder selbst begangen, oder wissentlich Andern zugelassen und nachgesehen wird, jede Art von Bestechung, so wie überhaupt jeden vorsätzlichen Fehler, grobe Nachlässigkeit, Versehen und Ungeschicklichkeit, mit Kassation und andern empfindlichen Strafen unnachsichtlich ahnden werden; und daß endlich alle und jede Unserer Staats-Diener und Behörden, zu deren Wissenschaft Unordnungen, Fehler und Vergehungen gegen diese Unsere Verordnung kommen werden, verpflichtet seyn sollen, davon sogleich die Anzeige zu thun.

§. 24. Endlich soll gegenwärtiges Reglement, damit sein Inhalt Jedermann hinlänglich bekannt wird, durch den Druck publizirt werden. Auch verordnen Wir, daß ein Auszug daraus, soviel in Beziehung hierauf die Pflichten der Unterthanen und unteren Staats-Behörden betrifft, jetzt gleich, sofort alljährlich wenigstens einmal, von den Kanzeln verlesen und erklärt werden soll.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Landgräflichen Geheimen Siegels.

Formular Nr. 1.

Musterungs-Protokoll
der Stadt N. N., Amts N. N., mit deren Dependenz, vom Jahre 180—.

Nr. der Musterungs-Liste.	Namen der Eltern.	Namen der Purschen.	Alter	Maas			Vermögen	Bemerkungen.
			Jahr	Fuß	Zoll	Strich	fl.	
5	Johann Wilhelm Dópp.	Johann Kraft.	22	5	5	1	600	Hat einen dispensirten Bruder, ist tauglich und entbehrlich. Engagirt.
17	Georg Konrad Kilian.	1. Alexander.	23	4	—	2	300	Wegen Mangel an Gehör untauglich. vide Attestat Nr. 1.
		2. David.	19	5	3	1	300	Tauglich und entbehrlich. Engagirt.
		3. Albert.	18	5	—	1	300	Noch zur Zeit dem Vater unentbehrlich.
26	Johann Jakob Lembach.	1. Kaspar.	20	5	1	—	150	Beide tauglich, ersterer aber dem Vater unentbehrlich. Letzterer engagirt.
		2. Georg.	18	5	3	2	150	
ꝛc.	ꝛc.	ꝛc.	ꝛc.	ꝛc.	ꝛc.	ꝛc.	ꝛc.	

Geschehen zu N. N., den ten 180

Unterschrift des Musterungs-Offiziers.

Unterschrift der Civil-Beamten und Kommissarien.

Formular Nr. 2.

Engagier-Paß.

Nachdem Vorzeiger dieſes, Namens N. N., Sohn von N. N., gebürtig von N., Amts N., alt — Jahre; groß — Fuß — Zoll — Strich, zum Landgräflich-Heſſiſchen Kriegs-Dienſte enrollirt worden iſt; ſo wird demſelben gegenwärtiger Engagier-Paß ertheilt, und er bedeutet, daß er ſich, ohne erhaltende Erlaubniß, von Haus nicht entfernen, und ſtets bereit ſeyn ſolle, auf die ihm zugehende Ordre, bei dem Regimente, Bataillon oder Korps, dem er zugetheilt werden wird, zu ſiſtiren.

Gegeben zu N. den — ten N. 180

Unterſchrift des zur Muſterung kommandirten Offiziers.

Formular Nr. 3.

Engagier-Paß.

Nachdem der Sohn des N. N., von N., Amts N., Namens N. N., alt — Jahre; groß — Fuß — Zoll — Strich, zum Militair-Knechte im Landgräflich-Heſſiſchen Dienſte, auf zehnjährige Kapitulation, unterm — ten N. 180 — enrollirt worden iſt; ſo wird demſelben gegenwärtiger Engagier-Paß und Kapitulationsſchein ertheilt, und er bedeutet, daß er ſich ohne erhaltende Erlaubniß, aus ſeiner Heimath nicht entfernen, ſondern ſtets bereit ſeyn ſolle, ſich auf die ihm zugehende Ordre zu ſiſtiren.

Gegeben Darmſtadt / Gießen / Arnsberg } den — ten N. 180—

(L. S.) Unterſchrift des Linien-Brigade-Kommandeurs.

---

76. Darmstadt den 1. Februar 1804.

Fürstl. H. D. Ober-Post-Direction.

Bekanntmachung wegen des neu eingerichteten am 14. d. M. beginnenden, zweimal wöchentlichen Landes-Briefpost-Courses zwischen Darmstadt und Arnsberg.

Bemerk. Durch eine zu Darmstadt am 28. April 1804, zwischen fürstlich hessischen und Thurn- und Taxis'schen Commissarien geschlossenen Convention, über das an den Reichs-Erb-General-Obrist-Postmeister, zufolge des Reichs-Deputations-Recesses, übertragene Postwesen in den gesammten landgräflich-hessischen Landen, ist u. A. auch wegen des oben bezeichneten Landes-Briefpost-Courses versorglich bestimmt worden.

---

77. Arnsberg den 21. Februar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Alle auf Militair-Sachen und ins Besondre auf das Rekrutirungs-Wesen sich beziehende Gesuche ꝛc. müssen an das landesherrliche Kriegs-Kolleg zu Darmstadt, wohin sie gehören, und nicht an die oben bezeichnete Behörde gerichtet werden.

---

78. Arnsberg den 25. Februar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Bei der durch bewaffnete Räuberbanden im Herzogth. Westphalen gestörten öffentlichen Sicherheit, werden die in den ältern churfürstlichen Edikten (conf. Nr. 643 und ad Nr. 948 u. 1048 der 1sten Abth. d. S.) bereits enthaltenen Vorschriften gegen Pack- und Bettel-Juden, Diebesgesindel, Vagabunden und Bettler, so wie wegen Errichtung von Tages- und Nachtwachen und öfterer Visitation der Schenken, Wirthshäuser und einzeln gelegenen Höfe, Mühlen und Häuser erneuert, ferner die strenge Handhabung der Paß-Polizei nach Maßgabe der am 3. Mai 1803 (Nr. 41. d. S.) darüber erlassenen Bestimmungen befohlen, und außerdem den sämmtlichen Be-

zirks- und Lokal-Beamten, die ihnen, auch von Amtswegen, obliegenden Einschreitungen und Verfügungen bei eintretenden Beraubungen und Diebstählen, oder bei Verhaftungen von Dieben und Vagabunden überhaupt, oder bei Aufgreifungen derselben gelegentlich der, mittelst Aufbietung der Unterthanen, zu veranstaltenden Landes-Visitationen ausführlich bezeichnet. Für die strenge Ausführung dieser Maßregeln sind die Behörden persönlich verhaftet und sollen auch, nach der ausdrücklichen Bestimmung des churfürstl. Ediktes vom 12. Mai 1792, (ad Nr. 948 d. 1sten Abth. d. S.) zu dem Ersatz des durch ihre Nachlässigkeit entstandenen Schadens ohne alle Nachsicht angehalten werden.

Bemerk. Die vorbezeichnete Landesbehörde hat am obigen Tage auch eine, mit den ausländischen angrenzenden Regierungen concertirte, allgemeine Landes-Visitation angeordnet und den Bezirks- und Lokal-Behörden die pünktliche Anwendung der vorbemerkten Vorschriften befohlen; sodann auch unterm 10. April und 23. October 1804 Letztere für die Ausführung der vorgeschriebenen, zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit nöthigen Vorkehrungen, — namentlich für Anordnung mehrerer besonderen Aufseher bei Tage, nach Verhältniß der Größe der Gemeinde und des Distriktes —, persönlich verantwortlich gemacht. An die genaue Erfüllung der obigen Vorschriften sind die Behörden, mit besondrer Einschärfung ihrer Verantwortlichkeit bei stattfindender Nachlässigkeit, von Zeit zu Zeit erinnert worden.

---

79. Arnsberg den 25. Februar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die Lokalbehörden sollen den ohne Regierungs-Erlaubniß betroffen werdenden fremden Colporteurs, welche Kochrezepte, Arznei- u. a. dergleichen Bücher, so wie auch Liedersammlungen feil bieten und verkaufen, das Hausiren nicht gestatten, und müssen sie dergleichen bei ihnen gefundene Druck-Schriften, — welche einen höchst-nachtheiligen Einfluß nicht nur auf Volksbildung und Moralität, sondern auch auf Gesundheit und Wohlstand der

Einwohner haben können —, confisciren und darüber an die ꝛc. Regierung berichten.

Bemerk. Die Großherzogl. Regierung zu Arnsberg hat am 29. Mai 1810 mittelst eines General-Rescriptes an sämmtliche Beamten, und unter Bezugnahme auf die westphälische Polizei-Ordnung de 1723 Tit. 10, auf die obige Verordnung und auf das Gewerbesteuer-Edikt vom 24. Juni 1808, das Feilbieten von Büchern und Liedern auf Jahrmärkten, an Prozessions-Tagen und bei andern Gelegenheiten, nur den im Herzogth. Westphalen ansässigen und Gewerbesteuer entrichtenden Buchbindern gestattet, den desfallsigen Hausirhandel wiederholt, und auch den Buchbindern den Verkauf von Druckschriften bei Confiskationsstrafe verboten, welche auf Volksbildung, Moralität, Gesundheit, Wohlstand und Sicherheit der Bürger einen nachtheiligen Einfluß haben. — Außerdem hat dieselbe Behörde gleichzeitig eine Anzahl nützlicher, Erbauung und Volksbelehrung befördernde, Druckschriften bezeichnet und den Buchbindern zur Anschaffung empfohlen, dagegen aber auch mehrere Bücher, Lieder und Schriften angezeigt, welche von Letztern ferner nicht mehr angeschafft, verkauft oder verliehen werden dürfen.

---

80. Arnsberg den 25. Februar. 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die landesherrlichen und unterherrlichen Bezirks- u. Lokal-Beamten müssen jedesmal, so oft ein frischer Schnee fällt, und spätestens des andern Morgens, durch Bahnschlitten oder Ausschaufeln, die Landstraßen offen halten lassen, und hierzu die pflichtigen Unterthanen nachdrücklich anhalten.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 13. Dezember 1804 und 29. Januar 1814 die pünktlichere Erfüllung der obigen Vorschrift befohlen.

---

81. Arnsberg den 28. Februar 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zur Verhütung von Verwechselungen der zum innerlichen und äußerlichen Gebrauche, oft zugleich verordnet werdenden Arzneien, werden die Apotheker verpflichtet, die Ersteren mit weißem, die Letztern mit blauem Papiere zu signiren und bei heroischen Arzneimitteln, als: Opium Sublimat u. dergl., die Signatur mit einem willkührlichen Zeichen zu versehen.

Die Aerzte werden erinnert, ihre Patienten und die Krankenwärter auf diese Verschiedenheit der Signatur aufmerksam zu machen, die Gabe von starkwirkenden Arzneien auf den Recepten mit Buchstaben und einem warnenden Zusatze, z. B.: „alle Stunden achtzig Tropfen und nicht mehr" — auszudrücken, auch sich die Löffel u. Schaalen, woraus die Arznei genommen werden soll, zur möglichst genauen Bestimmung der Gabe, in der Krankenstube vorzeigen zu lassen.

---

82. Arnsberg den 5. März 1804.

Fürstl. H. D. Rent-Kammer.

Behufs des Fortganges der bei den landesherrlichen Gerichten befangenen Kameral-Streitigkeiten, müssen die daselbst von dem Kammer-Advokaten in Betrieb gesetzten Sachen, auf dessen Verlangen, von den Beamten von Amtswegen, ohne Bestellung eines besondern Mandatars, besorgt, und die erforderlichen Communikationen an den Kammer-Advokaten mittelst verschlossener Schreiben bewirkt werden.

---

83. Arnsberg den 6. März 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Ueber alle, in den landesherrlichen und unterherrlichen Jurisdiktions-Bezirken vorhandene, von Ortschaften und Höfen abgesondert gelegene, einzelne Wohnungen oder Hütten sollen die Beamten ein genaues Verzeichniß, — mit Angabe der Entfernung von den nächsten Ortschaften und der Eigenthümer, sodann unter Anzeigung des die

Wohnungen umſchließenden Bezirks und des Zweckes, wozu und ſeit wann ſie erbaut ſind, ferner ob dies mit landesherrlicher Bewilligung geſchehen ſei, welche Bewohner ſie haben und wie dieſe ſich ernähren und aufführen —, einſenden; und zugleich gutachtlich berichten: ob dieſe Wohnungen ferner zu dulden ſeien oder nicht, auch in letzterm Falle vorſchlagen, in welche Orte die zu renovirenden Wohnungen am ſchicklichſten, nach den Lokalverhältniſſen und den Umſtänden der Bewohner, zu transferiren ſeien.

---

84. Arnsberg den 9. März 1804.

Fürſtl. H. D. Forſt-Kolleg.

In den landesherrlichen Jagd-Diſtrikten in dem Oberforſtbezirk des Herzogthums Weſtphalen darf Niemand, wer es auch ſey, ohne beſondere Berechtigung, die Schnepfen-Jagd ausüben; die Contravenienten ſollen mit dem Verluſt des Gewehrs und 10 Gldg. Strafe belegt werden.

---

85. Arnsberg den 10. März 1804.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Die ſämmtlichen Polizei-Behörden werden angewieſen, in ihren Diſtrikten die Wege nach den Vorſchriften des churfürſtlichen Ediktes vom 14. Jan. 1769 (conf. Nr. 642 d. 1. Abth. d. S.) mit dem Beginn des Frühjahres ausbeſſern und künftig in ordnungsmäßigem Stande erhalten zu laſſen; wobei ſie, für den Fall einer unerwarteten Widerſetzlichkeit von Seiten ihrer Untergebenen, mit allem Nachdruck unterſtützt, dagegen aber auch künftig die nicht ordnungsmäßig unterhaltenen Wege auf eigene Koſten der betreffenden Polizei-Behörden in gehörigen Stand geſetzt werden ſollen.

---

86. Arnsberg den 20. März 1804.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Nachträglich zur Verordnung vom 1. Auguſt 1803 (Nr. 53 d. S.) wird näher beſtimmt, daß künftig denje-

nigen Wundärzten, welche ſich nicht über den ganzen weſentlichen Inhalt der Chirurgie, ſondern nur in einigen Theilen derſelben, oder über die geringern chirurgiſchen Verrichtungen haben prüfen laſſen, die Erlaubniß zur Ausübung der Chirurgie, unter irgend einer Diſtinktion, nicht mehr geſtattet werden ſoll.

---

87. Arnsberg den 21. März 1804.

Fürſtl. H. D. Hofgericht.

Alle von den Beamten und Magiſtraten künftig erſtattet werdende Berichte müſſen von den berichtenden Beamten und resp. von dem erſten Bürgermeiſter nebſt dem Sekretair eigenhändig unterzeichnet werden, und ſoll jede fernere Unterlaſſung dieſer Vorſchrift mit 1 Rthlr. Strafe belegt werden.

---

88. Arnsberg den 22. März 1804.

Fürſtl. H. D. Forſt-Kolleg.

Die beſtehenden landesherrlichen Verordnungen:

1. Wegen Hegung der Auerhanen vom 17. Jan. 1755 (Nr. 544 d. 1. Abth. d. S.)
2. Wegen der Jagdzeit vom 3. Juli 1765 u. 18. Jan. 1792 (Nr. 607 u. 944 ibid.)
3. Wegen der Ziegenhude in Waldungen vom 23. Dezbr. 1766 (Nr. 620 ibid.)
4. Wegen Knüppelung der Hunde vom 23. Septbr. 1738. (ad Nr. 226 ibid.)
5. Wegen der Waldbrände vom 28. Juni 1803 (Nr. 48 d. S.) und
6. wegen der Viehhude in Waldungen vom 4. April 1803 (Nr. 31 d. S.),

werden erneuert und deren ſtrenge Handhabung den Forſt-Beamten zur Pflicht gemacht.

---

89. Arnsberg den 23. März 1804.

Fürstl. H. D. Rent-Kammer.

Zur Beseitigung der von der vergleiteten Judenschaft im Herzogthum Westphalen (auf ihrem jüngst zu Brilon gehaltenen Landtage) erhobenen Beschwerde: daß sie von den Gemeinden, worin sie vergleitet sind, mit allerhand Lasten und Abgaben gedrückt würden, wird es allen Magistraten und Ortsvorstehern bei scharfer Strafe verboten, die mit landesherrlichem Geleit versehenen Juden, gegen Inhalt des Ediktes vom 26. Aug. 1747 (Nr. 505 d. 1. Abth. d. S.) mit Eingangs- oder Receptions-Geld-Erlegung, oder mit Erhöhung der von Alters her bestandenen, und durch gültige Verträge einmal festgesetzten Abgaben und Lasten zu beschweren. Die landesherrlichen Beamten werden angewiesen, auf die Erfüllung der obigen Vorschrift zu wachen und Contraventionen der Gemeinden unverzüglich anzuzeigen.

---

90. Arnsberg den 31. März 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die in der churfürstlichen Medizinal-Ordnung vom 2. März 1779 (Nr. 724 der 1. Abth. d. S.) enthaltene Bestimmung, daß die in der Heilkunst nicht landesherrlich geprüften, approbirten und verpflichteten Personen, unter Strafe von 30 Rthlr. und, nach bewandten Umständen, bei Leibes- und Zuchthaus-Strafe, sich alles Kurirens enthalten sollen, muß von den Beamten in jedem Contraventionsfalle, unter Beachtung der gehörigen rechtlichen Formen zur Anwendung gebracht — und jede derartige medizinische Pfuscherei bei der Regierung angezeigt werden. Die vorbemerkte Strafe soll gegen alle Quacksalber, Medikamenten-Händler, nicht approbirte Operateurs, Bruchschneider, Kammerjäger, Okulisten und Zahnärzte — nebst eventueller Confiskation der von denselben feilgebotenen Medikamente und Gifte gegen schädliche Thiere —, verhängt werden. Den legalisirten Aerzten, Wundärzten und Apothekern wird der am 14. Jan. 1787 an sie ergangene Befehl: diejenigen Personen, welche sich einer unerlaubten medizinischen Praxis unterziehen, den Beamten, oder der Landesregierung unmittelbar, zu denunciiren, wiederholt bekannt gemacht.

Bemerk. Die großherzogl. Regierung zu Arnsberg hat unterm 22. Novbr. 1806 die stattgefundene Conceſſionirung zweier bezeichneten Kammerjäger mit der Weiſung bekannt gemacht, gegen andere, mit dem Gewerbe der Giftlegung zur Vertilgung ſchädlicher Thiere ſich befaſſende, Perſonen die obigen Strafbeſtimmungen zur ſtrengſten Anwendung zu bringen.

---

91. Darmſtadt den 1. April 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Der auf den Antrag der Landſtände des Herzogthums Weſtphalen bis zum Erſcheinen einer allgemeinen Prozeß-Ordnung beibehaltene, daſelbſt herkömmliche Prozeß-Gang ſoll, jedoch nur unter mehreren, näher feſtgeſetzten, die Beſchleunigung und Verbeſſerung der Juſtiz-Pflege bezweckenden Einſchränkungen und Vorſchriften ferner ſtattfinden, welche Letztere in 64 §§. publizirt werden.

Dieſe Beſtimmungen verordnen u. A., daß in allen 60 fl. Frankfurter Währung Kapitalwerth nicht überſteigenden Rechtsſtreitigkeiten nur ſummariſch und mündlich verfahren werden ſoll, und daß nur in den dieſen Werth überſteigenden, oder auch Gerechtſame oder Berechtigkeiten, als Servituten u. ſ. w. betreffenden Klagſachen der ordentliche und ſchriftliche Prozeß eintreten dürfe. Daß bei dem ſummariſchen Verfahren die Partheien (außer Honoratiores, alten, kranken und gebrechlichen oder unter Curatel ſtehender Perſonen) perſönlich (jedoch unter zuläſſigem Beiſtande eines ſie blos berathenden Advokaten) zur mündlichen und von dem Richter zu leitenden Verhandlung erſcheinen müſſen; daß Letzterem, nach vernommenen Partheien und Zeugen, der ſofortige Rechtsſpruch, oder, bei deſſen Unthunlichkeit oder bei zweifelhaftem Rechtsverhältniß, ein Sühneverſuch der Partheien obliegt; daß der Richter, in Ermangelung eines Vergleiches, das zur Aufklärung von Thatbeſtänden, Zeugenabhörungen ꝛc. erforderliche Interlokut ſofort erlaſſen, vor deſſen Erledigung aber die Partheien nochmals zum Vergleiche anmahnen muß; daß alle Rechtsſprüche in der Regel ſofort gefaßt und publizirt, nie aber über den zweiten Gerichtstag hinaus verſchoben werden dürfen, und daß die Sporteln nach einer beigefügten Taxe erhoben

werden sollen. Das Hofgericht zu Arnsberg soll in denjenigen Fällen, wo es verfassungsmäßig als erste Instanz fungirt, nach eingelangter schriftlicher Klage, eines seiner Mitglieder zur Instruirung der Sache committiren, welcher Commissar nach obigen Vorschriften verfahren, jedoch, sobald es eines Vor- oder Endurtheiles bedarf, dem Kollegium förmlichen Vortrag unverzüglich machen muß. Von allen Endurtheilen im summarischen Prozesse soll von den Untergerichten an das Hofgericht zu Arnsberg, und von jenen, welche dieses in erster Instanz erlassen hat, an das Hofgericht zu Giessen jedoch nur dann appellirt werden können, wenn der Kapital-Werth des Streitgegenstandes wenigstens 20 Flor. Frft. Währung beträgt; und ist eine gleichmäßige Berufung von Interlocuten nur dann zuläßig, wenn ein Beweis, oder die Ablassung eines zugeschobenen Eides, wozu die Parthei sich nicht schuldig glaubt, aufgelegt, eine Einrede, die sich auf die Hauptsache bezieht, oder ein vorgeschlagenes Beweismittel vom Richter verworfen wird. —

Rücksichtlich des ordentlichen und schriftlichen Prozesses werden die Verhandlungs-Fristen beschränkt, ferner wird die Zahl der zu wechselnden Schriftsätze vermindert, das Juramentum dandorum et respondendorum ad positiones, als eine ferner unzulässige Beweis-Art, abgeschafft, in Ansehung der Zeugenverhöre die desfalls für die althessischen Lande am 3. März 1797 erlassene (und beigedruckte) Verordnung, — welche auch im summarischen Prozesse, in so weit sie damit vereinbarlich ist, angewendet werden soll —, eingeführt, und über die Anhängung der Entscheidungsgründe bei Abfassung der Urtheile ausführlich bestimmt.

Außerdem wird wegen der Form und der Fristen zur Einlegung und Einführung der Appellation, wegen der dabei eintretenden Fatalien und zu wechselnden Schriftsätze, unter Abschaffung mehrerer Kosten und Justizverzögerungen veranlassenden Prozeßgebräuche, speziell verfüget, und sollen die streitigen Fragen, welche bei den Adhäsionen der Appellation vorkommen, oder über heilbare und unheilbare Nullitäten im Prozeß eintreten können, nach dem Inhalt der desfalls für die althessischen Lande am 17. März 1797 erlassenen (ebenfalls beigedruckten) Verordnung entschieden werden ꝛc. ꝛc.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 27. Juni ej. a. das Erſcheinen der vorſtehenden Verordnung mit dem Zuſatz bekannt gemacht, daß deren geſetzlich verbindende Kraft am 16. Juli d. J. beginne.

---

92. Darmſtadt den 1. April 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Nebſt der Deklaration, daß, — obgleich im Organiſations-Edikte vom 12. Oct. 1803 (Nr. 59 d. S.) §. 4. für alle ſchrift- oder kanzleiſäßige Perſonen und Sachen im Herzogthum Weſtphalen das Hofgericht zu Arnsberg als erſte, und jenes zu Gieſſen als zweite Inſtanz beſtimmt worden —, beide genannte Collegien dem Range nach einander völlig gleich betrachtet werden ſollen, wird in dieſer Rückſicht ſowohl, als auch in Betreff des Appellationsganges von dem Hofgerichte zu Arnsberg an jenes zu Gieſſen (in 15 §§.) ausführlich verordnet, und, rückſichtlich der weitern Berufung vom Hofgerichte zu Gieſſen an das Ober-Appellations-Gericht zu Darmſtadt, auf die in Hinſicht des Letztern nächſtens zu erlaſſende beſondere Verordnung verwieſen.

---

93. Darmſtadt den 11. April 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Landesherrliche Beſtätigung der Statuten einer, von den ſämmtlichen Forſt- Jagd- und Fiſcherei-Beamten, für ihre hinterlaſſenden Wittwen und Waiſen, errichteten Privat-Verſorgungs-Anſtalt.

Die ausführlichen, alle Verhältniſſe dieſes Inſtituts regulirenden Statuten beſtimmen u. A., daß der Verſorgungs-Fond, — wozu landesherrlich verheißene ſtändige Beiträge aus den, bei Holzverkäufen aus herrſchaftlichen Waldungen eingehenden Forſtgebühren fließen werden —, aus Eintrittsgeldern und jährlichen Beiträgen aller in 4 Klaſſen eingetheilten vorbezeichneten Staatsdiener gebildet werden ſoll, und daß ein Theil dieſer Einkünfte zu Kapital angelegt, der andere Theil aber zu Penſionen für Wittwen und Waiſen verwendet werden

soll, welche Pensionen ebenfalls nach 4 Klassen normirt sind, und die vorläufig, während der nächsten 20 Jahren, jedesmal von 5 zu 5 Jahren und späterhin, bei Hinlänglichkeit der Fonds, auch ferner erhöht werden sollen.

---

94. Darmstadt den 14. April 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Nachdem der Uns unterthänigst vorgelegte Visitations-Rezeß des Attendorner Dekanats nichts, was Unseren landesherrlichen Gerechtsamen, oder der Landes-Verfassung entgegen wäre, sondern vielmehr die zweckmäßigsten Verfügungen enthält: so tragen Wir kein Bedenken, dessen Publikation zu verstatten, und das zu dem Ende erforderliche Placitum Regium anmit zu ertheilen.

General-Visitations-Rezeß und Verordnung für die Pfarreien des Attendorner Dekanats.

Seine Kurfürstliche Durchlaucht Maximilian Franz Höchstseel. Andenkens, ließen es sich zur Zeit Ihrer Regierung, vornehmlich in den letzten Jahren, besonders angelegen seyn, Ihre oberhirtliche Sorgfalt dem Besten der Ihnen untergebenen Pfarrgemeinden des hiesigen Herzogthums Fürstväterlich zu widmen, und fanden sich dadurch aus Höchsteigenem Triebe bewogen, in den verschiedenen Christianitäten Kirchenvisitationen, durch eigends dazu beauftragte Kommissarien, abhalten, und die darüber nach Vorschrift geführten Protokolle sich vorlegen, und gutachtlich berichten zu lassen.

Solchergestalt wurden auf höchsten Befehl die Kirchen im Haardistrickt, in den Mescheder, Medebacher und Briloner Dekanaten visitirt, und für jede dieser Christianitäten heilsame, den vorgefundenen Bedürfnissen angemessene, sowohl Special- als Generalrezesse ertheilt.

Nach Höchstdero Absterben hat im Jahre 1802. sede vacante, das Erzstift-kölnische zu Arnsberg residirende Domkapitul dergleichen Visitation in den Pfarreien des Attendorner Dekanats durch den Erzpriester und Pfarrer Zumbroich zu Menden vornehmen lassen, welche nach dem Muster der vorherigen 1) die gesetzmäßige Beobachtung des öffentlichen Gottesdienstes und des Seelsorgeramts,

2) die Aufsicht über die Sitten der Pfarrgenossen, 3) die Armenpflege, 4) den Unterricht der Jugend und das Schulwesen, 5) die Verwaltung des Kirchenvermögens und sonstiger frommen Stiftungen ꝛc. zum Gegenstande hatte.

Damit nunmehro auch diese, wegen eingetretener Hindernisse zwar einige Monate hindurch unterbrochene, im verflossenen Jahre 1803 aber vollendete Visitation, ihren Endzweck nicht verfehle, sondern die vor und nach eingeschlichenen Mißbräuche, Mängel und Gebrechen durch zweckmäßige Vorkehrungen verbessert, dagegen der Gottesdienst, die Erfüllung der Seelsorger-Pflichten, die Sittlichkeit der Pfarrgenossen, die Verpflegung der Armen, der Jugendunterricht und die gute Verwaltung des Kirchenvermögens auf alle mögliche Art befördert werde: so ist es in dieser vielfachen Hinsicht nöthig befunden worden, theils die bereits bestehenden kirchlichen Gesetze von neuem einzuschärfen, theils auch neue den jetzigen Zeiten und Bedürfnissen besser anpassende Vorschriften zu ertheilen; welchemnach dann nachstehende höchste Verordnung erlassen wird.

I. Abschnitt. Vom Pfarrgottesdienste und Pfarramte.

So wesentlich nothwendig zur Beförderung und Erhaltung des Christenthums die Anstalt einer öffentlichen Gottesverehrung ist, so sehr muß darauf gesehen werden, daß die von Christo und seiner Kirche angeordneten äußern Handlungen mit Anstand und Würde beobachtet werden, und nicht durch den täglichen Gebrauch zum bloßen Mechanismus herabsinken, sondern daß dadurch vielmehr innere gute Gesinnungen geweckt, gestärkt, und bis zur Bewirkung guter Handlungen erhöhet werden, wozu nichts so sehr beitragen kann, als das musterhafte Benehmen des der öffentlichen Versammlung vorgesetzten Pfarrers, dessen Beispiel, Eifer und warme Theilnahme auch bei seinen Untergebenen Eifer und Wärme für Religion wecken wird; wogegen er sich für jede bei Gottesdienstlichen Versammlungen vorgehende Unordnung und Entheiligung des dazu bestimmten Ortes und Tages verantwortlich macht.

Nichts ist mehr dazu geeignet, den Seelsorger in der Erfüllung seiner Amtsgeschäfte zu vervollkommnen, als das brüderliche Band mit seinen Amtsgenossen, und die ihm dadurch zu Theil werdende Gelegenheit, sich mit

denſelben zu bereden und Raths zu erhohlen. Zu dieſem Ende iſt ſchon von alten Zeiten her die Geiſtlichkeit dieſes Landes in Dekanate eingetheilt, wo ſich die dazu gehörigen Mitglieder unterm Vorſitze ihres Dekans von Zeit zu Zeit zu einer Amts-Conferenz verſammeln.

Die ehedem im Attendorner Dekanate beſtandene alljährliche Zuſammenkunft iſt ſeit langer Zeit, zu Erſparung der Koſten, mit obrigkeitlicher Gutheißung, auf zwei Jahre hinausgeſetzt worden; wo ſich dann die ſämmtlichen Pfarrer bei demjenigen ihrer Amtsbrüder verſammeln, den ſie bei der letzten Verſammlung zum Gaſtgeber ernannt hatten.

1. Dieſe Obſervanz einer zweijährigen Verſammlung, wie auch die in Anſehung des Verſammlungsortes in der letzten Congregation zu Hüſten beſchloſſene Abänderung, daß nämlich, zur Reiſe-Erleichterung der an den äußerſten Gränzen wohnenden Pfarrer, dieſe Verſammlung nur zu Attendorn und Balve in Zukunft Statt haben ſolle, und zwar nach der vorherigen Art wechſelweiſe, einmal zu Attendorn und zweimal zu Balve, dann wieder zu Attendorn u. ſ. w., d. i. zweimal nordwärts und einmal ſüdwärts der Lenne, wird hiemit beſtätiget.
2. Darf die Verſammlung nie länger, als 2 Jahre verſchoben bleiben, und hat der Dekan jedesmal in der Zwiſchenzeit von zwei Jahren einen Theil ſeines Dekanats zu viſitiren, und den Inhalt der darüber abgehaltenen Protokolle bei der darauf folgenden Verſammlung als einen Gegenſtand zu gemeinſchaftlicher Deliberation vorzutragen.
3. In Hinſicht der monatlichen Zirkelverſammlungen werden den ſämmtlichen Paſtoren die unterm 14. Mai 1798 (ad Nr. 1028 d. 1. Abth. d. S.) ertheilten Weiſungen ins Gedächtniß zurückgeführt.
4. Ein zeitlicher Dechant ſoll jedesmal der Präſes des Zirkels ſeyn, worin er wohnt; in den übrigen aber ſoll der Präſes nicht nach dem Alter, ſondern alle 2 Jahre, und zwar auf der Dekanalverſammlung, von den Mitgliedern des Zirkels erwählt, und zugleich die Wahl dem Verſammlungsprotokoll einverleibt werden, wobei dann dem Dekano, im Falle gleicher Stimmen, das Votum decisivum eingeräumt wird.
5. Der Dechant hat, in Gemäßheit der Synodalverordnungen, die Beerdigung der in ſeinem Dekanat verſtor-

benen Pastoren, falls es die Umstände zulassen, selbst, in Ermanglung dessen aber der Präses oder der Senior Circuli zu besorgen.

6. Eben so hat der Dekanus den neu eintretenden Pfarrern die Besitzertheilung selbst zu geben, und sich ohne zureichende wichtige Beweggründe nie davon frei zu sprechen: denn bei solchen Gelegenheiten kann er durch kluges Benehmen dem antretenden Pfarrer schon anfangs gleich einen sehr vortheilhaften Eingang bei der Gemeine verschaffen, manche wichtige Wahrheit schicklich anbringen, seine eigenen Lokalkenntnisse erweitern, die bereits gesammelten dem neuen Pfarrer mittheilen, und überhaupt durch sein Ansehen und seine Einsichten viel Gutes bewirken.

Diesemnach wird in Betreff des Gottesdienstes und des Seelsorgeramtes Folgendes verordnet:

§. 1. Da bereits in den meisten Pfarrkirchen der deutsche Kirchengesang unterm Hauptgottesdienste zur unverkennbaren Erbauung des Volkes eingeführt ist: so haben auch die Pastoren, wo dieses Erbauungsmittel noch abgehet, dessen Einführung baldigst zu besorgen, und besonders in der Wahl der Lieder auf eine zweckmäßige, den verschiedenen Festen und Zeiten des Kirchenjahrs angemessene Uebereinstimmung zu sehen.

Wo die lateinischen Metten und Vespern noch üblich sind, wird es zweckmäßiger seyn, statt deren andere Andachtsübungen in deutscher Sprache einzuführen, um durch diese Surrogate dem Volke mehr Antheil an dem Gottesdienste zu verschaffen.

Bis eine eigene Liedersammlung für unsere Provinz zum Druck befördert ist, wird das von dem Pfarrer Herold zu Hoynkhausen unter dem Titel: der heilige Gesang; voriges Jahr zum Druck beförderte Gesangbuch empfohlen.

§. 2. Da hie und da, wegen der Bruderschaft und anderer Andachten, die Predigt und Christenlehr manchmal unterbleibt, und auf solche Art das Wesentliche dem Zufälligen nachgesetzt wird: so wird hiemit verordnet, daß in keinem Falle die wesentlichen Theile des Pfarrgottesdienstes, nämlich: Pfarrmesse, Predigt und Katechese zurückgesetzt werden dürfen. Wo die Bruderschaft nach dem Evangelium, oder nach geendigtem Hochamt gehalten zu werden pflegt, soll doch wenigstens eine viertelstündige

Ermahnung, keinesweges aber diese Nebenandacht mit der Messe simultaneé, oder zu gleicher Zeit gehalten werden.

Nach der Hauptpredigt sind die Fürbitten für allgemeine Anliegen, vorzüglich das vom General-Vikariat vorgeschriebene Gebeth für den Durchlauchtigsten Landesherrn und dessen Hochfürstliches Haus, nie hintanzusetzen.

§. 3. In Betreff der Kanzelverkündigungen weltlicher Gegenstände haben die Pfarrer sich genau an die Bestimmung der Verordnung vom 21. März 1800 (Nr. 1040. d. 1. Abth. d. S.) zu halten. Sollten dergleichen für die Kanzel nicht zulassige Publicanda vorkommen, woran dem Publico gelegen ist, und die ausser der Kirche, wie es an mehreren Orten der Fall ist, nicht füglich zur Wissenschaft desselben können gebracht werden, so mögen solche zwar nach geendigtem Gottesdienste in der Kirche, nicht aber von der Kanzel, auch nicht unmittelbar vom Altar her, sondern von einem andern schicklichen Platze bekannt gemacht werden. Es verstehet sich von selbst, daß sie nichts gegen die guten Sitten und die Heiligkeit des Ortes anstößiges enthalten dürfen.

§. 4. Wo eine Frühmesse eingeführt ist, hat der dieselbe haltende Geistliche nach dem Evangelium selbes in deutsch vorzulesen, und zu erklären, oder zu katechisiren, (versteht sich von einem Orte, wo er verstanden werden kann.) Da übrigens bei Ertheilung des Unterrichts auf Verschiedenheit des Alters und der Stände Rücksicht genommen werden muß, der Frühmesse aber mehr Erwachsene, und zwar meistentheils Hausmütter beiwohnen: so wird der Katechet seinen christlichen Unterricht, seine Erklärungen oder Ermahnungen vorzüglich darnach einzurichten haben.

§. 5. Sämmtliche Seelsorger haben, nach bestimmtem Inhalt älterer Verordnungen, an allen Sonn- und Feiertagen des Jahrs nachmittägige Katechesis zu halten *); jede gegentheilige Observanz ist Mißbrauch, der sie von ihren Pflichten nicht befreien kann. In der Fastenzeit aber haben sie, nebst dem gewöhnlichen Unterrichte, und zwar an Tagen und Stunden, an welchen dieser nicht darunter leidet, christliche Lehre für jene zu halten, welche zum ersten Empfang der heil. Sakramente

*) S. Christenlehr-Verordnung vom 10. Juni 1733 und Generalrezesse von 1717 u. 1750.

vorbereitet werden. So wie der Pfarrer das ganze Jahr hindurch Amtshalber verpflichtet ist, so soll es bei den Vikarien als eine wesentliche Pflicht ihres Standes angesehen werden, da zu katechisiren, wo es der Pastor selbst nicht kann, es sey in der Pfarrkirche oder in den Kirchspiels-Kapellen, sowohl zur Winter- als Sommerzeit; wogegen auf die gewöhnliche Einwendung, daß solches in ihrer Stiftungsurkunde nicht enthalten seye, keine Rücksicht zu nehmen ist, indem jeder Geistliche verpflichtet ist, alles dasjenige Gute zu thun, wozu ihn der Zweck seiner Weihungen und der Ruf seiner Vorgesetzten auffordert.

§. 6. Bei den Präparanden, wenn sie zu den heil. Sakramenten zugelassen werden wollen, ist es unbedingtes Erforderniß, daß sie nicht nur diesem Vorbereitungsunterrichte fleißig beigewohnt, sondern auch das ganze Jahr hindurch Schule und Katechese unausgesetzt besucht haben. Mit der Zulassung zur ersten h. Kommunion aber sind sie noch nicht als aus der Schule Entlassene zu achten; und wenn sie auch wirklich entlassen sind, dürfen sie sich doch den gewöhnlichen Christenlehren nicht entziehen. *)

§. 7. Vielmehr wird die bereits in den meisten Pfarreien des Attendorner Dekanats mit gutem Erfolge eingeführte Ordnung bestätigt, daß nämlich die Erscholaren zur Beiwohnung der Christenlehren bis zum 20sten Jahre, oder nach Ermessen der Pfarrer noch länger angehalten, jährlich vorm Osterfeste einzeln geprüfet, und ohne erhaltenen Fähigkeitsschein nicht zur Kommunion zugelassen werden, maßen dieses Alter für die Sittlichkeit der Jugend das gefahrvollste zu seyn pflegt. Damit aber diese heilsame Ordnung nicht wieder in Abgang gerathe, hat der Pfarrer, oder der diese Prüfungen unternehmende Geistliche, ein vollständiges Namenregister der aus der Schule entlassenen Jugend, mit Anführung des Alters, ihrer Brodherren, Fähigkeit ꝛc. von Jahren zu Jahren nachzuführen.

§. 8. In dieses Register gehört nicht allein die einheimische, sondern auch die anderswoher gebürtige, in der Pfarre wohnende Jugend, welche bei ihrem Eintritte in die Pfarre, oder doch vor dem Ende des Decembers, ein schriftliches Zeugniß über ihr Alter, Schul-

*) S. obenerwähnte Christenlehr-Verordnung von 1733 §. 2.

gang, Zulassung zur heil. Kommunion von dem Pfarrer ihres Geburtsortes, der dieses unentgeldlich zu ertheilen hat, auflegen soll.

Videatur Recessus generalis 1717 et 1750 §. 18.

§. 9. Der Pfarrer hat bei der Aufnahme zur ersten heil. Kommunion sowohl auf das sittliche Betragen und die Reife der Beurtheilungskraft, als auf die Fähigkeit in der Religionslehre, so wie auch darauf Rücksicht zu nehmen, ob die zuzulassenden Kinder alle Gegenstände des Schulunterrichtes durchgelehrt worden, mithin selbe vor allem nicht zu früh zuzulassen. Damit ihnen diesemnach der merkwürdige Tag der ersten heil. Kommunion desto tiefer eingedrückt werde, und unvergeßlich bleibe, sollen sie nicht einzeln, sondern zusammen und mit anständiger Feierlichkeit, dahin geführet werden. Auch sind nachgehends für die jetzt gedachte Jugend, wenigstens noch ein ganzes Jahr lang, vier gemeinschaftliche Kommuniontage zu bestimmen, an welchen sie zusammen unter der Messe zum Tische des Herrn gehen. Während dieser Messe hat einer der Pfarrgeistlichen, oder der Schullehrer die Vorbereitungs- und Dankgebete laut, verständlich und mit Nachdruck von einem schicklichen Orte, wo ihn alle verstehen können, abzubeten.

§. 10. Beim Religionsunterrichte soll, zur Beförderung der Einförmigkeit, der Felbigersche Katechismus, welcher ohnehin die übrigen meist verdrängt hat, von den Seelsorgern und Schullehrern als Lehrbuch und Leitfaden gebraucht werden, bis ein anderer von Ordinariatswegen bestimmt seyn wird.

§. 11. Während des sonn- und feiertägigen hohen Pfarramtes soll in keiner Bauerschafts-Kapelle eine heil. Messe seyn, sondern die ohnehin nur zum Besten alter, kränklicher und schwacher Personen gestatteten Messen sollen nur zur Zeit der Pfarrfrühmesse gelesen werden dürfen, und die Priester, so selbe lesen, sind zu der oben §. 4. verordneten katechetischen Erklärung des Evangeliums verbunden.

§. 12. Wo bei einer Kirche mehrere Vikarien, Familienpfründner, oder adscribirte Priester sind, soll der Pastor ihnen die Zeit und Stunde, an welchen sie ihre h. Messe zu lesen haben, bestimmen, wenn nicht selbe

durch die Stiftung oder Erzbischöfliche Rezesse bestimmt ist, wobei er solche Ordnung zu treffen hat, daß täglich wenigstens eine heil. Messe zu einer bestimmten und dem Volke bequemen Stunde gehalten, und das Zusammenlesen mehrerer Priester zur nämlichen Zeit vermieden werde.

§. 13. Da es die Erfahrung giebt, daß in den Kirchen, wo mehr als zwei Geistliche angestellt sind, die Nebenmessen an Sonn- und Feiertagen mehr Schaden als Nutzen bringen, und nur zur Versäumung des Hauptgottesdienstes Veranlassung geben, Unterricht und Belehrung aber von jeher ein Bestandtheil der Messe gewesen ist: so wäre zu wünschen, daß diesfalls unser Gottesdienst der ursprünglichen Kirchenzucht wieder näher gebracht würde, und der dritte Geistliche entweder seine Messe in der Zwischenzeit, zwischen Früh- und Hochmesse, lesen, und eben so, wie der Frühmesser, das Evangelium darunter in deutscher Sprache verlesen, und homiletische Erklärung geben müßte; oder daß er ohne Glockenziehen, worauf die Saumseligen in den Wirthshäusern zu lauren pflegen, läse, und auf jeden Fall eines vorkommenden Krankenbesuchs frei wäre; weil aber diese Abänderung vor der Hand noch Mißvergnügen der Pfarrgenossen nach sich ziehen mag, so haben die Pastoren diese durch Belehrungen nach und nach auf dergleichen nützlichere Einrichtungen vorzubereiten; jedennoch sollen sie von nun an nicht mehr gestatten, daß zu der nach der Predigt zu haltenden Lesemesse geläutet werde.

§. 14. Da in mehreren Pfarrkirchen in der h. Fastenzeit keine besondere Andachten eingeführt sind, diese Zeit der Buße aber jeden Pfarrer zu mehrerer Thätigkeit auffordert: so soll führohin an allen Sonntagen dieser Zeit, falls an selben keine Bruderschaftsandacht einfällt, der, mit Erzbischöflicher Genehmigung zum Druck beförderte, Kreuzweg unseres Erlösers entweder ganz oder stückweise abgehalten, und, mit der Nachmittags-Christenlehre verbunden, an den drei letzten Tagen der Charwoche aber die in besagtem Büchlein befindliche Bet- und Betrachtungsstunde eingeführt werden.*) Nicht minder nützlich würde es seyn, in dieser Zeit einen Wochentag zum katechetischen Unterricht oder zur Prüfung der erwachsenen

*) Besuch des Kreuzweges Jesu. 2. Auflage. Dortmund bei Blothe, 1800 (4 Stüber gebunden).

Jugend festzusetzen, wobei die auf die Geheimnisse des Lebens und Leidens Jesu sich beziehende Rosenkranz-Andacht zum Anfange oder Schlusse der Katechesis empfohlen wird. *)

§. 15. Wenn öffentliche Gebete verordnet werden, dabei aber nicht bestimmt wird, wie selbe zu halten seyen: so ist diese Bestimmung von dem Landdechanten für die Kirchen seines Dekanats zu machen. Damit jedoch die Kirche bei solchen Bettagen, besonders bei dem 40stündigen Gebet nicht zu manchen Stunden leer und unbesucht bleibe: so wird jeder Pastor unter seinen Pfarrkindern eine gewisse Eintheilung festsetzen, nach welcher sie abwechseln und stundenweise zu erscheinen haben, zugleich auch die Einrichtung treffen, daß in den Stunden, wo sonst keine gottesdienstliche Handlung verrichtet wird, ein Geistlicher, Sendscheffen oder Schullehrer ꝛc. gegenwärtig sey, um das Gebet oder den Gesang des Volkes zu leiten.

§. 16. Die Neigung zum Pfarrgottesdienste und die Erbauung des Volkes wird durch den äußern Anstand sehr vermehrt. Ordnung und Reinlichkeit können in dieser Hinsicht nicht genug empfohlen werden. Zu dem Ende sind einige ältere hierauf sich beziehende Synodal-Verordnungen in der am Ende sub. Litt. A. befindlichen Instruktion der Küster gesammelt, welche nebst denjenigen Zusätzen, so die Pastoren nach Erforderung des Lokals und der Umstände für nöthig erachten werden, den Küstern als Richtschnur ihrer Dienstleistung sollen vorgelegt werden.

Ein nicht minder nützliches Mittel zur Erhebung des Gottesdienstes sowohl als zur Erbauung des Volkes sind gute Orgeln; da sich aber gefunden hat, daß die von Zeit zu Zeit nöthigen Reparaturen und Stimmungen derselben oft zu lange vernachläßiget werden, so darf auch dieser so kostbare Gegenstand der Aufmerksamkeit der Pfarrer nicht entgehen.

§. 17. Da an einigen Orten durch weit herumziehende Prozessionen der Gottesdienst gestört wird: so werden die desfalls schon mehrmals erlassenen Verordnungen hiemit wiederholt, und sollen:

a. keine Prozessionen über die Gränzen des Kirchspiels hinausgehen;

*) Gebet des Rosenkranzes. Dortmund bei Blothe 1799.

b. sie sollen vor dem Anfange des vormittägigen Hauptgottesdienstes wieder zurückgekehrt seyn, also, daß dieser um 12 Uhr beendiget werden könne; oder wo es schicklicher ist, daß dieser an solchen Tagen früh gehalten wird, muß sie erst nach dessen Beendigung ausgeführt werden;

c. wo der gewöhnliche Prozessionsweg zu lang ist, so daß sich dabei die jetzt vorgeschriebene Zeit nicht beobachten läßt, ist er abzukürzen oder zu halbiren, so daß die Prozessionen jedesmal in 3 Stunden Zeit vollendet werden können;

d. wo während der Prozession mehrere Predigten gebräuchlich sind, ist deren nur eine unter der Prozession, die andere aber in der Kirche zu halten;

e. wo noch Bilder herumgetragen werden, und solches zu Haltung der Ordnung nöthig befunden wird, mag es zwar einstweilen noch gestattet werden, jedennoch ist strenge darauf zu halten, daß nicht das nämliche Bildniß doppelt vorkomme;

f. das hochwürdigste Altarssakrament soll nur bei der Frohnleichnams- und Hauptpfarr-Prozession herumgetragen werden: außer diesen beiden Prozessionen darf keine, ohne besondere bischöfliche Erlaubniß, cum sanctissimo ausgeführt werden;

g. bei und im Gefolge der Prozession dürfen keine verkleideten Personen, eben so wenig Leute mit Schießgewehren erscheinen.

V. Statuta Synod. P. 1 T. 6 C. 2 et Seq. Edictum de 14ta jun. 1769. (Nr. 646 d. 1. Abth. d. S.)

§. 18. Beim Krankenversehen ist vor dem Herausgehen des Priesters aus der Kirche mit der Glocke ein Zeichen zu geben, und der Gebrauch, daß die nächstwohnenden Pfarrkinder herbeieilen und das hochwürdigste Gut im Pfarrorte begleiten, allerdings beizubehalten. Da jedoch die Vervielfältigung des Segengebens bei dieser Gelegenheit, die dem hochwürdigsten Sakramente schuldige Verehrung eher vermindert als vermehrt: so soll solcher nur in der Kirche, wie auch im Krankenhause und beim Austritte aus dem Pfarrorte, nicht aber hin und wieder auf den Straßen gegeben werden; aus eben dem Grunde ist die an einigen Orten bestehende Gewohnheit, bei der Austheilung der Kommunion den Segen mit dem Ciborium zu geben, abzustellen.

§. 19. In Ansehung der sogenannten Krankengebühren werden sämmtliche Seelsorger auf die genaue Befolgung der in Statutis Synod. P. 3 T. 6 C. 3. §. 1 et 2 enthaltenen, nachher mehrmal namentlich in den Visitationsrezessen von 1717 und 1750 wiederholten Verordnung hingewiesen, und sollen es die Pfarrer ihren Gemeinden bekannt machen, daß es keine Schuldigkeit sei, dem Priester dafür zu bezahlen, und daß dasjenige, was etwa im Krankenhause ungefordert gegeben wird, als ein bloßes freiwilliges Opfer angesehen werde.

Beichtpfennige dürfen unter keinem Vorwande genommen werden, weil jedoch die Beichtväter an den Orten, wo solche noch gebräuchlich sind, darunter leiden: so kann es verstattet werden, daß diejenigen Pastoren, deren Einkünfte kaum zu ihrem standesmäßigen Unterhalte hinreichend sind, die Kopulationsgebühren dagegen um 1 fl. erhöhen.

§. 20. Damit das Volk gewöhnt werde, nicht allein an jenen Tagen, wo sich alles zum Beichtstuhl hinzudrängen pflegt, sondern mehr aus innerm Antriebe als aus Gewohnheit, und weil es die Zeit eben so mit sich bringt, sich den h. Sakramenten zu nähern, so soll der Pfarrer oder einer seiner Gehülfen verbunden seyn, nicht nur an hohen Festtagen, sondern auch an allen Sonn- und Feiertagen, und den Umständen nach auch an deren Vorabenden, jedoch nicht nach Sonnenuntergang, sich im Beichtstuhle zu zeigen. Wenn an gewöhnlichen Sonn- und Bruderschaftstagen der Pönitenten nicht zu viele sind, wird es schicklich seyn, wenn die Kommunion-Austheilung unter der Frühmesse nach der Kommunion des Priesters geschiehet.

§. 21. Wo der Taufstein nicht aus den Augen des Volks entfernt oder abgesondert steht, soll die Taufhandlung entweder vor oder nach, niemals aber unterm Pfarrgottesdienste vorgenommen werden. Nach der Taufe hat die Hebamme zu eilen, daß das Kind in das Haus der Mutter zurückgebracht werde, und sich nicht in Schenken oder Wirthshäusern, nach der Sitte einiger Ortschaften, damit aufhalten zu lassen, wo Vernachläßigung, und nicht selten vorfallende Unordnungen für die Gesundheit des Täuflings gefährlich werden.

Da übrigens Vervielfältigung der Taufpathen eine Veranlassung dieses unschicklichen, und der Heiligkeit der

vorhergegangenen Handlung widersprechenden Gebrauchs ist: so werden die Pastoren den ältern Vorschriften zufolge, nie mehr als zwei Pathen bei der h. Taufe annehmen.

Stat. Synod. P. 2 T. 2 C. 8 §. 1.

§. 22. Weil es sich bei der vorgewesenen Visitation gefunden hat, daß es in mehreren Pfarren an der Tauglichkeit und hinlänglicher Anzahl der Hebammen fehlt: so werden die Pastoren ihrerseits nicht ermangeln, für die Anstellung derselben nach Vorschrift der Pastoral-Agende pag. 294 ungesäumt und nachdrücklichst zu sorgen; allenfalls höhere Polizei-Behörden um ihren Beistand zu ersuchen.

§. 23. Bei den Begräbnissen soll:

a. Aller bloß durch Eitelkeit und Gewinnsucht erfundener, und für die dürftige Menschenklasse kränkender Unterschied unter Armen und Reichen vermieden werden.

b. Die hie und da noch herrschende Gewohnheit, die Leichname in die Kirche zu tragen, wird hiemit verboten, und statt dieser, in manchen Fällen eckelhaften und der Gesundheit nachtheiligen Gewohnheit, der Gebrauch einer Scheinbahre verordnet.

c. Die Todten sollen auf den Kirchhöfen fernerhin nur reihenweise, wie sie verstorben sind, beerdigt werden, und alle eigenthümlichen Begräbnisse wegen der in mancherlei Rücksicht schädlichen Folgen, ein für allemal aufgehoben sein.

d. So wie keine Beerdigung ganz ohne Geläute geschehen soll, so muß auch auf der andern Seite das zu viele Läuten vermieden werden.

Das Lauten muß entweder durch den Küster, als Aufseher der Glocken, nach Vorschrift des Generalrezesses von 1629 §. 36 gegen Vergütung besorget, oder durch eigene, von den Gemeinheiten dazu anzustellende Läuter verrichtet werden.

e. Das Begraben am Nachmittage oder Abende ist nicht anders, als aus erheblichen Ursachen, und nur also zu gestatten, daß die Beerdigung immer bei Tage geschehe.

f. Die Pastoren haben zur Beibehaltung der Einförmigkeit bei diesen Funktionen sich genau an den Dioecesan-ritus zu halten, welchem unbeschadet bei dem

Leichenzuge vom Sterbehause zu dem Kirchhofe, auch bei dem Gottesdienste selbst, die Trauerlieder in deutscher Sprache gesungen werden können.

g. Da statt der verbotenen Leichenreden an einigen Orten nichts, an andern eine Erinnerung an Tod und Sterblichkeit geschiehet, an noch andern aber der Rosenkranz gebetet wird: so ist es den Umständen angemessener befunden worden, daß vor der Messe beim Grabe, oder, wenn solches die Witterung nicht gestattet, in der Kirche bei der Scheinbahre eine kurze Erinnerung an die Hinfälligkeit des menschlichen Lebens, oder die vier letzten Dinge, ohne alle Lobrede geschehe, und darauf noch ein Gebet für den Verstorbenen ꝛc. begehrt werde.

§. 24. Nach Vorschrift der Synodalstatuten sollen nach dem erfolgten Tode bis zur Beerdigung 24 Stunden abgewartet werden. Durch glaubhafte Erfahrungen weiß man, daß Scheintodte auch nach dieser Zeit noch wieder zu sich gekommen sind; so schrecklich es aber ist, lebendig begraben zu werden, so behutsam muß hierin der Pfarrer seyn, um sich nicht zur Uebereilung verleiten zu lassen, ehe und bevor er von dem wirklich erfolgten Tode glaubhaft genug überzeugt ist.

§. 25. Die Verfertigung der Gräber soll nicht mehr durch die Nachbarn, wie noch an einigen Orten geschieht, sondern durch einen eigenen, von den Gemeinheiten dazu zu bedingenden Todtengräber geschehen, der für die vorschriftmäßige Verfertigung derselben verantwortlich seyn muß. Dieser hat nach der Verordnung der Synodalstatuten die Gräber 6 Fuß tief auszuwerfen, also daß der obere Theil des Sarges 2 bis 3 Fuß unter die Erde komme.

§. 26. Alle und jede Kirchhöfe, so offen liegen, sollen ohne Verzug von den Gemeinden durch eine Mauer, oder Umzäunung gegen jeden verunehrenden Gebrauch gesichert werden, und werden die desfalls von dem Commissario Visitationis provisionaliter gegebenen Specialrezesse hiemit bestätiget. Wenn die Kirchhöfe einmal gehörig gesperrt und zugemacht sind, hat der Küster für die Verschließung der Pforten zu sorgen, und wenn jedennoch Vieh darauf gelassen wird, solches nach Vorschrift der Synodalstatuten P. 2 Tit. 12 C. 7 §. 1 und des Generalrezesses von 1629 §. 43 zu pfänden.

Die Pastoren sollen diese Verordnung vorläufig zur Nachachtung eines jeden bekannt machen.

§. 27. Wo die Gemeinschaft der Kirchensitze ohne Schmälerung der Kirchenrenten und Verletzung der Eigenthumsrechte, oder ohne dadurch größere Unordnung zu befürchten, nicht kann eingeführt werden, da ist jedennoch die Einrichtung zu treffen und darauf zu sehen:

a. Daß beide Geschlechter seitenweise von einander getrennt werden, die Kinder aber zunächst vor der Kommunikantenbank hinlänglichen Platz erhalten, so daß, wo möglich, der Platz auf dem Chore frei bleibe, und die Gemeinde auch an den Christenlehren desto besser Antheil nehmen könne;

b. die Pastoren werden auch dahin trachten, daß wenigstens alle unschicklich angebrachte, andern hinderlich fallende Kirchenstühle hinweggeschafft, und dagegen deren Eigenthümern, nach vorhergegangenem Benehmen mit selben, andere eben so bequeme und vortheilhaft gelegene Stühle angewiesen werden;

c. über die eigenthümlich bleibenden Kirchensitze haben Pastor und Kirchenvorstand ein vollständiges und glaubhaftes Register anzufertigen, und dürfen dergleichen Sitze führohin ohne Bewilligung derselben nicht veräussert werden; wo aber eine Veräusserung statt findet, muß solche ins Register eingetragen werden.

Videatur Generalrezeß von 1629 §. 27.

§. 28. So sehr wohlgerathene Abbildungen unseres Heilandes und der Heiligen den Geist der Andacht nähren und gute Gedanken wecken; eben so ärgerlich sind zerfallene, verstümmelte, elend geformte Kreuze, Bildsäulen und Heiligenhäuschen, dergleichen man fast in allen Pfarren an öffentlichen Wegen sieht. Ihre Vernachlässigung ist jedem vorübergehenden Fremden ein augenfälliger Beweis der bei den Einwohnern solcher Orte herrschenden Lauigkeit in ihrer Religion. Es haben daher die Pfarrer allenthalben dafür zu sorgen, daß solche entweder anständig wiederhergestellt, oder, wo dieses nicht thunlich ist, weggeschafft werden; in Zukunft aber soll es nicht jedem nach Willkühr erlaubt seyn, dergleichen Bildnisse und Heiligenhäuschen zu errichten, ehe und bevor er dazu von seinem Pfarrer die Genehmigung erhalten, und sich zur Erhaltung derselben verpflichtet hat. Nicht min-

der werden auch in einigen Kirchen unschickliche, wohl gar lächerlich gekleidete Bilder gefunden, welche mehr zum Aergerniß, als zur Erbauung dienen; auch diese haben die Pfarrer ändern oder wegschaffen zu lassen.

§. 29. Da jeder gute Hirt auch seine Heerde kennen muß, so werden sämmtliche Pfarrer jährlich bei Sammlung der Osterzettel (welche allgemein einzuführen sind) die Zahl der Familien und Seelen ihrer Eingepfarrten aufzeichnen, und in ein besonderes Buch eintragen. Diejenigen, so während der österlichen Zeit abwesend wären, und ihre Ostern anderswo hielten, sollen die desfalls erhaltene Bescheinigung nach ihrer Rückkunft vorzulegen verbunden seyn.

Bei Gelegenheit dieser Zetteleinnahme und Seelenbeschreibung haben die Pfarrer zugleich von jedem Kommunikanten das hergebrachte vierhochzeitliche Opfer des ganzen Jahrs zu empfangen: und soll dagegen der Opfergang um den Altar an den gedachten hochzeitlichen Festen, der dadurch in der Kirche entstehenden Unordnung halber, aufhören.

§. 30. Auch wird denselben die genaueste Befolgung der im Jahr 1779 wegen Führung der Tauf- Trauungs- und Sterbebücher erlassenen Verordnung (Nr. 723 d. 1. Abth. d. S.) nachdrücklichst empfohlen, mit dem Zusatze: daß sie auch

a. nebst diesen ein Verzeichniß der Gefirmten führen;
b. über besagte Bücher ein alphabetisches Register verfertigen; und
c. am Ende eines jeden Monats und Jahrs bemerken, wie viele Knaben und Mädchen geboren, wie viele Erwachsene und Kinder von jedem Geschlechte gestorben, und wie viele Paar verehligt sind.

Nach dem Schluß eines jeden Jahrs haben sie das Summarium hievon, nach den ihnen mitgetheilten Tabellen, nebst dem Summario der Familien- und Seelen-Conscription nach Vorschrift an die Behörde unverzüglich einzuschicken.

Da übrigens bemerkt worden ist, daß die Dupla der Kirchenbücher in einigen Pfarren durch Brand verloren gegangen, auch an mehreren Orten die Annotation oder Kontrolle der Küster vermisset worden: so haben auch die Pfarrer dafür zu sorgen, daß dieser Abgang auf die best-

möglichste Art ergänzet, und die Küster zur genauen Führung ihrer Annotation angehalten werden.

§. 31. Damit die bischöflichen Verordnungen führohin nicht so leicht verloren gehen, wie bishero geschehen ist, indem sie nirgendwo, nicht einmal von den jüngern Jahren, vollständig aufbewahrt gefunden worden: der Seelsorger aber dieselben zu seiner Befolgung und Rathserholung in manchen Fällen zur Hand haben, und nachsehen muß: so soll er alle solche, das Pfarr- und Seelsorgeramt, die Kirchen, das Schul- und Armenwesen betreffende Verordnungen in ein ordentlich gebundenes Buch dergestalt eintragen, daß

a. dieselben nach der Zeitordnung ihrer Erlassung;
b. nicht zu enge auf einander, sondern mit einem ordentlichen Zwischenraume geschrieben werden.
c. Bei jeder Verordnung ist der Inhalt derselben zur Seite, wozu ein hinlänglicher Rand gelassen wird, zu bemerken. Dieses Ordinationsbuch muß mit den oben erwähnten Kirchenbüchern bei jeder Visitation vorgezeigt werden. Auf gleiche Weise sollen auch die Landesherrlichen, den Pfarrern zugehenden Verordnungen, vorzüglich in ecclesiasticis, und zwar in einem besonderen Buche, aufbewahrt und geordnet werden.

II. Abschnitt. Von der Aufsicht über die Sitten.

Eins der wirksamsten Mittel, die Sittlichkeit in einer ganzen Gemeinde zu befördern und zu erhalten, anmit gröbern Ausbrüchen des Lasters zuvor zu kommen, ist das von Alters her in den Pfarreien eingeführte, und unter dem Namen der Sende bestehende Sittengericht, welches vornehmlich auf Zucht und Ordnung zu wachen hat. Da es aber hie und da vernachlässiget und in merklichen Verfall gerathen ist: so ist die allgemeine Wiederherstellung und Zurückführung desselben zu einer zweckmäßigern Verfassung nöthig befunden worden. Diesemnach werden.

§. 1. Die von dem visitirenden Kommissar in jeder Pfarrei ernannten Sendscheffen, und dessen zu dem monatlich unterm Vorsitz des Pfarrers fortzusetzenden Sittengericht gemachte Einrichtung, hiemit bestätiget, und sollen

§. 2. auch künftig in allen Pfarrorten, Bauerschaften und einzelnen Gemeinden, 1, 2 oder 3, nachdem es die Größe und Bevölkerung des Ortes erfordert, angesehene Männer zu dem Sendscheffenamte angestellt werden.*)

Die Benennung liegt dem Pastoren, nach vorherigem Benehmen mit den Vorstehern oder Vornehmern des Ortes, bei eintretender Saumseligkeit desselben aber dem Dechanten bei der von ihm vorzunehmenden Visitation, und in dessen Ermangelung dem General-Vikariat ob. Wo mehrere Ortschaften zu einem Kirchspiel gehören, ist aus jedem derselben wenigstens einer beizuziehen, so wie auch darauf zu sehen, daß einer der Gerichtsscheffen mit dazu genommen werde. Die ernannten müssen diese Stelle annehmen, unentgeltlich versehen, und sich bei ihrer Beeidung zum strengsten Stillschweigen, und zwar unter Verlust ihres Amtes, verbindlich machen.

§. 3. Sie sollen rechtschaffene, fromme, katholische, unbescholtene, bescheidene und geschätzte Männer von gutem Wandel und Beispiele, des Schreibens wenigstens mittelmäßig erfahren seyn; Männer, die ihrem eigenen Hause wohl vorzustehen, Zucht und Ordnung zu halten wissen.

Mit dem Pfarrer auf Sittlichkeit und Ordnung in und ausser der Kirche zu wachen, für die Hülfe der Nothleidenden zu sorgen, die christliche Erziehung der Jugend zu befördern, das Kirchenvermögen unverletzt zu erhalten, sind die Hauptpflichten ihres Amtes. Da sich aber ganz dazu geeignete Männer nicht so leicht finden lassen, so sind die einmal angestellten so lange, wie möglich ist, beizubehalten. Der in einigen Pfarreien hergebrachte jährliche Wechsel derselben soll also ein für allemal aufgehoben seyn.

Stat. Synod. Pag. 3 T. 6 C. 4 §. 4.

§. 4. Das ihnen von Alters her zugestandene Recht eines besondern Kirchensitzes wird hiemit bestätiget, und soll niemand (die Patronen der Kirche, wie auch adeliche und obrigkeitliche Personen ausgenommen) sich einen Vorsitz vor den Send- und Gerichtsscheffen anmaßen. Wo sie noch keine eigenen Sitze haben, haben der Pastor und Kirchenvorstand darauf Bedacht zu nehmen, daß ihnen

*) Agenda pastoralis pag. 285. — Clem. Edictum de 13tia Novembris 1700. (conf. ad Nr. 182 d. 1. Abth. d. S.)

wo möglich solche Sitze verschafft werden, von denen sie die versammelte Gemeinde bequem übersehen können.

§. 5. Die oben §. 1. bestätigte monatliche Versammlung der Sende ist um desto nöthiger erachtet worden, weil bei der längern Hinaussetzung oder Versäumung derselben die inzwischen vorgegangenen Verbrechen vergessen, das Aergerniß manchmal erneuert, und der Zweck der Strafen verfehlt wird. Damit aber diese Versammlung Niemand an seinem Gewerbe und Hauswesen hinderlich falle, soll solche an einem von dem Pfarrer zu bestimmenden Sonn- oder Feiertage nach dem Vor- oder Nachmittagsgottesdienste im Pfarrhause gehalten werden.

Der Pfarrer hat dabei den Vorsitz; der Kaplan, Vikar oder Schullehrer führen das Protokoll nach der bei der Visitation selbst vorgezeichneten Form, und der Küster besorgt die Vorladung der Excessisten. Der Genuß berauschender Getränke ist während der Sitzung gänzlich untersagt. Außer diesen Sitzungen dürfen von dem Pfarrer einseitig keine Bestrafungen vorgenommen oder zuerkannt werden. Die genaue Beobachtung dieser Verfügung ist um so nöthiger, da das Erscheinen der Excessisten vor dem Sendgerichte an sich schon die empfindlichste und wirksamste Strafe ist.

§. 6. Die bei den Sendgerichten vorkommenden Gegenstände sind folgende:

a. Bestrafungsfälle. Hiezu sind geeignet die Uebertretung der kirchlichen Gebote, wegen Haltung der Fast- und Feiertage, der österlichen Kommunion, des sonntäglichen Gottesdienstes ꝛc., unanständiges Betragen in der Kirche oder bei gottesdienstlichen Handlungen, Spötterei über Religion und Religionsgebräuche, unlauterer oder Aergerniß gebender Umgang mit dem andern Geschlechte, ungebührliches Betragen gegen Pfarrgeistliche, Kirchendiener, Sendscheffen und Schullehrer, Oeffnung und Besuch der Schenken und Kramladen während des vor- und nachmittägigen Gottesdienstes u. dergl. m.

b. Schulwesen. Hierbei ist nachzusehen, ob alle schulfähige Kinder zur Schule kommen; ob der Lehrer sein Amt thue, und sein Schulgeld richtig erhalte; ob die Schule in ordentlichem Bau erhalten werde, und mit den nothwendigen Schulgeräthschaften versehen sey.

c. Unterhaltung der Pfarrkirche, des Pfarrhofes und der Küsterei, Umzäunung des Kirchhofes. Die hierbei sowohl als an der Schule sich äußernden Mängel sind den Baupflichtigen unverweilt zu bemerken.

d. Sorge für das Kirchen- und Schulvermögen, auch sonstiger frommen Stiftungen; Unterhalt und Nachschaffung der Opfergefäße und Paramenten. Hiebei ist vorzüglich zu sehen, ob die Haupt- und Lagerbücher verordnungsmäßig vorhanden, alle Kapitalien gerichtlich ausgeliehen, die Rechnungen abgehört und die Archive an trockenen und feuerfreien Orten angelegt sind. Auch mag die Sende alle sonstige auf bessere Verwaltung abzielende Erinnerungen bei dieser Gelegenheit machen und im Protokoll hinterlegen.

e. Almosen-Austheilung und Sorge für die Armen und Kranken in der Gemeinde.

f. Endlich kann die Sende die Aufführung und Nachlässigkeit des Küsters bestrafen; selbst dem Pfarrer und seinen Gehülfen, wenn sie etwas ermangeln lassen, freundschaftliche Vorstellungen machen, und wenn selbe fruchtlos bleiben, es dem Landdechant, oder General-Vikariat vortragen; in Gegenwart dritter Personen werden die Sendscheffen es sich aber angelegen seyn lassen, den guten Ruf ihrer geistlichen Vorsteher gegen jede Nachrede zu vertheidigen.

§. 7. Die Bestrafung obgedachter Excesse gehet nur auf geringere Verbrechen, welche notorisch, oder von dem Verbrecher selbst eingestanden, oder durch das Zeugniß eines Sendscheffen, der ihn darüber getroffen hat, erwiesen sind; jene, so ihrer Beschaffenheit nach einer stärkeren Ahndung, oder einer besonderen vorläufigen Untersuchung noch bedürfen, oder wovon keiner der Sendscheffen selbst Zeuge gewesen ist, sind der gehörigen höheren Stelle anzuzeigen. Ist ein Vergehen nicht öffentlich, so ist blos eine brüderliche Ermahnung zu ertheilen; ist aber das Vergehen größer, oder öfter wiederholt, oder ist der Fehlende zu Ausschweifungen geneigt: so sind selbem nebst einer belehrenden Zurechtweisung solche Bußen aufzulegen, die ihn zur Besserung führen.

Ueberhaupt da sittliche Besserung der einzige Zweck dieser Anstalt ist, so können auch nur Ermahnungen, Vorstellungen und geistliche Bußwerke bei selber statt finden; Geldstrafen aber, so wie auch beschimpfende oder enteh-

rende Strafen liegen theils auſſer dem Kreiſe ihrer Befugniſſe, theils ſind ſie ihrem Zwecke zuwider.

§. 8. Um den Sendgerichten die ihnen obliegende Sorge für das Kirchen- Schul- und Armenvermögen und deren Baulichkeiten ſowohl zu erleichtern, als auch ihrer desfallſigen Aufſicht den bezweckten Nutzen deſto mehr zu verſichern, wird hiemit verordnet, daß dieſelben jährlich einmal, und zwar zu einer Zeit, die ihnen dazu die ſchicklichſte zu ſeyn ſcheint:

a. Den Zuſtand der öffentlichen Gebäude, als Kirchen, Kapellen, Paſtorat-, Armen-, Schulhäuſer ꝛc. unterſuchen, und wie ſolcher befunden wird, zum Protokoll nehmen;

b. Sich die letzt abgethanen Kirchen-, Kapellen- und Armenrechnungen vorlegen laſſen, revidiren, und den daraus abſtrahirten ſummariſchen Statum mit ihren Bemerkungen gleichfalls zum Protokoll bringen; wodurch ſie dann in Stand geſetzt werden, erforderlichen Falls jedesmal an die gehörigen Stellen zuverläſſig berichten zu können.

c. Auf gleiche Art wird ihnen eine jährliche Reviſion des vom Paſtoren zu errichtenden Inventariums über Kirchen- Pfarr- Schulnachrichten und dahin gehörige Bücher auferlegt, welches ſie vorerſt vollſtändig zum Protokoll zu nehmen, dieſemnach aber jährlich die damit vorgegangenen Veränderungen anzumerken haben.

Die Protokolle der Sendgerichte ſind bei künftig vorzunehmenden Kirchenviſitationen dem Viſitator offen zu legen.

§. 9. Da übrigens, ungeachtet der monatlichen Pfarrſende, auch die Dekanalſenden annoch ihren ganz beſondern Nutzen haben, ſo hat künftig der Dechant bei jeder wenigſtens alle 4 Jahre zu haltenden Viſitation, oder wenn ihn einzelne Geſchäfte an einen oder andern Ort hinführen, eine Dekanalſende mit Zuziehung des Orts-Paſtoren und Sendſcheffen zu halten, auſſer dieſer aber einſeitig keine Strafen zu verfügen.

§. 10. Da die Schlieſſung der Schenken und Kramladen während des Gottesdienſtes an Sonn- und Feiertagen durch mehrere Landesherrliche Verordnungen unter namhaften Strafen geboten iſt, ſelben aber an den wenigſten Orten nachgelebet wird: ſo haben die Pfarrſen-

den auf deren Beobachtung vorzüglich zu wachen, und falls ihr Ansehen gegen diesen, besonders in den Städten tief eingewurzelten Mißbrauch zu schwach wäre, den Beistand der weltlichen Beamten, oder höhern Polizei-Behörden anzurufen.

§. 11. Da endlich auch die, in den Visitationsrezessen von 1717 und 1750 verbotene Hagelfeier und Lobtage nur den Müssiggang begünstigen und zu Ausschweifungen verleiten; so wird dieses Verbot hiemit ausdrücklich erneuert.

§. 12. Noch schändlicher und eines christlichen Volks unwürdig ist der noch an einigen Orten bestehende Gebrauch der sogenannten Todtenwachen, wobei unter dem scheinheiligen Vorwande, für den Verstorbenen zu beten, oder die Leiche auszuzieren, sich junge Leute beiderlei Geschlechts versammeln und ungebührlichen Ausschweifungen überlassen; dieser Unfug wird hiemit aufs schärfste verboten, mit der nachdrücklichsten Aufforderung aller Seelsorger, Beamten, wohldenkender Hausväter und Hausmütter, zu Abschaffung eines Misbrauches mitzuwirken, der die Sittlichkeit verdirbt und nirgends schändlicher ist, als an dem Sarge eines Abgelebten, wo Tod, Verwesung und Gericht uns zum Gebet, zur Buße und Besserung bewegen sollten.

III. Abschnitt. Von der Armenpflege.

Die Nächstenliebe bedarf zwar zu ihrer Erfüllung keiner andern Befehle, als die uns die Religion der Liebe selbst vorschreibt; sie sind so einfach, bestimmt und deutlich, daß sie alle Bekenner derselben, und unter diesen vornehmlich die Vorgesetzten, und vermögenden Bewohner eines jeden Ortes wissen müssen. Jedennoch hat sich aus dem eingesandten Visitationsverfolge ergeben, daß fast überall für die Armen schlecht gesorget, sogar an jenen Orten, wo die stärksten Armenfonds sind, auch das Gassenbetteln und der damit verknüpfte Müssiggang am stärksten betrieben werden. Wahrlich! ein beschämender Beweis, wie weit man noch vom wahren thätigen Christenthum entfernt ist, und daß die von den Vorfahren so wohlthätig gestiftete Armenhülfe entweder schlecht verwaltet, oder unrecht verwendet, oder doch wenigstens auf keine Mittel gedacht wird, wie man der Armuth zuvor kommen könne. In Rücksicht dieser Betrachtungen wird

zur Richtschnur der Pfarrer, Armenprovisoren und Rechnungsführer hiemit verordnet:

§. 1. Da an einigen Orten der Pfarrer die Armengefälle nach Gutfinden einseitig auszutheilen pflegt, sich aber dadurch manchmal dem Verdachte der Partheilichkeit aussetzt, auch durch den äussern Schein erdichteter Armuth leicht kann hintergangen werden: so soll fernerhin dabei jedesmal der Armenprovisor zugezogen werden, und zwar mit Beirath der Sendscheffen, welche, da sie in Eid und Pflicht stehen, die Vermuthung bescheidener Verschwiegenheit für sich haben.

§. 2. Arme Eltern, so ihre Kinder dem Schulunterrichte entziehen, auch jene, welche die ihnen angebotenen Arbeiten nicht annehmen, verlieren alle Ansprüche auf Unterstützung aus Armengeldern.

§. 3. Welche wahrhaftig arm, und unter diesen mehr oder minder hülfsbedürftige seyen, hat der Pastor mit Zuziehung der Sendscheffen, des Armenvorstandes und rechtschaffener Nachbarn zu untersuchen, bei dieser Untersuchung aber vornehmlich auf die in der Stille leidenden Hausarmen und Kranken Rücksicht zu nehmen, und sie zur verhältnißmäßigen Theilnahme in Vorschlag zu bringen. Es verstehet sich von selbst, daß ihnen alsdann die Armengelder nicht auf immer, sondern nur für die Zeit, und nach Maßgabe ihrer Noth können zugetheilt werden.

§. 4. Der Armuth zuvorkommen und Menschen vom Bettelstab abhalten, ist verdienstlicher, als selbe durch wohlthätiges Allmosengeben lindern. In dieser Hinsicht wird allen Seelsorgern und Gemeinden als eins der wirksamsten Mittel gegen Verarmung sowohl, als gegen Müssiggang und Bettelei, die Errichtung der Industrie- und Arbeitsschulen für Kinder empfohlen, mit der Aufforderung, die desfalsigen Bemühungen des für dies Herzogthum gnädigst niedergesetzten Kirchen- und Schulrathes nach Kräften zu unterstützen.

§. 5. Wo noch keine hinlängliche Erwerbmittel, durch welche der Armuth vorgebeugt werden kann, vorhanden sind, und folglich das wohlthätige obrigkeitliche Verbot des Gassenbettelns nicht allgemein in Ausübung gebracht ist, haben die Seelsorger nach Kräften dafür zu sorgen, daß nicht auch die Kinder zum Müssiggang und

Bettelstabe erzogen werden. Sie haben demnach solche zum Besuch der Schulen überhaupt und der Erwerbschulen insonderheit anzuhalten, das Materiale zu Handarbeiten ihnen aus den Armenrenten oder Kollekten anzuschaffen, und sie recht früh zur Arbeitsamkeit, zum Erwerbfleiß und zu einer thätigen Lebensweise zu gewöhnen.

§. 6. Um alle ungebührliche und nicht nöthige Ausgaben der Armengelder zu beseitigen, wird hiemit 1. der unterm 30. März 1798 (Nr. 1029 d. 1. Abth. d. S.) ertheilte Befehl, daß fernerhin der Pastor die Begräbnisse der Armen unentgeltlich und ohne Ersatz aus den Armenmitteln verrichten solle, erneuert; und sollen auch 2. ihm, dem Küster, Organisten und Lehrer keine Gehaltszulagen mehr aus Armenrenten gegeben werden; es wäre denn, daß solches auf eine erweisliche Stiftung sich gründete, oder dem Lehrer wegen des Unterrichts armer Kinder von der Obrigkeit zugelegt würde.

§. 7. Die Austheilung des Armenkorns, gebackenen Brodes ꝛc. in natura, auch gewisser Geldspenden, besonders die an bestimmten Tagen statt finden, kommen selten wahrhaft dürftigen Einheimischen, sondern meistens fremden Müssiggängern zu Gute.

Er werden demnach in Zukunft solche Naturalspenden, in sofern es der Wille des Stifters erlaubet, zu veräussern seyn, damit das daraus gelöseke Geld vom Pastor und Provisor an wahrhaft arme Einheimische vertheilt werden könne. Doch können Fälle eintreten, wo für einen Armen gewisse Naturalien vortheilhafter, als Geld sind; die Entscheidung dessen wird allenfalls dem Sendgericht überlassen.

§. 8. Wo die Armenfonds eines Orts nicht hinreichend sind, den Leiden der Armuth zu steuern, und das Sammeln des Allmosens mit dem Klingelbeutel in den Kirchen eingeführt ist, muß die Einrichtung so getroffen und strenge darauf gesehen werden, daß dadurch das Volk in seiner Aufmerksamkeit auf den Gottesdienst und besonders auf die Predigt keinesweges gestört werde. Nebst dem werden die Pastoren zu gewissen Jahrszeiten oder monatlich eine Hauskollecte zu veranstalten haben, auch dahin trachten, daß die in ihren Kirchen bestehenden Bruderschaften mit der Wohlthätigkeit gegen Arme verbunden werden, wodurch dann die Eingeschriebenen erst den Namen der Brüder verdienen. Endlich sind zu dem Ende

auch auf der Paſtorat und in den Gaſt- oder Wirthshäuſern Büchſen mit der Inſchrift: „für Arme und Kranke“ anzuheften.

§. 9. Was in dem Klingelbeutel geſammelt wird, iſt vorerſt in einem verſchloſſenen Armenſtocke aufzubewahren, welcher, wie auch die übrigen Armenbüchſen, vom Paſtor und Proviſoren zu Zeiten eröffnet, das darin vorfindliche Allmoſen nachgezählt und dem Proviſor überliefert wird; demſelben wird auch das, was die Collecten einbringen, jedesmal zugeſtellt, und muß ſo ein wie anderes unter der Rubrik: „Collecten oder ungewiſſe Einnahmen“ in ſeiner Rechnung aufgeführt werden.

IV. Abſchnitt. Vom Unterrichte der Jugend.

Alle auf die Belehrung der Erwachſenen verwendete Mühe wird entweder vergebliche Arbeit oder doch nur Stückwerk ſein, wenn nicht ſchon die Jugend durch gründlichen Unterricht dazu vorbereitet und empfänglich gemacht iſt. Will demnach der Seelſorger eine ſittlich gute Gemeinde bilden, worauf er in allen ſeinen Amtsverrichtungen hinarbeiten ſoll: ſo fange er mit der noch biegſamen Jugend an; bei ihr wird er mit leichter Mühe dahin kommen, wohin er die Erwachſenen nur mit vieler Arbeit nach langem Kampfe oder vielleicht niemals bringen wird.

Da aber der nothwendige Unterricht und die gute Erziehung der Jugend einer ganzen Gemeinde mehr erfordert, als der Pfarrer allein leiſten kann: ſo hat er den zu ſolchem Unterrichte beſonders angeſtellten Schullehrer als ſeinen Gehülfen zu betrachten, und die Früchte dieſes Unterrichts werden deſto ſichtbarer reifen, je fleißiger er ſich der Aufſicht und Theilnahme daran unterziehet. Zu Beförderung deſſen

§. 1. werden vorderſamſt die Pfarrer auf die ihnen unterm 19. März 1798 (Nr. 1028 d. 1. Abth. d. S.) ertheilten Vorſchriften in Anſehung der bei ihren Zirkelverſammlungen vorzunehmenden Schulbeſuche zurückgewieſen. Da jedennoch in einigen Gegenden die Lage der Oerter und die Witterung zu gewiſſen Jahrszeiten eine monatliche Zuſammenkunft faſt unmöglich machen: ſo iſt wenigſtens darauf zu beſtehen, daß dieſelbe während der Winterlehrkurſe nicht ganz hintangeſetzt werde, indem zu dieſer Zeit ihre Schulbeſuche den meiſten Nutzen hervorbringen können.

§. 2. Da aber die Bemühungen der Seelsorger und Lehrer nicht selten durch die Eltern selbst vereitelt werden, welche ihre Kinder von dem Schulbesuche zurückhalten: so wird hiemit ferner verordnet, daß

a. der Pfarrer jedes halbe Jahr den Nachwuchs der schulfähigen Kinder aus dem Taufbuche ausziehe, vor dem Anfange des halbjährigen Lehrkurses zur Nachachtung der Eltern von der Kanzel bekannt mache, und durch den Lehrer in der Schul-Frequentationsliste eintragen lasse;

b. daß jeder Schullehrer über die ausbleibenden Kinder Tabellen führe, und selbe dem versammelten Sendgerichte monatlich, oder dem Pastor bei dessen Schulbesuche, übergebe, um gegen die nachlässigen Eltern durch die Sende das Nöthige zu verfügen;

c. daß das Schulgeld von den Eltern schulfähiger Kinder (den Fall der Krankheit ausgenommen) jederzeit entrichtet werde, ohne Rücksicht, ob sie ihre Kinder zur Schule geschickt haben oder nicht;

d. daß Arme, wie schon oben verordnet ist, so den Schulbesuch ihrer Kinder hindern, keinen Antheil an Armengefällen haben sollen.

§. 3. Viele Kinder entziehen sich nach der ersten h. Kommunion dem Unterrichte gänzlich, und vergessen dann in kurzer Zeit, was sie vorhin gelernet haben, und viele Eltern scheinen diese h. Handlung nur deshalb zu befördern, damit ihre Kinder dadurch vom Schulgange befreit werden; daher sollen dieselben, ungeachtet sie schon zur Kommunion zugelassen sind, noch bis zum 14. Jahre ihres Alters einschließlich der Winterschule beizuwohnen gehalten seyn.

§. 4. Den Eltern darf es nicht erlaubt seyn, eigenmächtig unter irgend einem Vorwande ihre Kinder auf einige Zeit oder wochenlang der Schule zu entziehen, ohne dem Pastor ihre Ursache vorgelegt und dessen Erlaubniß erhalten zu haben; wenn die Eltern auch nur ein oder zwei Tage nacheinander ihre Kinder zu Hause zu behalten nöthig haben, müssen sie dieses doch mit der Ursache dem Lehrer vorher anzeigen lassen.

§. 5. Da das so allgemein gewöhnliche Viehhüten der Jugend dem Verstande und Herzen derselben höchst nachtheilig ist, indem Müssiggang, Unwissenheit, Sitten-

roheit und Schamlosigkeit davon die natürlichen Folgen sind: so haben die Pastoren bei den Gemeinheiten sowohl als einzelnen Einsassen alles Mögliche zu versuchen, um diese so äußerst schädliche Gewohnheit wenigstens so weit einzuschränken, daß in Zukunft nicht so viele Kinder mehr dazu erfordert werden. Um demnach auch den bösen Folgen so viel möglich ist, vorzubeugen, wird

a. die im Jahre 1770 erlassene Verordnung (Nr. 651 d. 1. Abth. d. S.), vermöge welcher an Sonn- und Feiertagen die Hirten so lange abgelöset werden sollen, bis sie dem Gottesdienste und katechetischen Unterrichte beigewohnet haben, hiemit ausdrücklich erneuert, und soll

b. für dieselben den Sommer hindurch ein oder zwei gewisse Stunden des Tages, worin sie erscheinen können, Schule gehalten werden; die schicklichste Zeit dazu scheinen durchgehends die Früh- oder Mittagsstunden zu sein.

c. Endlich werden Seelsorger und Lehrer auch dafür sorgen, daß solche viehhütende Kinder dazu angehalten werden, sich hinterm Vieh mit Stricken oder sonstigen nützlichen Handarbeiten zu beschäftigen, indem die meisten Fehler derselben aus Müßiggang und Langweile entstehen.

d. Noch ein anderes vortreffliches Mittel gegen die Langweile und deren Folgen sind die schon in vielen Schulen eingeführten Schul- und Volkslieder moralischen Inhalts, welche nicht allein zum Zeitvertreib, sondern auch vornehmlich zur Verdrängung unsittlicher Gesänge und zur Erregung guter Gefühle und Gedanken geeignet sind; in welcher Hinsicht die Münster'sche Sammlung von 24 Liedern für die Schulen empfohlen wird.

§. 6. Jene, so sich zur h. Ehe verloben, sind nach Anweisung der Synodalstatuten vor dem Kanzelaufrufe von ihrem Pastoren über ihre Kenntniß der Glaubens- und der Sittenlehre zu prüfen; denn wie sollten jene Eheleute einstens gute Christen erziehen können, denen selbst die einem Christen nöthigen Kenntnisse mangeln?
Stat. Syn. P. 2 T. 11 C. 2 §. 4.

§. 7. Vielen Lehrern wird der sauer verdiente Lohn ihrer Arbeit auf eine unverantwortliche Weise entzogen, und jene, so ihn mit Nachdruck einfordern, ziehen sich den

Haß unbescheidener Eltern zu. Daher haben die Pfarrer darauf zu wachen, daß jene heilsame Verordnung, vermöge welcher die Magistrate in Städten und Freiheiten, und auf dem Lande die Vorsteher das Schulgeld durch die Raths- und Dorfsdiener erheben, und nöthigenfalls executivisch beitreiben, und solches den Lehrern halb- oder vierteljährig ohne Abzug einliefern sollen, allenthalben gewissenhaft befolgt werde.

§. 8. Der elende Zustand vieler Schulhäuser ist ein trauriger Beweis, wie wenig mancher Gemeinde die Bildung und Gesundheit ihrer Kinder am Herzen liegen. Um auch diesem Bedürfniß nach Möglichkeit abhelfen zu können, so sollen

a. die Senden, wie schon oben verordnet ist, die Schulhäuser fleißig visitiren, oder durch Werkverständige sich über deren Zustand berichten lassen, jeden Mangel den Baupflichtigen anzeigen, im Fall der Nichtverbesserung aber an den Kirchen- und Schulrath einberichten;

b. sollen, der höchsten Verordnung vom 1. Mai 1800 (conf. Nr. 1041 d. 1. Abth. d. S.) zufolge, keine Schulbaulichkeiten oder beträchtliche Aenderungen derselben ohne Vorwissen und Genehmhaltung des Kirchen- und Schulrathes geschehen; dieser wird,

c. um hierin alle Erleichterung zu verschaffen, den Bedacht darauf nehmen, daß den Baupflichtigen durch Normalbauplane an Händen gegangen werde.

§. 9. Jeder Pfarrer soll die Schule des Pfarrorts wöchentlich wenigstens einmal, jene des Kirchspiels aber zweimal im Monate besuchen. Bei diesen Besuchen soll er mit den Kindern katechisiren, sie über die verschiedenen Lehrgegenstände prüfen, die Eltern saumseliger Kinder auf ihre Pflichten aufmerksam machen ꝛc., wie solches unterm 19. März 1798 (Nr. 1028 d. 1. Abth. d. S.) schon ausführlicher verordnet ist.

Was diese Schulbesuche sowohl als die von den Lehrern zu behandelnden Gegenstände und die Lehrart betrifft, wird auf das vom General-Vikariat unterm 15. Dezbr. 1800 sämmtlichen Pfarrern auf höchsten Befehl zugefertigte Cirkulare Bezug genommen, dem noch das zugefügt und in Erinnerung gebracht wird, was, den Aberglauben an Wahrsagerei anbelangend, unterm 2. März 1803 (Nr. 26 d. S.) durch den Kirchen- und Schulrath an sämmtliche Lehrer erlassen worden.

§. 10. Da sich bei der Visitation auch gefunden, daß es vielen Schulkindern, deren Eltern arm oder doch nicht geneigt sind, ihnen die nöthigen Schulbücher, Schreib- und Handarbeitsmaterialien anzuschaffen, an solchen mangle: so hat zu diesem Behuf der Pastor und Schulvorstand am Tage der ersten h. Kommunion, und am Sonntage vor oder bei der jährlichen Endprüfung eine Collekte in der Kirche halten zu lassen.

§. 11. Endlich ist auch noch bei Gelegenheit der Visitation bemerkt worden, daß es in mancher Schule an der gehörigen Ordnung und Reinlichkeit fehle; da eben dieses nun auch ein Fehler vieler Haushaltungen ist, der auf das künftige Leben der Kinder den wichtigsten Einfluß hat: so ist es um so nöthiger, dieselbe schon frühe an Ordnung und Reinlichkeit zu gewöhnen. Es haben deshalb alle Pfarrer und Lehrer auf dieses wesentliche Erforderniß einer guten Schule besonders acht zu geben.

V. Abschnitt. Vom Kirchenvermögen.

Bemerk. Unter dieser Rubrik kommen vor das Vermögen der Pfarrkirchen und Kapellen, der Pastorat- Armen- Schulen und anderer frommen Stiftungen, die dahin einschlagenden Nachrichten und der Zustand der dahin gehörigen Baulichkeiten.

Die mancherlei bei Verwaltung des Kirchenvermögens vor und nach eingeschlichenen Fehler und Vernachlässigungen machen folgende Vorkehrungen nöthig:

§. 1. Das Amt des Rechners soll fernerhin nicht mehr mit jedem Jahre wechseln, sondern es soll der angeordnete Empfänger seinem Amte wenigstens 5 Jahre vorstehen. Wo etwa diese Einrichtung ohne große Beschwerniß oder merklichen Schaden der Kirche nicht zu treffen ist, und wo ihr Vermögen bei dem jetzigen Wechsel immer vortheilhafter verwaltet worden, kann, auf geschehene Vorstellung die bisherige Art des Wechsels fernerhin gestattet werden.

In diesem Amte haben, wo kein besonderes Herkommen das Ernennungsrecht einem Andern zueignet, Pastor und Kirchen-Vorstand einen fähigen, rechtschaffenen, unbescholtenen, des Schreibens und Rechnens erfahrnen, hinlänglich angesessenen Mann zu ernennen, einen Mann, welcher nach dem Ausdrucke der Synodalstatuten seinem

Hause wohl vorzustehen befunden worden, und welcher weiß, will und vermag, die Güter, Einkünfte und Gerechtigkeiten gleich als ein Vormund und Curator zu verwahren.

Wo es geschehen mag, sind die verschiedenen Empfänge von Kirchen, Kapellen, Bruderschaften ꝛc. ein und demselben Rechner anzuvertrauen. Pastoren aber, Beamte und Bürgermeister sollen sich der Führung des Empfangs nicht unterziehen.

§. 2. Bei seiner Anstellung ist ein Inventar aller unter des Küsters Verwahr befindlichen Geräthschaften zu fertigen, ihm einzuhändigen, diesemnach bei der jährlichen Rechnungsablage zu revidiren und zu berichtigen.

§. 3. Der Rechner hat die Schuldner zur Entrichtung der Zahlung zeitig zu mahnen, gegen die Säumigen den Beistand der Obrigkeit anzurufen, und, wenn sie ein Jahr lang im Rückstande bleiben, ihnen nach vorheriger Anfrage beim Pastor und Kirchenvorstande ihr Kapital aufzukündigen. Vernachlässiget er solches, so muß er selbst für den der Kirche daraus erwachsenden Schaden haften. Es verstehet sich folglich von selbsten, daß der sonderbare Mißbrauch einiger Orte, wo die Schuldner erst am Tage der Rechnungsablage ihre Pächte und Zinsen entrichten, nicht geduldet werden dürfe.

§. 4. Wiewohl also dem Rechner keine Rückstände können gut gethan werden, es sey denn, daß er die in vorgeschriebener Zeit geschehene Einklage, und daß der Beklagte inexequibel sey, beweise: so muß er doch eine eigene Restantenliste, nebst Bemerkung des Alters der Rückstände, führen, und bei Abhörung der Rechnung vorlegen.

§. 5. Vorräthige Kapitalien und Ueberempfang sind bis zur Zeit des Ausleihens im Kirchenarchiv in einer mit drei Schlössern versehenen Kiste aufzubewahren, wovon ein Schlüssel in den Händen des Pfarrers, einer bei dem ältesten Provisor oder Kirchenvorstande, und der dritte bei dem Rechner seyn soll.

§. 6. Kapitalien dürfen nur auf gerichtliche Hypotheken ausgeliehen werden. Zu dessen Erleichterung sind die in solchen Fällen zu zahlenden Gerichtsgebühren in der unterm 1. Junius 1799 (Nr. 1035 d. 1sten Abth. d. S.) erlassenen Verordnung auf die Hälfte herabgesetzt.

Kleine, gegen Handscheine ausgeliehene Summen sind daher, wenn eine gerichtliche Versicherung verweigert wird, aufzukündigen, in größere zusammen zu werfen und alsdann gerichtlich auszuleihen.

§. 7. Renten, deren Aufsicht oder Erhebung zu beschwerlich, und mit dem Ertrage in keinem Verhältniß ist, und unbedeutende Grundzinsen, mögen nach erhaltener Erlaubniß geistlicher Obrigkeit unter den vorschriftsmäßigen Feierlichkeiten veräussert, und das daraus gelöste Geld zum Kapital angelegt werden.

§. 8. Wenn nicht ständige, d. i. ausserordentliche Ausgaben vorkommen, so hat der Rechner erst davon dem Pastor und Kirchen-Vorstande die Anzeige zu thun; eben so ist ihm, neue Baulichkeiten, erhebliche Reparaturen und Holzverkäufe eigenmächtig zu unternehmen, verboten; letztere sollen ohne vorherige Besichtigung des Forstamtes nie geschehen. Wegen der vorzunehmenden Baulichkeiten ist bei der Rechnungsablage die nöthige Verfügung zu treffen, und, falls man sich da nicht darüber vereinigen könnte, die höhere Entscheidung einzuholen. Endlich ist auf Kosten der Kirche, ohne Vorwissen und Genehmhaltung des General-Vikariats, weder ein bedeutender Prozeß anzufangen noch Geld zu dessen Führung aufzunehmen.

§. 9. Alle Rechnungen sind nach beigehendem Formular sub Lit. B. (conf. ad Nr. 1022 d. 1. Abth. d. S.) einzurichten, und die Pfarrer sowohl als Beamten werden Sorge tragen, daß kein Rechner von solchem abweiche, vielmehr haben jene bei der ersten Einrichtung dem noch ungeübten Rechner freundschaftlich an Hand zu gehen. Einnahme-Rubriken, so in diesem Formular mangeln, sind an schicklichen Orten beizufügen.

§. 10. Nach Umlauf des Rechnungsjahrs, welches im Attendorner Dekanat, bestehender Observanz nach, von Martini, den 11. November, seinen Anfang nimmt, und den 10. November des folgenden Jahrs endiget, müssen die Rechnungen sofort in Zeit von 8 Tagen gefertigt und nebst den Original-Belegen an den Pastor abgeliefert werden; dieser durchgeht, prüft und monirt selbe, und liefert sie unverweilt an den weltlichen Beamten zur Revision ab; beide vereinigen sich sodann über den Tag der Rechnungsablage und sorgen, daß selbe baldmöglichst vorgenommen werde. Die rezessirten Rech-

nungen nebst Belegen hat sodann der Pastor binnen 14 Tagen an den angeordneten Kirchen- und Schulrath zur Supperrevision einzuschicken, oder wenn die Rechnungsablage in gehöriger Zeit nicht erfolgt seyn sollte, dieses und die Ursache, warum nicht, berichtlich anzuzeigen; nach Inhalt der durch den gedachten Kirchen- und Schulrath unterm 26. Januar l. Jahrs erlassenen höchsten Verfügung.

§. 11. Der Rechnungsabnahme wohnet, den bestehenden Landesgesetzen zufolge, nebst dem Pfarrer und Kirchenvorstande derjenige fürstl. Beamte, so das Politicum zu besorgen hat; in Städten und Freiheiten aber der Bürgermeister bei. Die Diäten des Beamten sind in der Verordnung vom 29. März 1783 (Nr. 763 d. 1. Abth. d. S.) bestimmt. Wornach sich die Pastoren in so lange zu achten haben werden, bis hierüber, so wie überhaupt in Betreff der landesherrlichen Aufsicht über das Kirchenvermögen, nähere gesetzliche Bestimmungen erfolgen werden.

Da die bei den Rechnungsablagen, so wie bei Prozessionen herkömmlichen Gastereien, oft einen ansehnlichen Theil der Kirchenrevenüen verschlingen: so sollen solche an Prozessionstagen ganz unterlassen, bei den Rechnungsablagen aber auf jene Personen beschränkt werden, die denselben Amts- oder Gemeinheitshalber beiwohnen müssen.

§. 12. So wie der Rechner keine außerordentliche Ausgaben ohne Genehmigung des Kirchenvorstandes verfügen kann, so soll auch der Pfarrer keine fundirte Messen oder andere Andachten zum Nachtheil des Kirchenaerariums einführen, unter der Warnung, daß er für die damit verbundenen Kosten ex propriis stehen müsse, wenn nicht der Kirchenvorstand aus den Kirchenmitteln, oder die Pfarrgenossen aus dem Ihrigen dazu beizutragen sich erklärt haben. Unter der nämlichen Bedingung hat er allen unnöthigen und nicht gesetzlich vorgeschriebenen Aufwand zu vermeiden.

§. 13. Die rezessirten Rechnungen mit ihren Belegen sind, so wie das Grund- oder Lagerbuch, im Archiv verwahrlich zu hinterlegen. Wenn der Rechner sein Amt niederlegt, so hat er das ihm übergebene Hauptbuch oder Heberegister, nebst allen auf das Kirchenvermögen sich

beziehenden Literalien an seinen Nachfolger gegen Quittung abzugeben.

§. 14. Die Grundlage einer ordentlichen Rechnungsführung ist der genaue Vermögensstand. Es werden daher alle Pastoren sorgen, daß die Haupt- und Lagerbücher in ordentlichen Stand gesetzt werden. *) Auch werden sie den Rechnern bei Empfang und Ausgaben in ihren Annotationen oder Manualregistern die genaueste Ordnung und Deutlichkeit empfehlen.

§. 15. Obige Vorschriften sind nicht blos von den Renten der Pfarrkirchen zu verstehen, sondern auch von jenen der Kapellen, Schulen, Armen, Bruderschaften und andern milden Stiftungen, insofern selbe unter kirchlicher Aufsicht und Verwaltung stehen, mit der alleinigen Ausnahme, daß hier die Rechnungen vor dem kompetenten Vorstande, ohne Zuziehung des fürstlichen Beamten können abgethan werden. Was insbesondere in Betreff der Haupt- und Lagerbücher verordnet ist, bindet auch Pastoren, Vikarien und Beneficiaten.

Da bei der Visitation befunden worden, daß die Kapellen meistentheils schlecht dotirt sind, und einige derselben ohne gewisse Einkünfte bishero gar keine Provisoren hatten; damit aber diese aus Mangel der Obsorge nicht gänzlich vernachlässiget werden: so sollen bei all und jeden Kapellen, sie mögen Einkünfte haben oder nicht, alsbald ohne Aufschub Provisoren angestellt werden.

§. 16. Da durch Brand oder andere Zufälle sehr oft die schriftlichen Nachrichten und Literalien verloren gehen, so soll zur Erhaltung derselben

a. in Gemäßheit der Synodalstatuten **) eine Abschrift sämmtlicher Kirchen-, Pfarr- und Beneficial-Hauptbücher nach gehöriger Collationirung und Vidimation zum Dekanal-Archiv abgegeben werden;

b. sollen ohne fernern Verschub alle Kirchenarchive geordnet und an trockene, gegen Fäulniß und Feuersgefahr gesicherte Orte, nach der bei der Visitation schon ertheilten Weisung gebracht werden. In Entstehung dessen werden die Pastoren selbst sich darüber verantwortlich machen. Alle vorhandene Urkunden, Literalien und Archivalnachrichten müssen abschriftlich

*) Stat. Syn. P. 3, T. 12, C. 2, §. 1 et 5.
**) Stat. Syn. P. 3, T. 6, C. 1, §. 2.

auf dem Pastorathause vorhanden seyn, und darüber sowohl, als was sonsten noch an Kirchen-, Kapellen-, Schul- und Armen-Nachrichten daselbst vorfindlich ist, ein genaues Inventarium angefertigt werden, welches der Pastor jährlich vorm Sendgericht, wie oben im zweiten Abschnitt §. 9. schon verordnet ist, sodann bei jeder Dekanal-Visitation zur Uebersicht aufzulegen hat;

c. hat, nach erfolgtem Absterben eines Pastoren, dessen Erbe oder Executor alle diese Literalien und Nachrichten dem Nachfolger, gegen Quittung zu extradiren, ohne deren Auflegung Letzterer von dem Executorio nicht zu absolviren ist.

§. 17. Der schlechte Zustand der Pastorathäuser, und die daran vernachlässigten Reparaturen veranlassen nicht selten Streitigkeiten zwischen den Erben des abgelebten Pfarrers und dessen Nachfolger, wodurch dieser schon von Anfange seines Amtes in Verdrießlichkeit verwickelt wird. Um dem zuvorzukommen, werden hiedurch sämmtliche Pfarrer nachdrücklichst gewarnt und ermahnet, vor allem beim Antritte ihres Amtes ungesäumt darauf zu bestehen, daß ihnen die Pastoratwohnung und Gebäude in unsträflich baulichem Zustande eingeräumt und überliefert werden; diesemnach aber die geringeren, täglichen, oder durch ihr Verschulden entstandenen Mängel selbst nicht zu vernachlässigen, sondern sogleich, ehe sie in größere Gebrechen ausarten, herstellen zu lassen. Wo es hingegen hergebracht ist, daß die Gemeinde auch dergleichen kleine Reparaturen übernehmen muß, sind sie derselben, zu Vermeidung größerer Kosten, alsbald anzuzeigen.

§. 18. Damit auch das Grundvermögen der Kirchen, Pfarren und übrigen frommen Stiftungen vor Verlust und Beeinträchtigung desto gesicherter sey, und der so leicht entstehenden Gränzstreitigkeiten enthoben bleibe, ist die Vermessung und danach vorzunehmende Erneuerung der Grund- oder Lagerbücher das einzig zuverlässige Mittel. Wo also die Gränzen der Grundstücke nicht hinlänglich berichtiget, oder die Lagerbücher seit mehr als 30 Jahren her nicht erneuert sind, ist die jetzt gedachte Vermeß- und Erneuerung ungesäumt zu veranstalten, und zwar

a. der Kirchen-Grundstücke, auf Kosten des Kirchenaerarii; eine ergiebige Beihülfe zu diesen Kosten wäre eine neue an den Meistbietenden, in Gemäßheit der Synodalstatuten P. 3, Tit. 12, C. 3, §. 2 zu machende Verpachtung der nicht in Erbpacht stehenden Grundstücke, in soweit solches nach der Landesverfassung geschehen mag;

b. der Pastorat- und Vikarie-Gründe aber auf Kosten der Pfarren und Benefiziaten selbst, welchen jedoch auf deren Ansuchen den Umständen nach der Consensus aggravandi zu Behuf der Kosten auf gewisse Jahre soll ertheilt werden. Dergleichen Grundstücke dürfen künftig nie länger als auf eine Dungreise in Natural- oder Geldpacht gegeben werden.

Die dergestalt oberwähnter Maßen erneuerten Grundbücher sind nach jedesmaligem Umlauf von höchstens 15 Jahren wiederum von neuem zu berichtigen.

§. 19. Weil auch das in der Attendorner Christianität, nach Absterben eines Pfarrers, den Erben zukommende zweite Nachjahr, oder annus gratiae, gemeiniglich zwischen diesen und dem Nachfolger Zweifel und Uneinigkeit erreget, so haben die sämmtlichen Pfarrer in ihrer nächst künftigen Dekanalversammlung diesen Gegenstand in gründliche Ueberlegung zu nehmen, und, wie alle desfalls obwaltende Zweifel durch eine obrigkeitliche Verordnung können gehoben werden, ihre gutachtliche Vorschläge zu thun.

§. 20. Schließlich wird hierdurch verordnet, daß die Pfarrer alle ins Kirchen- und Armenwesen einschlagende Geschäfte fernerhin von Amtswegen und unentgeltlich besorgen; die Provisoren oder Rechner aber in keinem Falle mehr, als 4 vom Hundert betragende Procente erhalten sollen, Wo es jedoch hergebracht ist, daß diese ihr Amt gegen eine geringere Vergütung, oder unentgeltlich übernehmen müssen, hat es dabei sein Verbleiben.

§. 21. Vorstehende Verordnungen sind in allen Kirchen des Attendorner Dekanats zu verkünden, und von den Pastoren den betreffenden Beamten, deren Mitwirkung in vielen Stücken erforderlich ist, mitzutheilen. Uebrigens werden die sämmtlichen Pfarrer sich alles Ernstes angelegen seyn lassen, die darin enthaltenen Vorschriften

ihrerseits sowohl auf das genaueste zu vollziehen, als auch bei den ihnen untergebenen Gemeinden die strächliche Befolgung derselben mit väterlichem Nachdrucke zu befordern; und um beides desto zuverlässiger und übereinstimmender zu erreichen, haben sie bei der nächstkünftig zu haltenden Dekanalversammlung diese Vorschriften punctatim in Berathschlagung zu nehmen, um zu sehen: ob und in wie weit dieselben schon vorhin beobachtet worden, oder nun erst nach deren Kundmachung in Erfüllung gegangen, oder welche noch unerfüllet geblieben sind; welcher Anstand, oder welches Hinderniß dabei obwalte, und wie dieses am füglichsten könne gehoben werden. Ueber alles dieses wird solchemnach von dem Dechanten der ausführliche Bericht erwartet.

Afterdechant und Kapitul des Erzstifts Kölln.

Uns ist der von dem Erzpriester und Pastorn zu Menden, Ernest Zumbroich, fleißig ausgearbeitete Visitations-Rezeß der Attendorner Christianität vorgelegt worden. Nachdem Wir selben gehörig untersucht haben; als ertheilen Wir demselben nicht nur Unsere Bestätigung; sondern befehlen auch, daß sämmtliche Pastoren und Beneficiaten gedachter Christianität diesen Rezeß aufs pünktlichste befolgen. Gegeben Arnsberg den 7. März 1804.

(L. S.) Aus besonderm Auftrage

F. H. Joseph von Caspars,
Canonic. Capitularis m. a.

Beilage A. Instruktion für die Küster.

1. Sollen nur rechtschaffene, gottesfürchtige, sittliche Leute, so von gutem Betragen und Beispiel sind, in gutem Rufe stehen, Ordnung und Reinlichkeit lieben, und im deutschen Kirchengesang unterrichtet sind, zur Küsterstelle aufgenommen werden; übles Betragen, Mangel an Ordnung und Diensteifer, und böses Beispiel ziehen demnach den Verlust der bereits erhaltenen Stelle nach sich.

2. Beim Antritt dieser Stelle wird von dem Pastoren dem Küster ein Verzeichniß aller, seiner Obsicht anzuvertrauenden Kirchengeräthschaften eingeliefert und all-

jährlich revidirt werden. Solches muß der Küster unterschreiben, und muß dafür angesessen seyn, oder sonstige Bürgschaft dafür leisten.

3. Nebst den Kirchengeräthschaften wird auch der ordnungsmäßige Gebrauch der Glocken seiner Obsicht übergeben; wo ausser ihm noch besondere Läuter angestellt sind, hat er dafür zu sorgen, daß das Geläute zum öffentlichen Gottesdienste sowohl, als bei den Begräbnissen und andern gesetzlichen Vorfällen, jedesmal auf gehörige Weise, zur gehörigen Zeit, und durch Niemanden anders, als der dazu bestellt ist, verrichtet, fort dabei alle Unordnung verhütet werde.

4. Beim öffentlichen Gottesdienst darf er nicht anders, als in reinlicher Chorkleidung, oder wenigstens in einem langen anständigen Mantel erscheinen.

5. Ohne des Pastoren Vorwissen und Erlaubniß soll er aus der Pfarre sich nicht entfernen.

6. Hat er für die Reinlichkeit und Instandhaltung der priesterlichen Kleidung zu sorgen, und jeden sich zeigenden Mangel oder Verderb dem Pastorn unverzüglich anzuzeigen.

7. Täglich nach der letzten Messe soll er die Altäre und deren Auftritte mit einem Handstäuber säubern, erstere mit einem Wachstuch zudecken, und alle im Gebrauch gewesene Paramente an Ort und Stelle zurücklegen.

8. Alle Samstage hat er die Gänge der Kirche, die Bänke und den Fußboden unter den Bänken zu kehren, die Altäre, Kanzel, Beichtstühle, Seitenwände und Fenster, so weit sich auf einer Leiter reichen läßt, von Staub und Spinngeweben zu reinigen, auch die Leuchter, Weihwasserkessel und Meßkännchen wohl zu putzen, und mehrmalen in der Woche zur Reinigung der Luft die Fenster zu öffnen.

9. Zweimal im Jahr soll unter seiner Leitung, und mit Beiziehung der nöthigen Hülfe die Kirche auf Kosten derselben bis unter das Gewölbe gereiniget werden.

10. So lange der Gottesdienst dauert, oder Messen gelesen werden, hat sich der Küster nicht aus der Säkristei zu entfernen, bei seinem Hinweggehen aber selbe zu verschließen.

11. Ohne besondere dem Pastorn anzuzeigende Ursachen, dergleichen Krankheit oder Abwesenheit sind, hat er weder die Schlüssel jemand anzuvertrauen, noch seine Dienstverrichtungen einem Dritten zu übertragen.

12. Soll er darauf Acht haben, daß keine Störungen des Gottesdienstes, lärmende Auftritte oder sonstige Unanständigkeiten in der Kirche vorgehen, daß keine Hunde in selbe hineingelassen werden, oder sonst etwas geschehe, was der Würde des Hauses Gottes zuwider ist.

13. Hat er darauf zu sehen, daß keine ungezogene oder unreinlich gekleidete Knaben zur Messe dienen. Es wird zu dem Ende dienlich seyn, wenn für die Ministranten in jeder Kirche wenigstens einige Mäntel von der Art, wie sie bei Studenten herkömmlich sind, angeschafft werden, welche sie bei dem Meßdienen anzulegen haben.

Endlich wird der Küster in allen zweifelhaften Vorfällen sich bei seinem Pfarrherrn Raths erholen, keine neue Bilder oder Opfer anheften, und überhaupt keine Neuerung in der Kirche vornehmen, oder vornehmen lassen, ohne darüber die Entschließung seines Pastorn eingeholt zu haben.

Bemerk. Der vorstehende Rezeß ist wegen der Wichtigkeit seines, über das Wesen und den Standpunkt der kirchlichen Verfassung im Herzogthum Westphalen Aufschluß gebenden, Inhaltes, Ausnahmsweise in die gegenwärtige Sammlung aufgenommen worden.

---

95. Darmstadt den 16. April 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Zur Verzinsung und successiven Tilgung der im Herzogthum Westphalen vorhandenen ältern Landes-Schulden, so wie der im siebenjährigen Kriege, in dem spätern Reichskriege und unter analogen Umständen contrahirten Schulden (deren jährliche Zinsen sich auf 90000 fl. belaufen) wird — unter Erhebung zur gesetzlichen Verfügung der am 9. Januar 1802 (rücksichtlich der Beitragspflicht zu der Schuldentilgung aus dem siebenjährigen Kriege) erlassenen reichsrichterlichen Ordination, und unter

Anwendung derſelben auf alle ältere und jüngere Landes- resp. Kriegs-Schulden —, ſodann mit Vernichtung des Recessus perpetuae concordiae de 1654 (Nr. 89 d. 1. Abth. d. S.) (deſſen Unbilligkeit den Landſtänden demonſtrirt und deſſen gänzliche Aufhebung ihnen landesherrlich erklärt worden iſt) — verordnet:

Daß vom Jahre 1804 an, keine Schatzungen und Ritterſteuern Behufs der Landesſchulden mehr ausgeſchrieben, dagegen alljährlich zur Verzinſung und allmäligen Abtragung der Letztern, 100000 Rthlr. durch eine Vermögens-Steuer erhoben werden ſollen. Frei von dieſer Beſteuerung iſt nur das Vermögen der Kirchen, Pfarren, Schulen und Armen, und ſoll ſelbſt $\frac{1}{10}$ des Rein-Ertrages der weſtphäliſchen Provinzial-Domainen-Kaſſe und der Einkünfte der domanialiſirten Klöſter zum Landes-Schulden-Tilgungsfonds entrichtet werden.

Behufs der Beiträge-Normirung, wird das zu beſteuernde Vermögen in 3 Hauptklaſſen eingetheilt, und zur erſten Klaſſe alles Grundeigenthum und alle auf daſſelbe radizirte Einkünfte und Eigenthumsrechte; — zur zweiten Klaſſe alle inländiſche Kapitalien, der Viehſtand und alle nutzbare Berechtigungen, Gewerbetriebe und dazu erforderliche Gereidſchaften, als Hämmer, Brennereigebäude, Mühlen ꝛc.; und endlich zur dritten Klaſſe alle Wohn- und Oekonomie-Gebäude, Berg- und Hüttenwerke, Geldforderungen auf Handſcheine, Buchſchulden, Baarſchaften, Hauß- und Handwerks-Geräthe und alle bewegliche Habe ohne Unterſchied gezählet; ſodann auch beſtimmt, daß, wenn die erſte Klaſſe 1 pCnt. beiträgt, die zweite nur mit $\frac{1}{2}$ pCnt. und die dritte nur mit $\frac{1}{4}$ pCnt. beſteuert werden ſoll.

Außer dieſer allgemeinen Vermögensſteuer ſoll in demjenigen Theile Weſtphalens, welcher, durch die Demarkationslinie geſchützt, vom Beitrage zu den Laſten des jüngſten Reichs-Krieges befreiet geblieben iſt, nach den vorbemerkten Grundſätzen, noch beſonders die Hälfte der jetzigen allg. Vermögens-Steuer, bis zur Tilgung des näher zu ermittelnden Erſatz-Quantums dieſer Landestheile erhoben werden, und wird dieſe jährliche Beitrags-Summe auf 20 bis 25000 Rthlr. feſtgeſetzt, um welche die gewöhnlichen Steuer-Abgaben vermindert werden ſollen.

Für das Jahr 1804 ſoll von jedem Reichsthaler Capitalwerth des Vermögens der 1ſten Klaſſe $\frac{1}{4}$ Stüber und resp. der 2ten und 3ten Klaſſe $\frac{1}{8}$ und $\frac{1}{16}$ Stbr. erhoben

und hiernach der künftige jährliche Beitrag, Behufs Erlangung der vorbemerkten beiden Summen, normirt werden.

In Ermangelung eines Katasters des Grundeigenthums soll das zu besteuernde Vermögen durch die eignen Angaben der Besitzer, unter prüfender und controlirender amtlicher Mitwirkung, ermittelt werden, wozu der westphälischen Regierung als oberster leitender und beaufsichtigender Behörde, so wie den landesherrlichen und jurisdiktionsherrlichen Beamten und allen Klassen von Unterthanen eine ausführliche und durch Formulare und Beispiele erläuterte Anweisung ertheilt, sodann u. A. auch bestimmt wird: daß Nutznießer, die Hälfte der Steuer-Quote für sich selbst, und die zweite Hälfte für die Vermögens-Eigenthümer, salvo regressu an diese, entrichten müssen, und daß Pfarrgeistliche als Nutznieſſer des eigentlichen Pfarrei-Vermögens (dessen Substanz befreiet bleibt) betrachtet, mithin zur Hälfte nur besteuert werden sollen. — Den bei Zusammenkünften vereinigten Landständen wird es gestattet, durch Deputirte, in Gegenwart eines Regierungsmitgliedes, Einsicht der Vermögens-Angaben zu nehmen und der westph. Regierung desfallsige Erinnerungen vorzulegen. Bestimmungen über die Rechnungsablage wegen dieser Steuer, so wie Abänderungen ꝛc. dieser Verordnung werden vorbehalten.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 16. Juni ej. a. die Termine zur Umlage und völligen Entrichtung der obigen Steuer bis zum 1. August und resp. bis zum 31. Dezember 1804 ausgedehnt; sodann auch nachträglich am 5. Mai 1804 und späterhin mehrere Erläuterungen über die Art der Veranschlagung des Reinertrages der Güter ꝛc. publizirt, welche in dieser Sammlung nicht angedeutet sind.

---

96. Arnsberg den 21. April 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Den legalen Notarien wird es, bei willkürlicher und nach den Umständen zu bestimmender Strafe, verboten, den landesherrlichen Behörden irgend Etwas zu insinuiren. Dasjenige, was den Letztern von den Unterthanen

bekannt zu machen iſt, ſoll nur mittelſt einer ſchriftlichen Vorſtellung in vorſchriftsmäßiger Form bewirkt und auch die allenfalls darüber erforderliche Beſcheinigung geziemend nachgeſucht werden.

---

97. Arnsberg den 21. April 1804.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Mit Bezugnahme auf die in der weſtphäliſchen Polizeiordnung de 1723 Tit. 41, §. 6 (Nr. 358, S. 684. der 1. Abth. d. S.) enthaltene Beſtimmung, wird verordnet, daß, außer den unterm 31. v. M. (Nr. 90 d. S.) gegen inländiſche Quackſalber ꝛc. vorgeſchriebenen Maßregeln, die Beamten auch auf die in ausländiſchen Grenzorten wohnenden Perſonen, welche von ihren Behörden nicht zur Ausübung der Heilkunde ermächtigt ſind, und dieſſeits als wahre Medicaſter ihr Weſen treiben, ſtrenge wachen, und dieſelben im erſten Betretungsfalle mit der Warnung aus dem Lande weiſen ſollen, daß ſie bei wiederholter Ertappung nach den hieſigen Landesgeſetzen beſtraft werden würden; zugleich ſollen die ausländiſchen Behörden requirirt werden, die dieſſeits ausgewieſenen Quackſalber vor Gericht zu fordern und ſie vor ähnlichen Vergehen nachdrücklich zu warnen. Im zweiten Betretungsfalle eines ausländiſchen Medicaſters ſoll ſein Arznei- und Inſtrumenten-Apparat confiſcirt, er ſelbſt verhaftet und darüber, zu weiterer Verfügung, an die Regierung berichtet, der Delinquent auch, bei mangelndem lokalen Verwahrungsorte, nach Arnsberg gebracht werden. Die Pfarrer und Seelſorger ſollen ihre Pfarrkinder vor den gewiſſenloſen, Geſundheit und Leben gefährdenden, Quackſalbern warnen und denſelben die Hülfeſuchung bei legalen Aerzten und Wundärzten empfehlen.

---

98. Arnsberg den 1. Mai 1804.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Mit Bezugnahme auf die allgem. Juden-Ordnung de 1700 (Nr. 262, d. 1. Abth. d. S.) wird verordnet:

1. daß in denjenigen Unterherrlichkeiten des Herzogthums Weſtphalen, worin die Gerichtsherrn das Recht

der Judenvergleitung hergebracht haben, nur gehörig vergleitete Juden geduldet werden dürfen;

2. daß die gedachten Gerichtsherrn mehr nicht als auf 24 Christen-Familien ein Juden-Geleit ertheilen dürfen, und die mehr ertheilten wieder einziehen müssen;

3. daß dieselben, zur Erlangung der Kenntniß der Anzahl aller Juden und Behufs der Untersuchung, ob sie das erforderliche Vermögen besitzen, jedesmal eine Abschrift des von ihnen ertheilten Geleites, bei Strafe der Einziehung des Letztern und 50 Goldgd. Brüchte, an die landesherrliche Rentkammer einsenden müssen; und daß

4. die von den Unterherrn vergleiteten Juden als Fremde zu betrachten sind, welchen aller Handel im übrigen Gebiete des Herzogthums Westphalen, bei Strafe der Confiskation ihrer Waaren, verboten ist.

Die landesherrlichen Beamten werden zur genauen Untersuchung der bestehenden vorbemerkten Verhältnisse und zur strengen Handhabung obiger Vorschriften, unter Strafandrohungen, angewiesen.

---

99. Arnsberg den 3. Mai 1804.

Fürstl. H. D. Kirchen- und Schul-Rath.

Diejenigen wirklich angestellten Lehrer, welche Fähigkeit besitzen, sollen zur Ausbildung ihrer Kenntnisse und Aneignung der bessern Lehrmethode, sodann auch die dazu geeigneten Schulamts-Candidaten, von den Pfarrern ermittelt, und zur Theilnahme an dem diesjährigen Normal-Kursus angemeldet werden.

Bemerk. Die auf den 6. Juli 1804 bestimmte Eröffnung des Lehrkursus ist am 7. Juni ej. a. mit dem Zusatze bekannt gemacht worden, daß bei der Besetzung künftig vacirender Schulstellen vorzüglich auf jene Subjekte Rücksicht genommen werden soll, welche dem Kursus beigewohnt und sich die nöthigen Kenntnisse zum Lehramte erworben haben. Die alljährliche Wiedereröffnung des Lehr-Kursus für Schul-Lehrer und Schulamts-Candidaten ist fernerhin von der obigen Behörde gleichmäßig bekannt gemacht worden.

---

100. Darmstadt den 31. Mai 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Die seither dem Landzoll-Commissar und der landesherrlichen Kammer übertragen gewesene Untersuchung und resp. Bestrafung der Zoll-Defraudationen soll fernerhin, auf Denunciation der Contravenienten durch die betreffenden Zoll-Empfänger und Aufseher, von den landesherrlichen Justizbeamten (in den Städten und Patrimonialgerichten von den landesherrlichen Concurrenz- und Reservat-Beamten) bewirkt werden, und wird über das desfallsige Verfahren ausführliche Vorschrift ertheilt.

Bemerk. Die fürstl. H. D. Rentkammer zu Arnsberg hat am 2. Juli ej. a. den sämmtlichen landesherrlichen Beamten befohlen, am Schlusse jedes Quartals ein Verzeichniß der in ihren resp. Bezirken vorgefallenen Zoll-Defraudationen an sie einzusenden.

---

101. Arnsberg den 1. Juni 1804.

Fürstl. H. D. Hofgericht.

Alle von dem Hofgerichte erkannten Geldstrafen müssen im 24. fl. Fuß an die landesherrliche Kammer-Kasse entrichtet werden.

---

102. Arnsberg den 9. Juni 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die im Herzogthum Westphalen auf den Scheidewegen fehlenden Wegeweiser mit Armen, worauf die Richtung jedes Weges bemerkt ist, und die auf gangbaren Wegen vielfach mangelnden Steege über Bäche müssen von den landesherrlichen, unterherrlichen und städtischen Behörden sofort errichtet und resp. hergestellt werden.

---

103. Arnsberg den 12. Juni 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die in den ältern fürstlich hessischen Landen unterm 10. Febr. 1787 publizirte landesherrliche Verordnung, wodurch:

a. die ohne landesherrliche Erlaubniß stattfindende heimliche oder öffentliche Auswanderung oder häusliche Niederlassung in fremden Colonien, ohne Rücksicht auf Stand und Geschlecht der Auswanderer, bei Strafe der Confiskation des Vermögens der Auswanderer, — welche auch dann eintreten soll, wenn Letzteres zur Beförderung der Auswanderung durch Kauf oder sonst in den Besitz eines Dritten übergegangen ist —, verboten ist, wodurch ferner

b. gegen die zu solchen Auswanderungen verleitenden Emissarien harte Leibes- und nach Umständen Todes-Strafe verhängt ist, und endlich

c. gleichmäßig geschehende Auswanderungen in fremde Lande, bei Strafe der Erlegung von 5 % des exportirten Vermögens, außer den sonst gewöhnlichen Prästationen und Abzugsgeldern, verboten sind,

soll auch im Herzogthum Westphalen als Landesgesetz eingeführt und beobachtet werden.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 6. April 1805 die Unterthanen gewarnt, sich durch die Vorspiegelungen herumziehender Emissarien nicht zur Auswanderung, angeblich in die durchs gelbe Fieber entvölkerten Gegenden, verleiten zu lassen, und die strengste Wachsamkeit auf solche Betrüger den Behörden zur Pflicht gemacht.

---

104. Arnsberg den 16. Juni 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Reisepässe nach Frankreich werden dort nur respektirt, wenn sie von den resp. Regierungen ausgestellt sind; die Unterthanen werden daher angewiesen, dergleichen Pässe nur von der vorbezeichneten Stelle zu gesinnen, und wird deren fernere Ausfertigung den Bezirks- und Lokal-Behörden verboten.

---

105. Arnsberg den 26. Juni 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Sämmtliche Scharfrichter, Wasenmeister und Schweineschneider im Herzogthum Westphalen sollen binnen 4 Wo-

chen die neue landesherrliche Belehnung der ihnen verliehenen Rechte bei der vorbezeichneten Behörde nachsuchen, und die desfallsigen Belehnungsbriefe, bei Vermeidung des Verlustes ihrer bisherigen Belehnungs-Rechte, auslösen.

---

106. Arnsberg den 14. Juli 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zufolge landesherrlicher Entschließung dürfen Beschwerden gegen Verfügungen der Polizei-Behörden fernerhin bei keiner Justizstelle mehr angebracht werden; dergleichen Rekurse gegen Lokal-Polizeiverfügungen müssen an die Landes-Regierung, als obere Polizei-Behörde, gerichtet, und, wenn die Sachen von Wichtigkeit sind, und die Partheien sich mit den Regierungsverfügungen nicht begnügen, so kann der weitere Rekurs an das geheime Ministerium, welchem die oberste Leitung der Polizei anvertraut ist, genommen werden.

---

107. Arnsberg den 17. Juli 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Bei der Umlage der allgemeinen Vermögens-Steuer (conf. Nr. 95 d. S.) soll bei Lehngütern blos der Werth des nutzbaren Eigenthums angegeben und versteuert, das obere Eigenthum aber, zufolge landesherrlicher Bestimmung, bis auf weitere Verordnung frei gelassen werden.

---

108. Arnsberg den 21. Juli 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die von der bischöflichen Behörde zu Paderborn in einem Theile des Herzogthums Westphalen früherhin ausgeübte Gerichtsbarkeit muß sich, gleich jener des erzstiftkölnischen Offizialates, auf diejenigen Streitigkeiten beschränken, bei welchen nur von Causis mere ecclesiasticis die Rede ist.

---

109. Arnsberg den 26. Juli 1804.

Fürstl. H. D. Rent-Kammer.

Die Unterthanen im Herzogthum Westphalen, welche mit selbstfabrizirten Waaren die Jahrmärkte in den andern landgräflich hessischen Provinzen besuchen, genießen Zollfreiheit.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat unterm 1. März 1806 bekannt gemacht, daß die vorbezeichnete Zollfreiheit nur dann ferner stattfindet, wenn die Kaufleute amtliche Atteste über die wirklich im Herzogthum Westphalen geschehene Fabrikation ihrer zu Markt bringenden Waaren den Zollbeamten produciren.

---

110. Arnsberg den 28. Juli 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die stattgefundene Anordnung einer besondern Frohndfuhrdeputation wird den sämmtlichen Beamten mit dem Befehle bekannt gemacht, die von dieser Behörde an sie ergehenden Weisungen pünktlich zu befolgen, die von ihr erforderten oder von Amtswegen an sie zu erstattenden Berichte an dieselbe zu richten und, bei Vermeidung schwerer Ahndung, künftig keine Kriegs- und Kameral-Frohndfuhren, ohne besondere von der Frohndfuhrdeputation erhaltene Anweisung, auszuschreiben.

---

111. Darmstadt den 28. Juli 1804.

Fürstl. H. D. Ministerium.

Rücksichtlich der Nachlassenschaften der ohne Testament verstorbenen Geistlichen und der Bestätigung ihrer Testamente, wird, nach stattgefundener landesherrlicher Genehmigung, die frühere desfallsige Verfassung im Herzogthum Westphalen dergestalt modificirt erhalten:

1. daß kein Geistlicher über die aus geistlichen Pfründen resultirenden Ersparnisse testiren kann, wofern er nicht von dem desfallsigen Kirchen-Gesetze durch die bischöfliche Erlaubniß oder sogenannte approba-

tionem Testamenti, (so sich jedoch weder auf Patrimonial-Vermögen noch auf das aus erlaubtem Gewerbe erwonnene Vermögen erstrecken darf) dispensirt ist; daß

2. beim Absterben eines Geistlichen ohne Testament, oder wenn ein Vorhandenes aus kanonischen Gründen nicht vom Bischofe bestätiget worden, dessen Verlassenschaft, — in so weit selbe nicht aus Patrimonial-Vermögen oder aus erlaubtem Gewerbe, sondern aus kirchlichen und Benefizial-Einkünften herrührt —, als Kirchengut, und eben deshalb schon als frommen Zwecken afficirt, zu betrachten ist, welches von dem Bischofe zu keinem andern Endzweck verwendet werden kann; und daß endlich
3. zur Wahrung des dabei eintretenden landesherrlichen Oberaufsichts-Rechtes und jus advocatiae ecclesiasticae, bei jedem dergleichen sich ereignenden Falle, der landesherrliche Kirchen- und Schul-Rath sich mit der bischöflichen Behörde über die beste Verwendungsweise solcher Nachlassenschaften benehmen, und das Resultat dieser gemeinschaftlichen Berathung dem Landesherrn, zur Ertheilung des Placiti, vorlegen soll.

Bemerk. Diese Bestimmungen sind in einem an das Hofgericht zu Arnsberg gerichteten offiziellen Ministerial-Protokoll-Auszuge enthalten.

---

112. Arnsberg den 31. Juli 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Den sämmtlichen Polizeibehörden der Städte im Herzogth. Westphalen wird eine von der städtischen Polizei-Deputation zu Arnsberg daselbst publizirte und auf den Grund der allgemeinen Feuer-Ordnung vom 7. August 1784 (Nr. 787 d. 1. Abth. d. S.) erlassene Feuerlöschordnung mitgetheilt, um, nach deren Anleitung und unter Berücksichtigung der Lokalverhältnisse, die Lösch-Anstalten auf gleiche Weise einzurichten. (conf. Nr. 296 d. S.)

---

113. Arnsberg den 2. August 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die landesherrlichen, unterherrlichen und städtischen Behörden müssen die den Inquisiten, als Strafe wegen Vergehungen, zuerkannten Stockschläge oder andere geringere Züchtigungen, (wovon jedoch das Auspeitschen mit Ruthen und höhere Strafen ausgenommen bleiben, welche vor wie nach durch die Scharfrichter zu vollziehen sind,) künftig durch ihre Gerichtsboten oder Stadtdiener exequiren lassen, wogegen Letztern die Versicherung ertheilt wird, daß dadurch ihrer Ehre und bürgerlichen Achtung nicht der geringste Abbruch geschehen soll; zugleich wird verordnet, daß jeder, welcher sie in dieser Hinsicht auf irgend eine ihrer Ehre und Achtung nachtheilige Art kränken würde, mit exemplarischer Strafe belegt werden soll.

---

114. Arnsberg den 2. August 1804.

Fürstl. H. D. Kirchen- und Schul-Rath.

Unter Aufhebung der bisher zu Geseke und Attendorn bestandenen Gymnasien wird die Beibehaltung jenes zu Arnsberg und die Errichtung eines zweiten Gymnasiums zu Rüthen mit dem Zusatze bekannt gemacht, daß mit Anfang des neuen Schuljahres die Lehrerstellen an beiden Gymnasien gehörig besetzt sein, jedoch nur an jenem zu Arnsberg philosophische Vorlesungen werden gehalten werden.

---

115. Darmstadt den 5. August 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Behufs der Einführung eines gleichförmigen und zweckmäßigen Verfahrens in allen, aus den althessischen sowohl, als aus den neu erworbenen landgräflichen Landen, an das Ober-Appellations-Gericht gelangenden Rechts-Sachen wird, bis zum Erscheinen der zu erlassenden, den Rechtsgang bei allen höhern und niedern Gerichtsstellen bestimmenden, allgemeinen Gerichts- und Prozeß-Ordnung, eine provisorische Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung promulgirt.

Dieselbe handelt (in 51 §. §.) Tit. I. von der Appellationsfähigkeit des Streitgegenstandes, Tit. II. von Succumbenz-Geldern und Sporteln, Tit. III. von den Formalien und Fatalien der Einwendung, Einführung und Rechtfertigung der Appellation, Tit. IV. vom Erkennen und Abschlagen der Appellations-Prozesse und Tit. V. von dem weitern Verfahren nach erkannten Appell.-Prozessen; — dieselbe erhält die in den verschiedenen Provinzen in Ausübung gewesenen Prozeß-Gesetze und Observanzen in ihrer Kraft, und ohne die Ober-Appellations-Ordnung de 1777, so wie die desfallsigen ältern und jüngern das Verfahren bei dieser höchsten Justizbehörde regulirenden Verordnungen gänzlich aufzuheben, bestimmt sie schließlich, daß, in Ansehung aller jetzt nicht vorgesehenen Fälle, die althessische Justiz-Verordnung vom 17. März 1797 nebst mehreren gemeinen Bescheiden des Ober-Appellations-Gerichts (die gleichzeitig wiederholt promulgirt werden) für sämmtliche Lande verbindende Kraft haben sollen, und daß die in den verschiedenen Provinzen bisher bestandenen eigenthümlichen Gesetze, in deren Ermanglung aber die Grundsätze des gemeinen deutschen Prozesses, subsidiarisch zur Richtschnur und Entscheidungsquelle, bis auf weitere Verordnung dienen sollen.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 19. Septbr. ej. a. die im Druck geschehene Edition der obigen Appellations-Gerichts-Ordnung noch besonders bekannt gemacht und den mit dem Debit derselben beauftragten Beamten zu Darmstadt bezeichnet.

---

116. Arnsberg den 13. August 1804.

Fürstl. H. D. Hofgericht.

Alle prozessualische Fristen, sowohl die gewöhnlichen als die Noth-Fristen, sollen während den Gerichts-Ferien gerade so wie außer denselben zu laufen anfangen und fortlaufen.

---

117. Arnsberg den 13. August 1804.

Fürstl. H. D. Hofgericht.

Zu den schriftsäßigen Personen, welchen die vorbemerkte Stelle als erstes Instanzgericht angewiesen ist,

ſind, zufolge höherer Beſtimmung, auch die Gerichtſchreiber zu zählen.

Bemerk. Die vorbezeichnete Behörde hat am 8. März ferner bekannt gemacht, daß ſämmtliche Forſtbeamte bis inclusive der Revier-Jäger und Forſtbereuter zu den ſchriftſäßigen, hingegen die gehenden Förſter, Mitaufſeher, Unterförſter, Forſtknechte, Wolfskreiſer, Waldſchützen, Baumſchließer ꝛc. zu den amtsſäßigen Perſonen zu rechnen ſeien, die ihren Gerichtsſtand bei den landesherrlichen Aemtern und Gerichten haben. Bei gerichtlicher Vorladung von amtsſäßigen Forſtbeamten muß davon jedoch ihrer vorgeſetzten Behörde, Behufs Anordnung ihrer Stellvertretung, zeitige Anzeige von Seiten der Gerichtsbehörde gemacht werden.

---

118. Darmſtadt den 18. Auguſt 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Behufs der pünktlicheren Erhebung der gewöhnlichen und außerordentlichen Schatzungen, ſodann auch der Brandſocietäts-Beiträge im Herzogthum Weſtphalen wird beſtimmt:

1. Die zur Zahlung der Abgaben feſtgeſetzten Termine ſollen künftig genau beobachtet und eingehalten werden.
2. Gleich nach Ablauf eines jeden Termins haben die Receptoren auf dem Lande das Verzeichniß der Rückſtände den Ortsbeamten einzureichen, und rechtliche Hülfe zu geſinnen, oder, in ſo fern der Receptor zugleich Orts-Beamter iſt, gleich und ohnverzüglich den in folgendem Abſatze vorgeſchriebenen Executionsweg einzuſchlagen.
3. Die Beamten müſſen durch einen ſchriftlichen und verordnungsmäßig generell zu ertheilenden Beſcheid noch eine dreitägige Friſt zur Zahlung beſtimmen; in dem Beſcheide aber zugleich eventuell gegen die Reſtanten die Pfand-Ergreifung, Schätzung der Pfänder und Diſtraction (ohne jedoch desfalls mehr als die in früheren Verordnungen pro mandato solvendi generali beſtimmte Gebühren von 1 Reichsthaler anzuſetzen), verfügen, und von Amtswegen ſowohl die Inſinuation

dieſes Beſcheids an die Debenten beſorgen, als auch nach Verlauf der Friſt von Amtswegen dafür zu ſorgen, daß alsdann die Hülfsvollſtreckung, ſie ſey in Mobilien oder Immobilien zu bewirken, ohne Verzug vollzogen werde.

4. Würde ein Beamter dieſe Vorſchrift nicht aufs Genaueſte befolgen; ſo hat der Receptor unverweilt Unſerer Regierung Herzogthums Weſtphalen die Anzeige zu machen, welche alsdann dem Beamten noch eine Friſt von zehen Tagen zur Hülfsvollſtreckung zu beſtimmen, und nach deren Ablauf denſelben ſo lange, bis er ſeine Pflichten erfüllt haben wird, mit Militair-Execution auf ſeine Koſten zu belegen hat.

5. Ueberhaupt aber ſollen die Receptoren längſtens binnen acht Tagen nach jedem Zahlungs-Termin an Unſere Regierung berichten, ob Rückſtände vorhanden ſind oder nicht? — und im erſteren Fall nebſt Beilegung einer ſpeciellen Rückſtands-Liſte in dem Berichte anmerken, ob ſie die rechtliche Hülfe bei dem Orts-Beamten wirklich geſonnen, oder, wenn der Receptor zugleich Orts-Beamter iſt, ob er die vorgeſchriebene Execution wirklich angelegt hat. Wird dieſe Berichts-Erſtattung verſäumt; ſo fällt derjenige Receptor, der keine Rückſtände hat, in eine Strafe von fünf Gulden; derjenige aber, der bei vorhandenen Rückſtänden die Vorſchriften der §. §. 2 und 4 nicht genau beobachtet hat, ſoll, nebſt Erlegung der für die Berichts-Verſäumung beſtimmten Strafe, für die Rückſtände in ſeinem eigenen Vermögen, mit Vorbehalt des Rückgriffs gegen die Debenten, (der jedoch weder auf Executions-Koſten, noch auf ein Intereſſe, mithin weiter nicht als auf den Betrag der Rückſtände gegen die Debenten auszudehnen iſt) ohne Weiteres exequirt werden.

6. Die Receptoren haben die Gelder, unmittelbar nach dem Empfang, zur Landpfenningmeiſterey einzuſchicken, derjenige Receptor, der binnen einer Friſt von vier Wochen nach dem feſtgeſetzten Zahlungs-Termin die von ihm zu erhebenden Summen nicht eingeliefert haben wird, iſt bis dahin mit Militair-Execution auf eigene Koſten zu belegen. Damit aber Unſere Regierung zur gehörigen Verfügung deſto eher in Stand geſetzt werde; ſo wird der Landpfenningmeiſter hiermit angewieſen, bei jedesmaliger Ausſchreibung, unverweilt

nach Ablauf ebengedachter vierwöchentlichen Frist an Unsere Regierung zu berichten: welcher, oder welche Receptoren, so wie auch, welche Städte und Freiheiten noch im Rückstand seyen, und namentlich, wie viel dieser betrage.

7. In den einzelnen Fällen, wo, wegen besonderer Ereignisse oder Anstände, die Abgaben in der vorschriftsmäßigen Zeit vielleicht nicht beigetrieben werden können, oder wo einem Debenten, aus rechtlichen Gründen ein billiger Ausstand verliehen werden mag, haben die Beamten auf der Stelle, sobald sich ein Anstand in der Beitreibung äußert, oder um Ausstand vom Debenten nachgesucht wird, an Unsere westphälische Regierung zu berichten, welche sodann eine den Umständen angemessene Verfügung erlassen wird.
8. Würden aber die Motive des Ausstandes ohne rechtlichen Grund befunden werden, und es sich ergeben, daß der Beamte nur in der Absicht, seine Nachlässigkeit in der Hülfsvollstreckung zu bemänteln, berichtet habe; so soll gegen ihn, nach den Vorschriften des §. 4. unnachsichtlich verfahren werden.
9. Da durch die genaue Beobachtung dieser Verordnung weit sicherer und auf eine dem Wohl der contribuablen Unterthanen weit zuträglichere Weise, als durch die bisher üblich gewesenen Executionsmittel, die Abgaben werden beigetrieben werden; so sollen die Executionen durch Fus-Executanten und Einspänniger, womit bisher die Restanten von der Landpfenningmeisterey belegt worden, in der Zukunft nicht mehr Statt haben. Was endlich
10. die Städte und Freiheiten betrifft; so haben die Magistrate a. die wirklich gehobenen Gelder eben so wie die landschaftlichen Receptoren, nach Maßgab des §. 6. einzuschicken; b. eben so, nach Vorschrift des §. 2., die Execution gegen die Debenten vom Orts-Beamten zu gesinnen, oder, in so weit das Executions-Recht ihnen selbst gebührt, solche gleich nach Ablauf eines jeden Zahlungs-Termins anzulegen; und c. sodann den oben §. 5. vorgeschriebenen Bericht unter einer Strafe von zehen Gulden und respective der Execution in eigenem Vermögen, womit die wirklich administrirenden Magistratsglieder, mit Ausschluß jedoch des Stadtschreibers und des Justitiarius, in so fern letzterer nicht zugleich ein anderes magistratisches Amt be-

kleidet, in solidum zu belegen sind — an Unsere Regierung binnen der festgesetzten vierwöchigen Frist zu erstatten; endlich d. auch in den Fällen, wo sie die Hülfe des Orts-Beamten nöthig haben, die Vorschrift des §. 4 genau zu erfüllen. Würden aber nun die Magistrate diese, unter den Buchstaben a. b. und d. enthaltenen Vorschriften nicht gehörig beobachten; so sollen von Unserer Regierung die Magistratspersonen, jedoch unter der nehmlichen Ausnahme wie bei lit. c. mit militärischer Execution auf eigene Kosten belegt werden.

Wir befehlen demnach allen Richtern, Magistraten und Receptoren im Herzogthum Westphalen, diese Unsere Verordnung aufs Genaueste zu befolgen; auch ist dieselbe zu Jedermanns Nachricht durch das Intelligenzblatt gehörig bekannt zu machen.

---

119. Arnsberg den 9. September 1804.

Fürstl. H. D. Forst-Kolleg.

Das in den landesherrlichen Forsten stattfindende eigenmächtige Vogelfangen in Schlingen wird verboten, und sollen die Forstbeamten die Contravenienten als Jagdfrevler denunciiren, auch die von ihnen aufgestellten Schlingen zerstören. Zugleich wird die Verpachtung bestimmter Walddistrikte zum Vogelfange gegen billige Abgabe angeboten.

---

120. Darmstadt den 16. September 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Die rücksichtlich der Kirchhöfe und Beerdigungen der Leichen in den ältern fürstl. hessischen Landen am 20. April 1786 erlassene Verordnung wird auch auf das Herzogth. Westphalen und die übrigen Entschädigungslande erstreckt und folgendermaßen bestimmt:

„1. Die Kirchhöfe sollen da, wo es nur immer „thunlich ist, außerhalb der Städte und Dörfer verlegt, „so viel wie möglich erweitert, und mit Mauern oder „Zäunen umgeben werden. Den Beamten und Geistli„chen jeden Orts werden die desfallsigen Vorkehrungen „unter Leitung des Kirchen- und Schulrathes jeder Pro„vinz überlassen.“

„2. Um mehr Platz auf den Kirchhöfen zu gewin„nen, ſollen gleich Anfangs zwei Reihen, eine für er„wachſene Perſonen, die andre aber für Kinder ange„fangen, und die Todten nach der Ordnung, wie ſie „verſtorben, beerdiget werden.“

„3. Die neuen Gräber ſelbſt, ſollen 6 bis 7 Schu„he, in ſo fern es die Beſchaffenheit des Bodens zuläßt, „tief gemacht, und nicht eher als nach 30 Jahren wie„der geöffnet werden.“

„4. An denjenigen Orten aber, wo die Kirchhöfe „nicht hinlänglich erweitert, und die Gräber folglich frü„her wieder eröffnet werden müſſen, ſind ſelbe, um die „Verweſung ſchneller zu befördern, jedesmal mit Kalck „anzufüllen.“

„5. Eigenthümliche Begräbniſſe auf Kirchhöfen kön„nen nur durch Dispenſation ſtattfinden.“

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 23. Oct. ej. a. nachträglich verordnet, daß auch die todtgebornen in die Reihe der geſtorbenen Kinder auf den Kirchhöfen beerdigt werden ſollen.

---

121. Darmſtadt den 16. September 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Die in den ältern fürſtl. heſſiſchen Landen beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften:

„1. daß alle Geburten, Sterbfälle und Verehelichun„gen der Juden dem Pfarrer in deſſen Sprengel dieſelben „wohnhaft ſind, jedesmal unverzüglich angezeiget wer„den; daß

„2. dieſelben von den Geiſtlichen in eine beſonders „zu dem Ende zu haltende Matrikel eingetragen, wie „auch

„3. denſelben für dieſes Einſchreiben von jedem Falle, „ſo wie auch von jedem in Zukunft von ihnen verlangt „werdenden Extrakt, 20 Kreuzer, als eine billigmäßige „Gebühr, entrichtet werden müſſen, und endlich:

„4. was die Kopulation betrifft, daß, bei der des„falls den Pfarrern zu machenden Anzeige, denſelben zu„gleich eine ſchriftliche von dem Rabbiner oder Vice„Rabbiner über die vollzogene Trauung ausgeſtellte Be„ſcheinigung vorgezeigt werden muß,“

ſollen im Herzogthum Weſtphalen und den übrigen Entſchädigungslanden überall verkündigt und von ſämmtlichen Beamten gehandhabt werden.

---

122. Arnsberg den 27. September 1804.

Fürſtl. H. D. Kirchen- und Schul-Rath.

Die zur Prüfung einberufenen oder dazu ſich ſtellen wollenden Schullehrer und Schulamts-Candidaten ſollen zu ſolchem Behufe, am erſten Mittwoch, und wenn dieſes ein Feiertag ſein möchte, am zweiten Mittwoch eines jeden Monates, ſich bei einem bezeichneten zu ihrer Prüfung kommittirten Mitgliede des vorbemerkten Collegiums melden.

---

123. Arnsberg den 7. October 1804.

Fürſtl. H. D. Hofgericht.

Den ſämmtlichen Juſtizbehörden wird es, bei Strafe von 3 Rthlr. und Erſatz der durch ihre Unterlaſſungen verurſachten Koſten befohlen: alle von ihnen ertheilt werdende Interlokute und Endurtheile den ſämmtlich dabei intereſſirten Theilen gehörig zu publiziren und, wenn die Inſinuation der Urtheile, wegen Nichterſcheinens des einen oder andern Theiles in dem ad audiendam sententiam anberaumten Termine, nöthig werden ſollte, ſelbſt dafür zu ſorgen, daß ſolche Inſinuation geſchieht und daß der Tag derſelben unverzüglich ad acta docirt werde.

Bemerk, Die oben bezeichnete Behörde hat unterm 8. ej. m. wegen Herbeiſchaffung, Vervollſtändigung und Aufbewahrung der bei vielen Gerichtsſtellen, ſelbſt in noch ſchwebenden Prozeſſen, mangelhaften oder gar fehlenden Akten der erſten Inſtanz, ausführliche Vorſchriften erlaſſen, ferner am 18. Octob. 1805 verordnet, daß die oben zuletzt bezeichneten Inſinuationen nur von den Gerichts- oder Rathsdienern bewirkt und von ihnen ſelbſt auf die inſinuirte Sentenz geſchrieben werden ſollen, auch hiernach ſogleich ein Inſinuations-Dokument von denſelben ad acta abgeliefert werden müſſe, und ſpäterhin mancherlei Nichtbeachtungen der Prozeß-Ordnung gerügt.

Die Verfügungen in letzterer Beziehung, in so fern sie nichts Bemerkenswerthes enthalten, sind in dieser Sammlung ferner nicht angezeigt worden.

---

124. Arnsberg den 16. October 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die sämmtlichen städtischen Polizei-Deputationen sollen bei den ihnen vorkommenden Untersuchungen über Polizeivergehen die in dergleichen Fällen an den einschlagenden Garnisons-Plätzen üblichen Gebühren erheben und in eine besondere Kasse deponiren; aus den halbjährig anzuzeigenden Erträgen sollen den Polizei-Deputations-Gliedern verhältnißmäßige Entschädigungen für ihre Dienstleistungen zugewendet werden.

---

125. Arnsberg den 16. October 1804.

Fürstl. H. D. Forst-Kolleg.

Die in den ältern churkölnischen Verordnungen vom 3. Juli 1765 und 18. Jan. 1792 (Nr. 607 u. 944 d. 1. Abth. d. S.) enthaltenen Bestimmungen über die Perioden der verschiedenen Jagdausübungen und über die jährliche Eröffnung und Schlußzeit der Jagd werden, als noch fortbestehende gesetzliche Vorschriften, wörtlich erneuert, und den sämmmtlichen Forstbeamten deren strengste Handhabung befohlen.

Bemerk. Der Großherzogl. Forstmeister zu Obereimer (bei Arnsberg) hat unterm 9. Novemb. 1806 und im Auftrage des Ober-Forst-Kollegs die Bestimmung publizirt: „daß künftig und bis auf weitere Verord„nung die kleinen Jagden im Herzogthum Westpha„len (wegen der daselbst spät reifenden Sommer„früchte) nicht früher als den 1. Oktober eröffnet „werden sollen.“

---

126. Arnsberg den 23. October 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Das in der westphäl. Polizeiordnung de 1723 (Nr. 358 d. 1. Abth. d. S.) Tit. 19 enthaltene Verbot der schwelgerischen Gastereien bei Hochzeiten, Kindtaufen, Gebäudeaufrichtungen ꝛc., und insbesondre die seither nicht beachtete Bestimmung: daß bei solchen Gelegenheiten von den Gästen keine Geschenke gegeben werden dürfen, soll strenger befolgt und die Uebertreter zur gebührenden Strafe gezogen werden.

---

127. Arnsberg den 24. October 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

In Folge der auf dem vorigjährigen Landtage*) von den Ständen des Herzogthums Westphalen auf drei Jahre erforderten — und nicht anders als auf drei Jahre angenommenen Bewilligung, und ungeachtet der, auf der jüngst — Behufs der Steuerausschreibung pro October 180⅞ — gehaltenen Semester-Convention, von den zu Arnsberg versammelten Quartalständen verweigerten Konkurrenz, werden zur Deckung der reichsgesetzmäßigen, auf dem vorigjährigen Landtage auch als solche anerkannten Erfordernisse, für das neue Schatzungsjahr 9 Schatzungen ausgeschrieben, deren Zahlungstermine bestimmt, und den Rezeptoren die Erhebung dieser Steuern, unter strenger Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel, befohlen.

Außerdem sollen in denjenigen Landestheilen, welche außerhalb der bekannten (früherhin im französischen Revolutionskriege bestandenen) Demarkationslinie gelegen sind, zur Zahlung der dortigen ältern Schatzungsrückstände, zufolge früherer Verordnung, noch 2 Schatzungen in bezeichneten Terminen erhoben und resp. beigetrieben werden.

*) Das Resultat dieses unter Hessen-Darmstädtischer Landeshoheit einzig stattgefundenen und letzten Landtages der herkömmlich bestandenen Landstände im Herzogthum Westphalen, sodann auch der Letztern politisches Verhältniß zum Landesherrn, erhellen aus den beiden nachfolgenden, historisch interessanten Aktenstücken, welche als solche in diese Sammlung hier aufgenommen worden sind.

Bemerk. Gleichmäßige Schatzungs-Ausschreiben haben, — in Erwartung der durch das Steuer-Rektifikations-Geschäft herbeizuführenden zweckmäßigeren Steuer-Einrichtung —, alljährlich, bis incl. des Jahres 1811, stattgefunden; nach der alsdann eingetretenen Grundsteuer-Erhebung (conf. Nr. 461 d. S.) ist demungeachtet die jährliche, unveränderte Forterhebung der oben zuletzt ausgeschriebenen 2 Schatzungen, nach den alten Heberegistern, bis zur vollständigen Tilgung der Rückstände — am 11. Febr. 1812 befohlen worden.

Landtags-Abschied vom Jahr 1803.

Zu wissen seie hiemit: Demnach der durchlauchtigste Fürst und Herr, Herr Ludewig X., Landgraf zu Hessen, Fürst zu Herßfeld, Graf zu Katzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain, Nidda, Hanau, Schaumburg, Isenburg und Büdingen ꝛc., unser gnädigster Herr dero löbliche Landstände von Ritterschaft und Städten Dero Herzogthums Westphalen auf den siebenzehnten verwichenen Monats August zu einem allgemeinen Landtage anhero auf Arnsberg beschrieben, Seine hochfürstl. Durchlaucht aber dabei in höchsteigener Person zu erscheinen sind behindert worden, dahero an ihrer Statt der Fürstliche Regierungs-Präsident Ludwig Samson Frhr. von Rathsamhausen zu Ehenweyer, der geheime Rath Caspar Joseph Bigeleben, und der Rath Ludewig Minnigerode, Kraft verzeichneter Vollmacht dabei erschienen, wie dann auch die getreuen Landstände von Ritterschaft und Städten in ziemlicher Anzahl, zufolge des gnädigsten Ausschreibens, am vorgemeldeten 17. August dabei gehorsamst sich eingefunden: so ist selbigen Tages sowohl mündlich als schriftlich die gnädigste Landtags-Proposition eröffnet worden, folgenden Inhalts:

Proposition. Der durchlauchtigste Fürst und Herr, Herr Ludewig X., von Gottes Gnaden Landgraf zu Hessen, Fürst zu Herßfeld, Graf zu Catzenelnbogen, Diez, Ziegenhain, Nidda, Hanau, Schaumburg, Isenburg und Büdingen ꝛc. läßt den dahier versammelten löblichen Landständen von Ritterschaft und Städten des Herzogthums Westphalen, dero gnä-

digsten Gruß, geneigten Willen und alles Gute vermelden. — Seine hochfürstl. Durchlaucht haben bei Antretung der Regierung über dieses Höchstdenselben angefallene erbliche Fürstenthum die theure Pflicht übernommen, dem Lande die nemliche Fürstväterliche Sorgfalt zu widmen, womit Höchstsie hisheran ihre alten anererbten Reichslande glücklich regiert haben.

Höchstdieselbe ertheilen Dero treugehorsamsten Landständen die Versicherung, daß Höchst Sie Ihrerseits nichts unterlassen werden, um die Kultur, Industrie und den Wohlstand des Landes zu heben und zu befördern.

Seine Hochfürstl. Durchlaucht erwarten dagegen von den westphälischen Unterthanen die nämliche biedere Anhänglichkeit, womit Ihre getreuen Hessen Höchstdenselben zugethan sind, und es ist vorzüglich die Sache löblicher Landstände, hierin dem ganzen Lande das Beispiel zu geben. An ihnen ist es, Seiner Hochfürstl. Durchlaucht ihre schuldige Devotion und Verehrung auch dadurch zu bethätigen, daß sie Höchstdieselbe durch willige Darreichung ergiebiger Steuerbeiträge in Stand setzen, die schweren Regierungs-Lasten bestreiten zu können. Bedeutend sind die Summen, welche zur Unterhaltung des Reichs- und Kreis-Kontingents und der im Lande erforderlichen Garnisonen — zu Etablirung zweckmäßiger Landesdefensions-Anstalten — zu Entrichtung der Kammerzieler — zu Unterhaltung der an verschiedenen Orten stehenden Gesandten, Residenten und Agenten — zu Bestreitung der Civil-Administrations-Kosten und mehrerer außerordentlichen Regierungs-Lasten erforderlich sind.

Seine Hochfürstl. Durchlaucht haben Dero getreuen Landstände versammelt, damit sie die Staats-Bedürfnisse und die Mittel sie zu decken, in reifliche Ueberlegung nehmen, dabei die veränderten Verhältnisse in Erwägung ziehen, und demnach ein in dem Maaße zureichendes Contributions-Quantum einwilligen mögen, daß damit die obgerührten Staats-Erfordernisse gedeckt werden können.

Höchstdieselbe bleiben dagegen löblichen Landständen mit gnädigst geneigtem Willen und allem Guten

auch Landesfürſtlichen Hulden und Gnaden wohl gewogen.

Signatum Arnsberg am 17. Auguſt 1803.

(L. S.) Ludewig, L.

Worauf dann die geſammten treugehorſamſten Landſtände von Ritterſchaft und Städten, indem ſie zugleich Seiner hochfürſtl. Durchlaucht hohen Herrn Abgeordneten mehrere Erinnerungs-Punkte unterthänigſt präſentirt und darauf die gnädigſten Reſolutionen erhalten, wie ſolche den Landtags-Protokollen eingetragen ſind, den eröffneten Propoſitions-Inhalt dem Herkommen gemäß vorgenommen, die vorgeſtellten hohen Landes-Nothwendigkeiten, hingegen auch des Landes und der Eingeſeſſenen kundbaren ſchlechten Zuſtand mit treuſchuldigſtem Eifer wohlerwogen, gegeneinander gehalten, und darauf in Unterthänigkeit ſich erklärt haben, daß, obwohl für jetzo die armen Unterthanen in kundbarem ſchlechten Zuſtande ſich leider befänden, ſie dennoch, um ihren guten Willen, treueſten Eifer und beſtändige wahrhafte unterthänigſte Devotion zu ihrem gnädigſten Landesfürſten und Herrn gehorſamſt zu erweiſen, auch um Dero Landesfürſtväterliche Liebe und Sorgfalt für hieſige Dero Herzogthums Nutzen und Beſten zu erkennen, fort Höchſtderoſelben zum Beſten hieſiger Landſchaft abzielende gnädigſte Intention ihres Orts nach Möglichkeit zu secundiren, abſonderlich aber in zuverſichtlicher Erwartung gnädigſter Protection und Securität

1. zu Beſtreitung der Civil-Adminiſtrations-Koſten insbeſondere bis zum nächſten Landtage eine Summe von achtzehntauſend Gulden (außer welcher Summe löbliche Ritterſchaft annoch einen beſondern Beitrag von ſechstauſend Florins aus den befreieten Gütern hinzugefügt hat)
2. behuf des Kaſernen- und Dikaſterial-Baues für ein Jahr einen Beitrag von fünfzehntauſend Gulden, und endlich
3. zur Sr. hochfürſtlichen Durchlaucht freien und gnädigſten Diſpoſition und zu Beſtreitung aller übrigen in der Landtags-Propoſition enthaltenen Punkte, ſo weit ſelbige die hieſige Landſchaft betreffen können, auf ein Jahr die Summe von fünf und neunzig tauſend Gulden in Unterthänigkeit alſo und

dergestalt offerirt haben wollen, daß jetzt gemeldete Summen von resp. achtzehntausend Gulden, sechstausend Gulden, fünfzehntausend Gulden, und fünf und neunzig tausend Gulden vom October 1803 bis zum October 1804 quartaliter aus Landes-Mitteln, und alles nach Maßgabe der darüber auf dem Landtage gepflogenen Verhandlungen, in dem alten Frankfurter Kurs nach und nach beigebracht, allhier zu Arnsberg bezahlt und abgeführt werden sollen; jedoch mit dieser Condition und Reservation, daß, wofern diese Landschaft bei währenden obgesetzten Zahlungs-Terminen mit kostbaren Winterquartieren fremder Völker, auch Durchmärschen oder beschwerlichen Geld- oder Fourage-Contributionen an fremde Herrschaften beschwert, oder mit andern Landesverderblichen Zufällen, als General-Mißwachs und Hagelschlag durch Gottes Verhängniß heimgesucht, und dadurch an Kolligir- und Beibringung dieser eingewilligten Summen ganz oder zum Theil behindert oder unkräftig gemacht werden dürfte, solchen unverhofften Falls treugehorsamste Landstände zu deren Erlegung ganz oder zum Theil nach Ertrag und Proportion des Schadens und Verderbens, und um dessentwillen ausbleibender Schatzungen unverbunden sein und bleiben wollen, in unterthänigster Hoffnung, daß diese Einwilligung also, wie obsteht, Sr. hochfürstl. Durchlaucht zu höchsten Vergnügen gereichen, und binnen obgesetzter Zeit die getreuen Landstände mit fernerm Landtag oder Anmuthen in Gnaden übersehen; auch die hohen Herrn Abgeordneten dieses also gnädig annehmen und der Landtags-Abschied in triplo, wie bräuchlich ist, expediren lassen werden. Nach welcher geschehenen unterthänigsten Oblation haben zwar die hohen Herrn Abgeordneten um Verhöhung der Summen mehrmals eifrig angesonnen, als man aber an Seiten der Landstände die gar zu große Unvermögenheit der armen Landes-Eingesessenen, und die nebst dieser Einwilligung pro Publico noch vorhandene mehrere andere unvermeidliche private Landschafts-Ausgaben unterthänigst remonstriret; haben die hohen Herrn Abgeordneten obgemeldete Summen von resp. 18000, 6000, 15000 und 95000 Flo-

rins, jedoch nach Maßgabe der den treugehorsamsten Landständen bei fürwährendem Landtage gegebenen Erklärungen auf drei Jahre, mithin vom October 1803 bis zum October 1806, — wogegen aber treugehorsamste Landstände eine Verwahrung ihrer vermeintlichen Rechte unterthänigst eingelegt haben — in Kraft habender Vollmacht in Gnaden acceptirt und angenommen, und diesen Landtags-Abschied in triplo ausgefertigt und versprochen, die gnädigste ratification von Sr. hochfürstl. Durchlaucht darüber nach Ablauf des ersten Quartals in Gnaden zu überschicken, ansonsten aber ihnen, den getreuen Landständen, in Ungnaden nicht vermerken werden, daß in dessen Entstehung sie mit Zahlung des zweiten Termins in so lange an sich halten mögen, bis solche Ratifikation wiederholt und extradirt seie. So geschehen Arnsberg den 22. September 1803.

(L. S.) Ludwig Samson Frhr. von Rathsamhausen zu Ehenweyer.
(L. S.) Caspar Joseph Bigeleben.
(L. S.) Ludewig Minnigerode.

Demnach Wir Ludewig X., von Gottes Gnaden Landgraf zu Hessen, Herzog in Westphalen und Engern, Pfalzgraf bei Rhein, Fürst zu Herßfeld, Starkenburg, Graf zu Arnsberg und des heil. Römischen Reichs Vorfechter zwischen Rhein und Weser, Graf zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain, Nidda, Hanau, Schaumburg, Isenburg und Büdingen, Herr zu Friedberg und Wimpfen ꝛc.

dasjenige, was von Unserer westphälischen Landtags-Commission mit den getreuen westphälischen Landständen auf dem jüngsthin zu Arnsberg abgehaltenen Landtage in Unserem Namen und an Unserer Statt verhandelt worden, ratificirt und genehm gehalten haben, ratificiren und genehmigen auch hiermit: So haben Wir darüber gegenwärtige Urkunde, um selbe Unsern treugehorsamsten westphälischen Landständen zuzustellen, ausfertigen lassen. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und aufgedruckten Fürstlichen geheimen Insiegels.

Darmstadt den 30. October 1803.

(L. S.) Ludewig, L.

An den Herrn Grafen von Plettenberg-Lenhausen, und die ſich anmaßlich dermalen verſammelt habende Landſtändiſche Deputation dahier.

Des Herrn Landgrafen hochfürſtl. Durchlaucht haben mit vielem Mißfallen vernommen, daß ein Ausſchuß der Weſtphäliſchen Landſtände ſich angemaßt hat, ohne Höchſtdero Vorwiſſen, und ohne vorherige Zuſammenberufung abſeiten einer dazu authoriſirten landesherrlichen Behörde ſich zu verſammeln und zu berathſchlagen.

Indem nun Serenissimus dieſes eigenmächtige — eine offenbare Verletzung Höchſtihrer landesherrlichen Rechte involvirende Beginnen nicht zulaſſen können, und daher befohlen haben, daß der ſich dahier anmaßlich conſtituirt habende Ständiſche Ausſchuß auf der Stelle auseinander gehen ſolle; ſo wird ſolches dem Herrn Grafen von Plettenberg-Lenhauſen und übrigen eigenmächtig verſammelten Deputations-Gliedern hierdurch zu ihrer gleichbaldigen ſtracklichen Befolgung mit dem Anhang bekannt gemacht, daß gegenfalls man in die Nothwendigkeit verſetzt iſt, die geeigneten unangenehmen Maßregeln zur Verhinderung dieſer unbefugten Zuſammenkünfte wirkſam zu machen.

Arnsberg den 10. Dezember 1803.

Fürſtlich-Heſſiſche Organiſations-Commiſſion daſelbſt.

Besnard. Leußler. Strecker.

Vt. Lindtg.

An den Herrn Grafen von Plettenberg-Lenhauſen, dermalen dahier.

---

128. Arnsberg den 26. October 1804.

Fürſtl. H. D. Rent-Kammer.

Den landesherrlichen Sportelrezeptoren muß, zur Beitreibung der jetzt und künftig reſtirenden Sporteln, gegen die ſäumigen Debenten, von ſämmtlichen Gerichtsbehörden die ſchleunigſte Aſſiſtenz um ſo gewiſſer geleiſtet werden, als im entgegengeſetzten Falle die Exekution gegen Letztere erkannt werden wird.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 31. Auguſt 1805 und 6. Mai 1806 den obigen Befehl wiederholt.

129. Arnsberg den 20. November 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Zur Beförderung des allgemeinen Gesundheits-Wohles und zur Beseitigung medizinalpolizeiwidriger Mißbräuche wird Folgendes verordnet:

1. Außer den approbirten Wundärzten darf Niemand, weder kranken noch gesunden Menschen durch Oeffnung einer Ader oder durch Schröpfen Blut ablassen; bei Vermeidung von 30 Rthlr. Strafe.

2. Aderlässe dürfen von den Chirurgen, welche nicht zugleich approbirte Aerzte sind, nur auf Verordnung eines approbirten Arztes, welcher zugleich die Quantität des abzulassenden Blutes zu bestimmen hat, vorgenommen werden;

3. die Apotheker dürfen, außer dem Handverkauf der sogenannten „Unschuldigen Mittel," nämlich der rohen einfachen Arznei-Waaren, keine zusammengesetzte Arznei in irgend einer Form, ohne Vorschrift eines legalen Arztes, dispensiren;

4. die approbirten Aerzte und Chirurgen müssen jedes von ihnen deutlich zu schreibende Rezept mit dem Namen des Kranken und dem Datum der Ausstellung versehen, auch die Arzneikörper nicht mittelst chemischer Zeichen bezeichnen, sondern alles mit Buchstaben schreiben;

5. die Apotheker dürfen kein Rezept wiederholt verfertigen, wenn dies nicht von dem Arzte besonders verordnet, oder die beliebige Wiederanwendung der Arznei auf dem Rezepte ärztlich gestattet worden ist.

6. Die Apotheker sollen den nach einer billigen Taxe bestimmten Preis der dispensirten Arznei, so wie ihren Namen auf die Signatur der Letztern setzen.

Contraventionen der sub 2 und 3 aufgeführten Vorschriften, sollen in jedem vorkommenden Falle mit 5 Rthl., und dem Befinden nach, mit höherer Strafe belegt werden.

---

130. Darmstadt den 22. November 1804.

Ludewig X., Landgraf ꝛc.

Die in den ältern Staatsgebieten bestehende Verordnung:

„daß jeder, der an irgend einem feuergefährlichen „Ort, auf Böden, in Kammern, wo Betten oder

„andere leichtentzündbare Sachen aufbehalten wer„den, in Ställen und Scheunen, auf Heuböden und „auf solchen Straßen und Höfen, wo Miststätten „befindlich sind, Tabak raucht, im ersten Betre„tungsfalle mit 5 Gulden bestraft, und diese Strafe „bei jedesmaliger Wiederholung des Vergehens ver„doppelt werden soll,"

soll auch im Herzogth. Westphalen eingeführt und beachtet werden.

---

131. Arnsberg den 24. November 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Die landesherrlichen Justizbeamten werden angewiesen, auf jedesmalige Requisition der einschlägigen Forstmeister, nach vorgängiger Concertirung des Termins, den abzuhaltenden „Holzgerichten" beizuwohnen, um dabei das Rechtliche zu wahren und ins Besondre in zweifelhaften Fällen rechtlich zu entscheiden.

---

132. Arnsberg den 24. November 1804.

Fürstl. H. D. Forst-Kolleg.

Das eigenmächtige Fangen der Bieber und Otter wird bei 10 Rthlr. Strafe und Verlust des Fanges verboten, und sollen die Forstbeamten die Contravenienten ohne alle Ausnahme zur Strafverhängung anzeigen.

---

133. Arnsberg den 27. November 1804.

Fürstl. H. D. Regierung.

Behufs der von den landesherrlichen Beamten, Unterherrlichkeits-Richtern und Magistraten in den Städten und Freiheiten am Schlusse Dezembers jedes Jahres einzusendenden tabellarischen Uebersichten der während dem Laufe des Jahres neu angenommenen und abgezogenen Unterthanen (conf. §. 4 c. des Organisations-Ediktes vom 12. Oct. 1803 Nr. 60 d. S.), werden denselben zwei Formularien der Zuwachs- und Abgangs-Nachweisungen zur genauen Anwendung mitgetheilt.

Bemerk. Dieſelbe Behörde hat am 20. Jan. 1810 beſtimmt, daß die vorbemerkte Nachweiſung ſich nur auf ſolche Wohnſitz-Veränderungen erſtrecken ſoll, welche aus dem Auslande ins Inland und umgekehrt ſtattfinden.

---

134. Darmſtadt den 21. Dezember 1804.

Fürſtl. H. D. geh. Miniſterium.

Ungeachtet der im näheren und fernern Auslande gegen die Verbreitung des gelben Fiebers getroffenen Vorſichtsmaßregeln, werden dergleichen dennoch, in Rückſicht der aus dem ſüdlichen Spanien und aus den angrenzenden Küſtenländern Italiens kommenden Reiſenden und hinſichtlich der aus jenen Gegenden bezogenen Waaren, ausführlich vorgeſchrieben.

Bemerk. Die Regierung zu Arnsberg hat am 2. März 1805, wegen ſtattgefundener Waaren-Einfuhren von Cadix in die bataviſchen Häfen, die ſtrengſte Handhabung der vorſchriftsmäßigen Vorſichtsmaßregeln wiederholt befohlen.

---

135. Arnsberg den 12. Jan. 1805.

Fürſtl. H. D. Regierung.

Die ſämmtlichen Geiſtlichen des Herzogth. Weſtph. müſſen die ihnen von den landesherrlichen Behörden zugeſtellten landesherrlichen Verordnungen und ſonſtigen Publikanden ungeſäumt verkündigen und dieſelben hiernach den beteffenden Behörden unverzüglich cum nota publicati zurückſenden.

Bemerk. Dieſelbe Behörde hat unterm 8. Juni ej. a. den ſämmtlichen Behörden befohlen, über die geſchehene Verkündigung der ihnen zur Publikation zugeſandten Verordnungen, wenn es auch nicht ausdrücklich vorgeſchrieben worden iſt, jedesmal binnen vier Wochen zu berichten, und ſollen fernere Saumſeligkeiten mit 1 Rthlr. Strafe belegt werden.
